



F a c h b l i c k

Das Ministerium

# Monatsbericht des BMF 2005

## Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

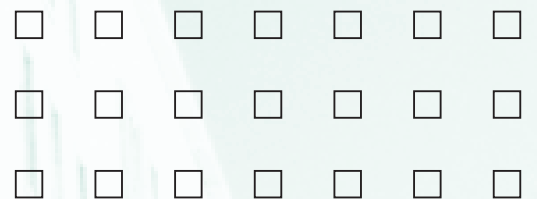
August

September

Oktober

November

Dezember





Monatsbericht des BMF  
Januar 2005



# Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial</b>	<b>7</b>
<b>Übersichten und Termine</b>	<b>9</b>
Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunktorentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht	22
Europäische Finanz- und Wirtschaftspolitik	26
Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2004	30
Termine	32
<b>Analysen und Berichte</b>	<b>35</b>
Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich	37
Die Steuereinnahmen der Kommunen (ohne Stadtstaaten) im 1.–3.Quartal 2004	55
Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	59
Stabiler russischer Bankenmarkt nach den Turbulenzen im Sommer 2004	75
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben startete zum 1. Januar 2005	81
<b>Statistiken und Dokumentationen</b>	<b>87</b>
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	90
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	110
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	114

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.

Bundesministerium der Finanzen

Redaktion Monatsbericht

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de>

[Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de](mailto:Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de)

## Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die Flutkatastrophe in Südostasien hat eine so noch nie da gewesene, überwältigende Spendenbereitschaft ausgelöst. Die Menschen in Deutschland und vielen anderen Ländern haben damit ihre große Anteilnahme verdeutlicht. Deshalb ist es richtig, dass auch die Bundesregierung den Wiederaufbau in den von der Flutkatastrophe betroffenen Regionen nachhaltig unterstützt. Wir wollen und werden verlässlich helfen – auch dann noch, wenn das Seebeben längst wieder in den Hintergrund der öffentlichen Berichterstattung gerückt ist. Die von der Bundesregierung für einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren zugesagten 500 Mio. € sind solide finanziert: Ein erheblicher Teil dieser Mittel wird voraussichtlich erst ab dem Jahr 2006 benötigt, weil sie zum langfristigen Wiederaufbau der Infrastruktur dienen sollen. Der zusätzliche Bedarf im Jahr 2005 kann bei realistischer Einschätzung im Vollzug – z.B. durch mögliche Umschichtungen im Bundeshaushalt – gedeckt werden. Die Finanzierung in den Folgejahren wird Gegenstand der Haushaltsberatungen sein.

Nach den Zahlen zum vorläufigen Abschluss des Bundeshaushaltes 2004 fällt das Ergebnis 2004 deutlich positiver aus, als bei den Beratungen des Nachtragshaushalts im Deutschen Bundestag im Herbst letzten Jahres erwartet wurde. Die Neuverschuldung ist mit 39,5 Mrd. € um 4,0 Mrd. € geringer als die vom Deutschen Bundestag gebilligte Nettokreditaufnahme des Nachtragshaushalts 2004. Hauptgründe für diese Entwicklung sind Entlastungen auf der Ausgabenseite und höhere Steuereinnahmen, die in diesem Umfang nicht vorhersehbar waren.

Insbesondere war der Zuschussbedarf an die Bundesagentur für Arbeit gegenüber dem Planansatz rund 1 Mrd. € geringer als zuvor veranschlagt. Weiterhin gab es nicht uner-



hebliche Minderausgaben bei Schätzansätzen im Bereich Zinsen, Gewährleistungen und Versorgung.

Die Ausgaben des Bundes lagen im Jahr 2004 mit 251,6 Mrd. € um 2 % unter dem Vorjahresniveau, und dies trotz erheblicher Mehraufwendungen im Bereich der sozialen Sicherung (z. B. bei der Arbeitslosenhilfe und beim Wohngeld). Dies belegt die Erfolge des Konsolidierungskurses der Bundesregierung auf der Ausgabenseite.

Die Steuereinnahmen lagen im vergangenen Jahr mit 187,0 Mrd. € um 0,4 Mrd. € über dem durch die Steuerschätzung vom November prognostizierten Aufkommen. Dies ist in erster Linie auf geringere Abführungen in Form von Eigenmitteln an den EU-Haushalt zurückzuführen. Beim tatsächlichen Steueraufkommen wurden die geschätzten Werte in der Summe knapp erreicht. Im Vergleich zum Vorjahresergebnis ist gleichwohl ein Rückgang der Gesamtsteuereinnahmen des Bundes in Höhe von 2,5 % zu verzeichnen. Dafür gibt es vor allem zwei Gründe: Zum einen hinken die Steuereinnahmen der verbesserten wirtschaftlichen Lage naturgemäß hinterher. Zum anderen hat die Bundesregierung mit dem teilweisen Vorziehen der Steuerreformstufe 2005 auf den 1. Januar 2004 ganz bewusst einen Wachstumsimpuls gesetzt, um so die wirtschaftliche Erholung zu stützen.

Das Statistische Bundesamt hat Mitte Januar für das Jahr 2004 erste Ergebnisse zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und zum gesamtstaatlichen Defizit veröffentlicht. Danach

ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 1,7% und damit spürbar gestiegen (2003 war das BIP noch leicht um 0,1% geschrumpft). Die Staatsquote sank im Jahr 2004 um 1,2 Prozentpunkte auf 47,6% des BIP. Das ist der niedrigste Stand seit über zehn Jahren.

Für das vergangene Jahr errechnet das Statistische Bundesamt ein gesamtstaatliches Defizit von 3,9% des BIP. Es liegt damit 0,2 Prozentpunkte über der dem deutschen Stabilitätsprogramm zu Grunde liegenden Defizitquote von 3,7%. Allerdings beruhen die Berechnungen – wie zu diesem frühen Zeitpunkt üblich – in wesentlichen Teilen auf Schätzungen. Beispielsweise sind der günstige Abschluss des Bundeshaushaltes 2004, der vorläufige Abschluss der Länderhaushalte sowie die Ist-Ergebnisse der Steuereinnahmen für den Dezember nicht berücksichtigt. Die Revision der Defizitzahlen Ende Februar dürfte daher allein wegen des besseren Abschlusses des Bundeshaushaltes zu einer Verringerung des Maastricht-Defizits 2004 führen.

Wären die Einnahmen im Verhältnis zum BIP im vergangenen Jahr konstant geblieben, hätte Deutschland damit bereits 2004 die Maastricht-Grenze für das gesamtstaatliche Defizit unterschritten. Das zeigt, dass der eingeschlagene Weg einer Verbindung von Konsolidierung und Wachstumsimpulsen der richtige ist. Für 2005 bleibt es das Ziel der Bundesregierung, das Defizitkriterium von 3% einzuhalten. Die Euro-

päische Kommission hat erklärt, dass dies mit den eingeleiteten Maßnahmen auch erreicht werden kann.

Bei der gegenwärtigen Diskussion über eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes geht es im Kern darum, das Regelwerk zu einem ökonomisch rationaleren und situationsgerechten Pakt zu verbessern. Zwischen der Europäischen Kommission und den europäischen Finanzministern besteht dabei Einvernehmen, dass die im Maastricht-Vertrag festgelegten Referenzwerte nicht geändert werden sollen.

Um bei einem Überschreiten der 3%-Grenze die richtigen finanzpolitischen Schlussfolgerungen zu ziehen, müssen wir uns die Finanz- und Wirtschaftspolitik eines Landes im Ganzen anschauen. Die Bundesregierung unterstützt daher ausdrücklich den Vorschlag der Europäischen Kommission, die Beurteilungskriterien für das Feststellen eines übermäßigen Defizits bzw. für die Verschärfung eines bestehenden Verfahrens gründlich zu überarbeiten. Das hat nichts mit einem Aufweichen des Paktes zu tun. Es ist die einzig sinnvolle Konsequenz aus den bisherigen Erfahrungen.



Volker Halsch  
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen





## Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunktorentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht	22
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	26
Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2004	30
Termine	32



# Finanzwirtschaftliche Lage

Der Abschluss des Bundeshaushaltes 2004 fällt weitaus besser aus, als dies noch im Herbst des vergangenen Jahres erwartet wurde. Mit nunmehr 39,5 Mrd. € ist die Nettokreditaufnahme

4 Mrd. € geringer als im Nachtragshaushalt 2004 eingeplant.

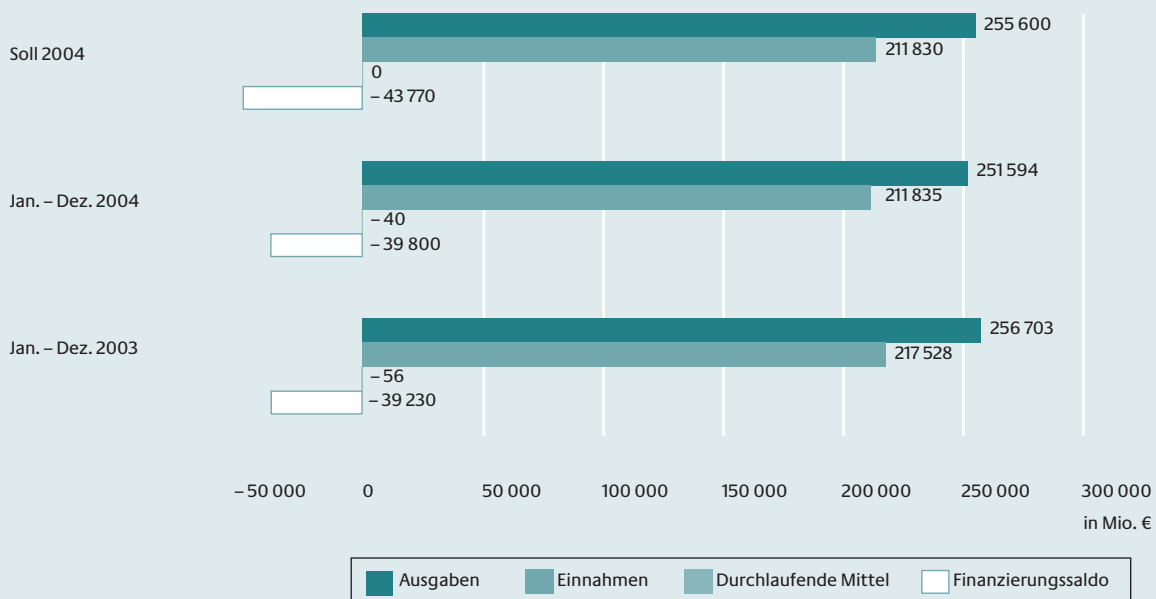
Der Hauptgrund hierfür sind zusätzliche Entlastungen auf der Ausgabenseite, u. a. beim

## Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2004	Ist-Entwicklung <sup>1</sup> Januar bis Dezember 2004
Ausgaben (Mrd. €)	255,6	251,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	- 0,4	- 2,0
Einnahmen (Mrd. €)	211,8	211,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	- 2,6	- 2,6
Steuereinnahmen (Mrd. €)	186,6	187,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	- 2,7	- 2,5
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	- 43,8	- 39,8
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	0,0
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 0,3	- 0,3
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	- 43,5	- 39,5

<sup>1</sup> Buchungsergebnisse.

## Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit und bei den Zinsausgaben, die so im Herbst des letzten Jahres noch nicht absehbar waren. Die Ausgaben des Bundes 2004 liegen mit 251,6 Mrd. € um 2,0 % unter dem Niveau von 2003. Sie unter-

schreiten damit das Soll des Nachtragshaushalts um 4 Mrd. €.

Die Einnahmen des Bundes 2004 (ohne Münzeinnahmen) belaufen sich auf 211,8 Mrd. €. Sie unterschreiten die Einnahmen des Vorjahres

## Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Soll 2004	Ist 2004		Ist 2003		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Januar bis Dezember Mio. €	Anteil in %	Januar bis Dezember Mio. €	Anteil in %	
<b>Allgemeine Dienste</b>	48 433	47 135	18,7	48 003	18,7	- 1,8
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3 721	3 675	1,5	3 675	1,4	0,0
Verteidigung	28 121	27 715	11,0	28 384	11,1	- 2,4
Politische Führung, zentrale Verwaltung	8 289	7 754	3,1	8 089	3,2	- 4,1
Finanzverwaltung	3 308	3 162	1,3	3 144	1,2	0,6
<b>Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten</b>	11 887	10 995	4,4	10 936	4,3	0,5
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	925	925	0,4	1 060	0,4	- 12,7
BAföG	951	990	0,4	939	0,4	5,4
Forschung und Entwicklung	6 790	6 631	2,6	6 680	2,6	- 0,7
<b>Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen</b>	121 747	120 555	47,9	118 299	46,1	1,9
Sozialversicherung	75 003	74 936	29,8	74 674	29,1	0,4
Arbeitslosenversicherung	5 210	4 175	1,7	6 215	2,4	- 32,8
Arbeitslosenhilfe	18 800	18 758	7,5	16 532	6,4	13,5
Wohngeld	3 059	3 009	1,2	2 791	1,1	7,8
Erziehungsgeld	2 985	3 061	1,2	3 168	1,2	- 3,4
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	3 367	3 399	1,4	3 623	1,4	- 6,2
<b>Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung</b>	917	909	0,4	1 048	0,4	- 13,3
<b>Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	2 025	1 812	0,7	1 826	0,7	- 0,8
Wohnungswesen	1 453	1 279	0,5	1 347	0,5	- 5,0
<b>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	7 471	6 545	2,6	10 699	4,2	- 38,8
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 162	1 390	0,6	4 880	1,9	- 71,5
Kohlenbergbau	2 102	2 102	0,8	2 559	1,0	- 17,9
Gewährleistungen	2 000	1 096	0,4	1 228	0,5	- 10,7
<b>Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	10 836	10 123	4,0	10 096	3,9	0,3
Straßen (ohne GVFG)	5 875	5 960	2,4	5 687	2,2	4,8
<b>Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen</b>	15 437	14 311	5,7	16 205	6,3	- 11,7
Postbeamtenversorgungskasse	4 915	4 428	1,8	5 055	2,0	- 12,4
Bundeseisenbahnvermögen	5 700	5 537	2,2	5 796	2,3	- 4,5
Deutsche Bahn AG	3 245	3 255	1,3	4 444	1,7	- 26,8
<b>Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	36 847	39 209	15,6	39 591	15,4	- 1,0
Fonds „Deutsche Einheit“	2 255	2 255	0,9	2 268	0,9	- 0,6
Zinsausgaben	36 791	36 274	14,4	36 875	14,4	- 1,6
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>255 600</b>	<b>251 594</b>	<b>100,0</b>	<b>256 703</b>	<b>100,0</b>	<b>- 2,0</b>

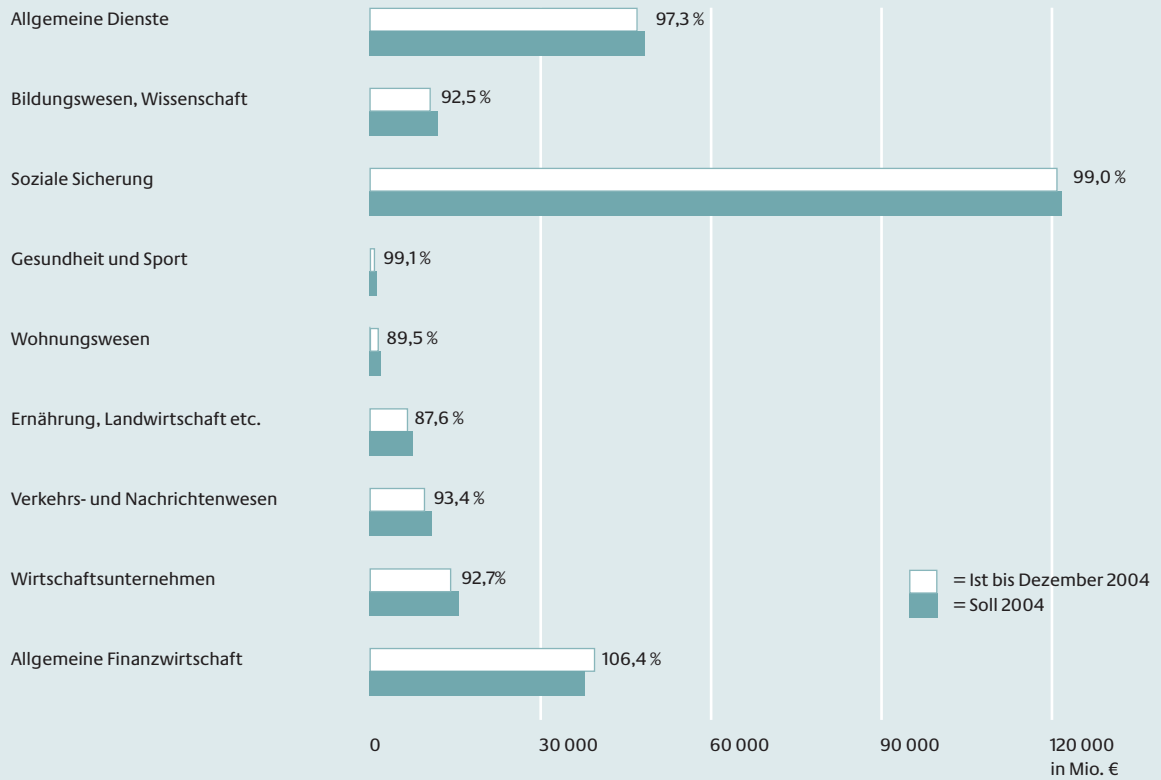
um 5,7 Mrd. € oder – 2,6 %. Die im Vergleich zum Vorjahr geringeren Steuereinnahmen und der verminderte Bundesbankgewinn kennzeichnen die Einnahmeentwicklung des Bundes. Die Steuereinnahmen liegen mit 187,0 Mrd. € um 0,4 Mrd. € über dem im Nachtragshaus-

halt für das Jahr 2004 veranschlagten Aufkommen, erreichen das Niveau von 2003 jedoch nicht (– 4,9 Mrd. €). Der mit dem Nachtragshaushalt 2004 veranschlagte Wert der Einnahmen des Bundes wird im Ergebnis erreicht.

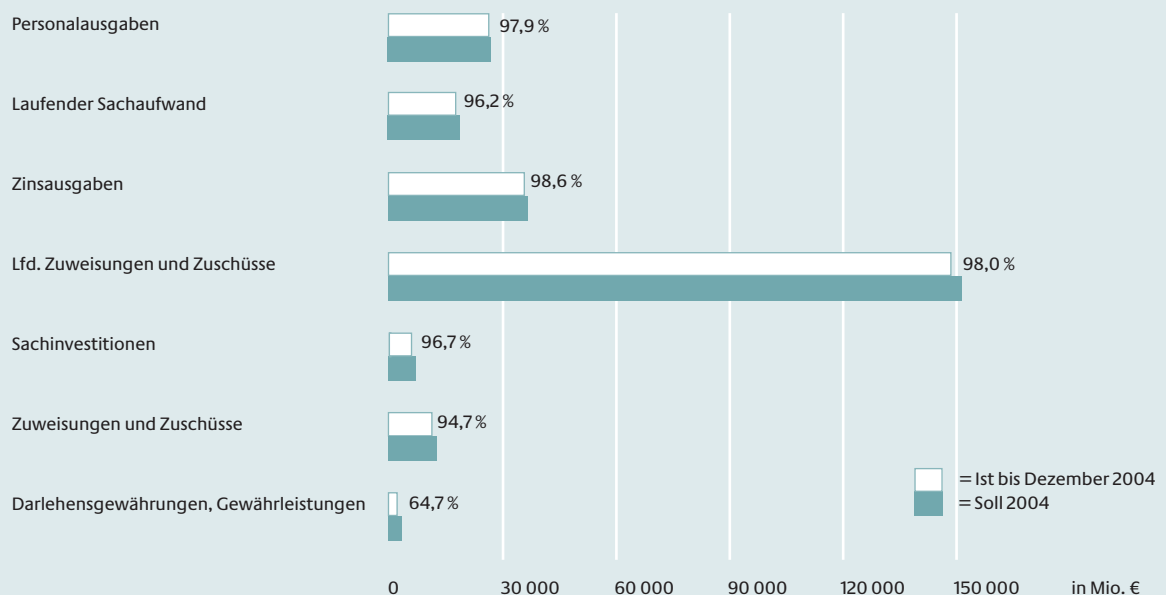
### Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Soll 2004	Ist 2004		Ist 2003		Veränderung gegenüber Vorjahr in %
	Mio. €	Januar bis Dezember Mio. €	Anteil in %	Januar bis Dezember Mio. €	Anteil in %	
<b>Konsumtive Ausgaben</b>	<b>233 980</b>	<b>229 216</b>	<b>91,1</b>	<b>230 971</b>	<b>90,0</b>	– <b>0,8</b>
Personalausgaben	27 325	26 758	10,6	27 235	10,6	– 1,8
Aktivbezüge	20 615	20 332	8,1	20 696	8,1	– 1,8
Versorgung	6 711	6 426	2,6	6 539	2,5	– 1,7
Laufender Sachaufwand	17 536	16 878	6,7	17 192	6,7	– 1,8
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 547	1 522	0,6	1 604	0,6	– 5,1
Militärische Beschaffungen	8 025	7 985	3,2	7 905	3,1	1,0
Sonstiger laufender Sachaufwand	7 964	7 371	2,9	7 683	3,0	– 4,1
Zinsausgaben	36 791	36 274	14,4	36 875	14,4	– 1,6
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse an Verwaltungen an andere Bereiche	151 950	148 950	59,2	149 304	58,2	– 0,2
darunter:	15 007	14 797	5,9	15 797	6,2	– 6,3
Unternehmen	136 943	134 153	53,3	133 508	52,0	0,5
Renten, Unterstützungen u.a. Sozialversicherungen	16 122	15 062	6,0	15 702	6,1	– 4,1
Sonstige Vermögensübertragungen	25 528	25 396	10,1	23 666	9,2	7,3
Sonstige Vermögensübertragungen	91 593	90 079	35,8	90 560	35,3	– 0,5
<b>Investive Ausgaben</b>	<b>24 639</b>	<b>22 378</b>	<b>8,9</b>	<b>25 732</b>	<b>10,0</b>	– <b>13,0</b>
Finanzierungshilfen						
Zuweisungen und Zuschüsse	17 510	15 487	6,2	19 036	7,4	– 18,6
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	13 259	12 556	5,0	15 833	6,2	– 20,7
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 685	2 383	0,9	2 665	1,0	– 10,6
Sachinvestitionen	565	548	0,2	538	0,2	1,9
Baumaßnahmen	7 129	6 891	2,7	6 696	2,6	2,9
Erwerb von beweglichen Sachen	5 517	5 466	2,2	5 298	2,1	3,2
Grunderwerb	1 036	922	0,4	894	0,3	3,1
Grunderwerb	576	503	0,2	504	0,2	– 0,2
<b>Globalansätze</b>	– 3 019	0		0		
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>255 600</b>	<b>251 594</b>	<b>100,0</b>	<b>256 703</b>	<b>100,0</b>	– <b>2,0</b>

### Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis Dezember 2004



### Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis Dezember 2004



## Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2004	Ist 2004		Ist 2003		Veränderung gegenüber Vorjahr in %
	Mio. €	Januar bis Dezember Mio. €	Anteil in %	Januar bis Dezember Mio. €	Anteil in %	
<b>I. Steuern</b>	<b>186 606</b>	<b>187 005</b>	<b>88,3</b>	<b>191 881</b>	<b>88,2</b>	- 2,5
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	141 340	141 000	66,6	140 179	64,4	0,6
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	69 584	69 485	32,8	70 466	32,4	- 1,4
davon:						
Lohnsteuer	52 742	52 681	24,9	56 539	26,0	- 6,8
veranlagte Einkommensteuer	2 152	2 298	1,1	1 936	0,9	18,7
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	4 985	4 963	2,3	4 497	2,1	10,4
Zinsabschlag	2 980	2 980	1,4	3 358	1,5	- 11,3
Körperschaftsteuer	6 725	6 563	3,1	4 136	1,9	58,7
Steuern vom Umsatz	70 364	70 053	33,1	67 407	31,0	3,9
Gewerbesteuerumlage	1 392	1 461	0,7	2 306	1,1	- 36,6
Mineralölsteuer	41 700	41 782	19,7	43 188	19,9	- 3,3
Tabaksteuer	13 650	13 630	6,4	14 094	6,5	- 3,3
Solidaritätszuschlag	10 121	10 108	4,8	10 280	4,7	- 1,7
Versicherungsteuer	8 775	8 751	4,1	8 870	4,1	- 1,3
Stromsteuer	6 500	6 597	3,1	6 531	3,0	1,0
Branntweinsteuer	2 167	2 195	1,0	2 204	1,0	- 0,4
Kaffeesteuer	1 040	1 025	0,5	980	0,5	4,6
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 15 073	- 15 157	- 7,2	- 15 220	- 7,0	- 0,4
BNE-Eigenmittel der EU	- 13 800	- 13 596	- 6,4	- 12 840	- 5,9	5,9
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 450	- 2 985	- 1,4	-	-	-
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 6 810	- 6 810	- 3,2	- 6 846	- 3,1	- 0,5
<b>II. Sonstige Einnahmen</b>	<b>25 224</b>	<b>24 830</b>	<b>11,7</b>	<b>25 648</b>	<b>11,8</b>	- 3,2
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	941	1 013	0,5	4 181	1,9	- 75,8
Zinseinnahmen	951	951	0,4	1 209	0,6	- 21,3
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	12 879	13 588	6,4	9 477	4,4	43,4
<b>Einnahmen zusammen</b>	<b>211 830</b>	<b>211 835</b>	<b>100,0</b>	<b>217 528</b>	<b>100,0</b>	- 2,6

## Steuereinnahmen im Dezember 2004

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) sind im Dezember 2004 um – 3,5 % gegenüber dem Vorjahr gesunken. Dabei waren sowohl die gemeinschaftlichen Steuern mit – 2,5 % wie auch die Bundessteuern mit – 7,8 % rückläufig. Die Ländersteuern hingegen verzeichneten eine Zunahme um + 10,5 %.

Im Gesamtjahr 2004 sind die Steuereinnahmen (ohne Gemeindesteuern) damit gegenüber dem Vorjahr um – 1,3 % zurückgegangen. Die Abweichung zum Ergebnis der November-Steuerschätzung betrug – 446 Mio. € bzw. – 0,1%. Einzelheiten zu den Steuereinnahmen im 4. Quartal 2004 und zum Gesamtergebnis des Jahres 2004 werden im Monatsbericht Februar 2005 des Bundesministeriums der Finanzen veröffentlicht.

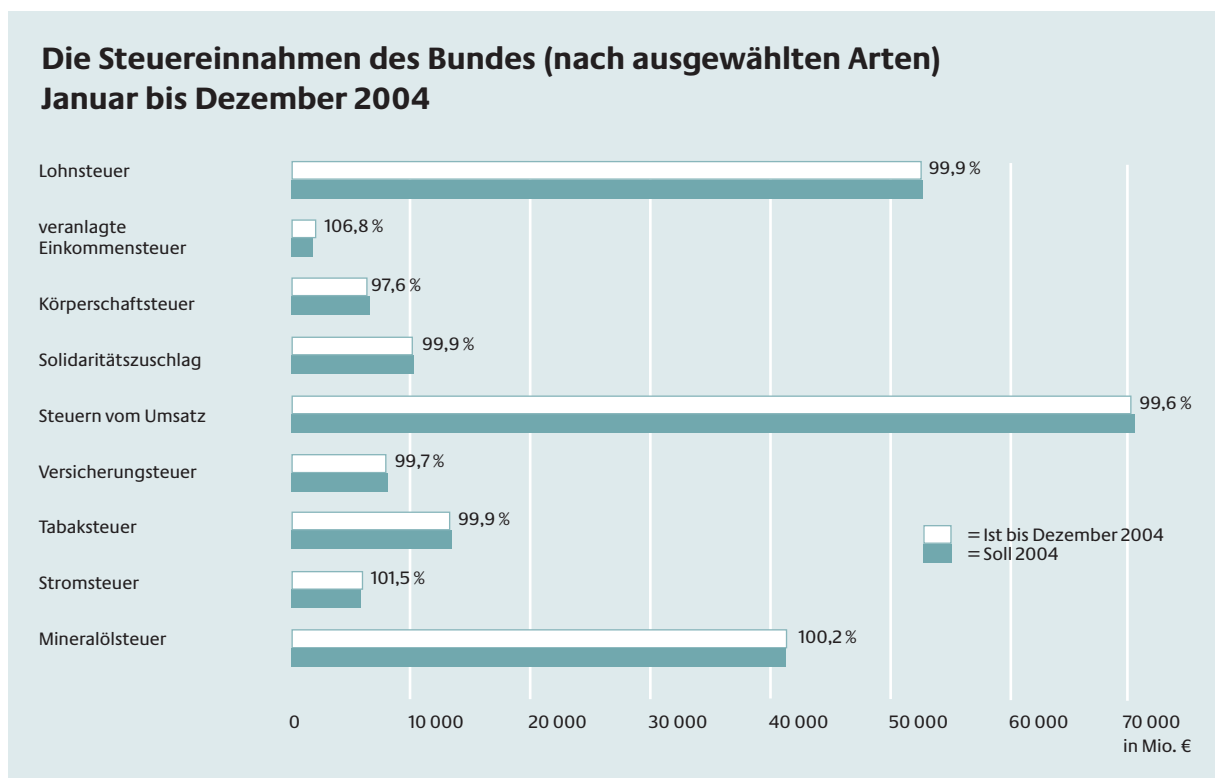
Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) waren im De-

zember 2004 mit – 3,6 % rückläufig. Dabei wurde der Rückgang der gemeinschaftlichen Steuern und reinen Bundessteuern durch deutlich geringere EU-Abführungen gedämpft. Im Gesamtjahr 2004 gingen die Steuereinnahmen des Bundes um – 2,6 %<sup>1</sup> gegenüber dem Vorjahr zurück. Sie übertrafen damit die Erwartungen der November-Steuerschätzung um + 343 Mio. €.

Die Einnahmen aus der Lohnsteuer waren im Dezember mit – 8,1 % rückläufig. In der Bruttobetrachtung, d. h. vor Abzug des Kindergeldes, betrug der Rückgang – 6,9 %.

Das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer nahm im Dezember um + 193 Mio. € bzw. + 2,9 % zu. Davon entfielen 333 Mio. € auf Einnahmen aus dem Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit. Ohne diese Einnahmen aus der Steueramnestie wäre das Aufkommen im Dezember zurückgegangen – eine Folge der seit Jahresbeginn geltenden Senkung des Einkommensteuertarifs.

<sup>1</sup> Abweichung zur Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fußnoten 1 und 3, Seite 18).





Im letzten Vorauszahlungstermin des Jahres verzeichnete die Körperschaftsteuer eine Zunahme um +9,8%. Damit setzte sich die kräftige Aufkommenstendenz der ersten drei Vorauszahlungsmomente weiter fort. Die steuerrechtlichen Maßnahmen wie Moratorium und Einschränkung des Verlustvortrags scheinen sich hier ebenso positiv niederzuschlagen wie die günstige Gewinnentwicklung.

Die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag gingen im Dezember um -28,4% zurück und konnten damit nicht an die dynamische Entwicklung der beiden Vormonate anknüpfen.

Nachdem die Einnahmen aus dem Zinsabschlag im bisherigen Jahresverlauf stets deutlich rückläufig waren (bis einschließlich November -12,1%), überraschte das Dezember-Ergebnis mit einem nur leichten Rückgang von -1,0%, bei allerdings sehr schwacher Vorjahresbasis.

Nachdem die Steuern vom Umsatz in den beiden Vormonaten jeweils rückläufig waren, verbesserten sie sich im Dezember gegenüber dem Vorjahr um +1,7%. Während die Umsatzsteuer mit +4,2% kräftig zulegte, verzeichnete die Einfuhrumsatzsteuer - bedingt durch die EU-Erweiterung - einen Rückgang um -5,2%.

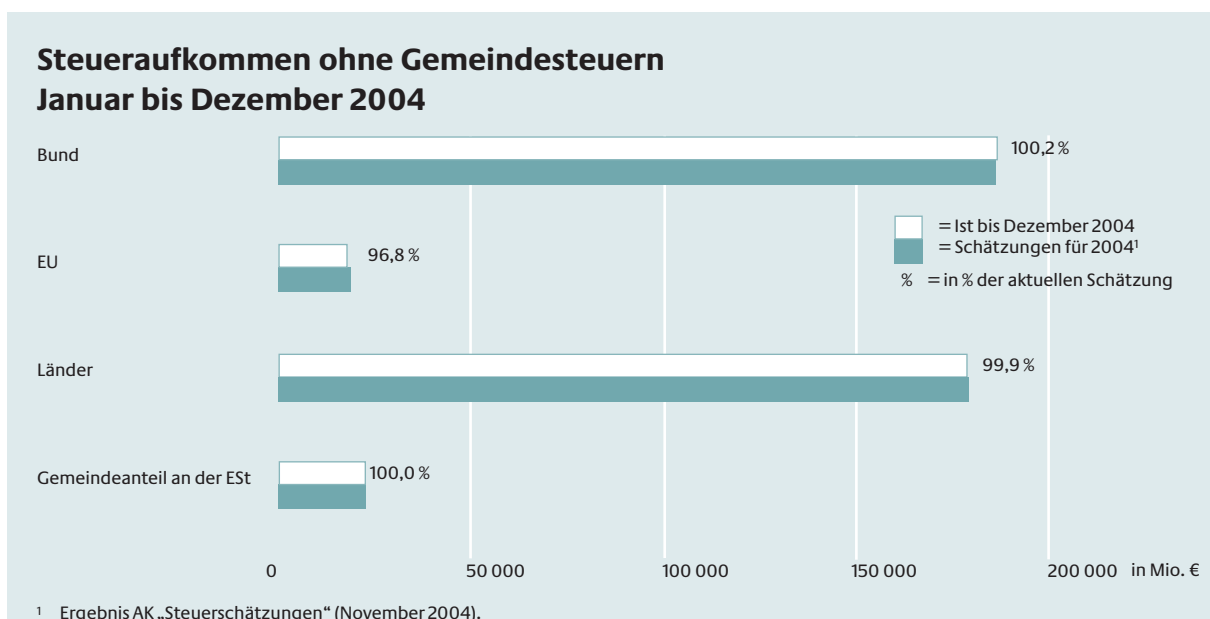
Das Aufkommen der reinen Bundessteuern war im Dezember mit -7,8% rückläufig. Die-

ser Rückgang ist im Wesentlichen auf die seit Jahresbeginn geltende periodengerechte Verbuchung zurückzuführen. Da die Vorjahreswerte nicht entsprechend angepasst wurden, sind damit die in diesem Jahr ausgewiesenen Veränderungsdaten teilweise erheblich verzerrt.

Dies zeigt sich insbesondere bei der Tabaksteuer, deren Einnahmen um -27,3% zurückgingen. Im Vergleich zur korrigierten Dezember-Zahl 2003 betrug der Rückgang lediglich -3,2%.

Die Mineralölsteuereinnahmen schnitten im Vorjahresvergleich mit -1,8% leicht schlechter ab. Die Branntweinsteuer blieb mit -19,5% deutlich unter dem Vorjahreswert, ebenso die Stromsteuer mit -25,8%. Die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag gingen um -3,6% zurück. Die Versicherungsteuer verbesserte sich leicht um +0,8%.

Die reinen Ländersteuern entwickelten sich mit einer Zunahme um +10,5% sehr dynamisch. Insbesondere die Erbschaftsteuer (+20,1%), die Rennwett- und Lotteriesteuer (+24,4%) und die Biersteuer (+11,7%) verzeichneten kräftige Zuwächse. Aber auch die Kraftfahrzeugsteuer (+8,3%) und die Grunderwerbsteuer (+3,4%) verbesserten sich deutlich im Vorjahresvergleich.



## Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (Vorläufige Ergebnisse)<sup>1</sup>

2004	Dezember	Veränderung gegenüber Vorjahr	Januar bis Dezember	Veränderung gegenüber Vorjahr	Schätzungen für 2004	Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. € <sup>4</sup>	in %
<b>Gemeinschaftliche Steuern</b>						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	17 704	- 8,1	123 895	- 6,9	124 100	- 6,8
veranlagte Einkommensteuer	6 877	2,9	5 394	18,1	5 065	10,9
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	201	- 28,4	9 919	10,2	9 970	10,8
Zinsabschlag	541	- 1,0	6 773	- 11,3	6 773	- 11,3
Körperschaftsteuer	4 632	9,8	13 123	58,6	13 450	62,5
Steuern vom Umsatz	12 094	1,7	137 366	0,3	138 000	0,7
Gewerbesteuerumlage	789	- 31,6	3 355	- 32,9	3 202	- 36,0
erhöhte Gewerbesteuerumlage	562	18,1	2 306	10,8	2 243	7,7
<b>Gemeinschaftliche Steuern insgesamt</b>	<b>43 401</b>	<b>- 2,5</b>	<b>302 131</b>	<b>- 1,5</b>	<b>302 803</b>	<b>- 1,3</b>
<b>Bundessteuern</b>						
Mineralölsteuer	9 778	- 1,8	41 782	- 3,3	41 700	- 3,4
Tabaksteuer	1 800	- 27,3	13 630	- 3,3	13 650	- 3,1
Branntweinsteuer	402	- 19,5	2 195	- 0,4	2 167	- 1,7
Versicherungsteuer	615	0,8	8 751	- 1,3	8 775	- 1,1
Stromsteuer	655	- 25,8	6 597	1,0	6 500	- 0,5
Solidaritätszuschlag	1 663	- 3,6	10 108	- 1,7	10 121	- 1,5
sonstige Bundessteuern	188	- 17,2	1 492	3,5	1 486	3,1
<b>Bundessteuern insgesamt</b>	<b>15 101</b>	<b>- 7,8</b>	<b>84 554</b>	<b>- 2,4</b>	<b>84 399</b>	<b>- 2,6</b>
<b>Ländersteuern</b>						
Erbschaftsteuer	327	20,1	4 283	27,0	4 300	27,5
Grunderwerbsteuer	408	3,4	4 646	- 3,2	4 590	- 4,4
Kraftfahrzeugsteuer	547	8,3	7 739	5,5	7 720	5,2
Rennwett- und Lotteriesteuer	190	24,4	1 885	1,3	1 865	0,2
Biersteuer	61	11,7	787	0,2	790	0,5
sonstige Ländersteuern	16	- 31,4	433	- 22,4	447	- 19,8
<b>Ländersteuern insgesamt</b>	<b>1 548</b>	<b>10,5</b>	<b>19 774</b>	<b>5,7</b>	<b>19 712</b>	<b>5,3</b>
<b>EU-Eigenmittel</b>						
Zölle	297	17,4	3 059	6,3	3 050	6,0
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	- 17	.	2 985	- 42,7	3 450	- 33,8
BNE-Eigenmittel	643	- 43,9	13 596	5,9	13 800	7,5
<b>EU-Eigenmittel insgesamt</b>	<b>922</b>	<b>- 45,9</b>	<b>19 641</b>	<b>- 6,1</b>	<b>20 300</b>	<b>- 3,0</b>
<b>Bund<sup>3</sup></b>	<b>32 257</b>	<b>- 3,6</b>	<b>186 950</b>	<b>- 2,6</b>	<b>186 607</b>	<b>- 2,8</b>
<b>Länder<sup>3</sup></b>	<b>23 163</b>	<b>0,0</b>	<b>179 869</b>	<b>1,3</b>	<b>180 005</b>	<b>1,4</b>
<b>EU</b>	<b>922</b>	<b>- 45,9</b>	<b>19 641</b>	<b>- 6,1</b>	<b>20 300</b>	<b>- 3,0</b>
<b>Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer</b>	<b>4 003</b>	<b>- 4,8</b>	<b>23 058</b>	<b>- 5,5</b>	<b>23 052</b>	<b>- 5,6</b>
<b>Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)</b>	<b>60 346</b>	<b>- 3,5</b>	<b>409 518</b>	<b>- 1,3</b>	<b>409 964</b>	<b>- 1,2</b>

<sup>1</sup> Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundesamt für Finanzen.

<sup>3</sup> Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

<sup>4</sup> Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom November 2004.

# Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

## Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sind im Dezember weiter zurückgegangen. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende November bei 3,72 % lag, notierte Ende Dezember bei 3,68 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – sind Ende Dezember auf 2,15 % leicht gesunken. Die Europäische Zentralbank hatte zuletzt am 5. Juni 2003 die Leitzinsen um 0,5 % gesenkt. Der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegt seitdem bei 2,0 %, der Zinssatz für die Einlage-

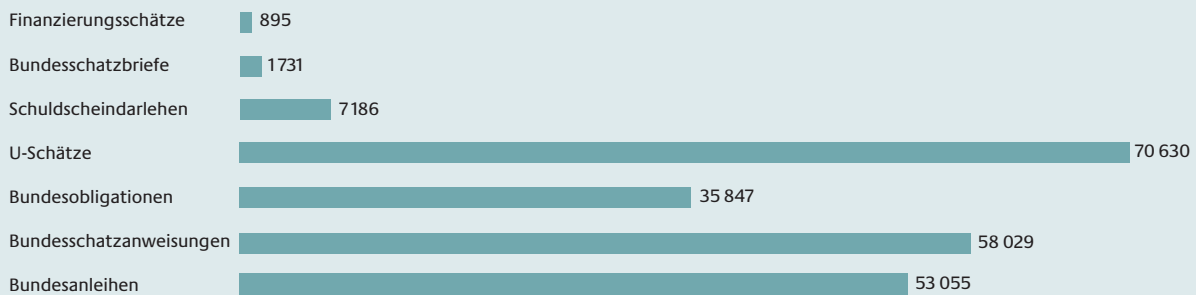
fazilität bei 1,0 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,0 %.

Die europäischen Aktienmärkte konnten im Dezember weiter zulegen. Der Deutsche Aktienindex stieg von 4 126 Punkte auf 4 256 Punkte (Monatsendstände). Der 50 Spitzenwerte der EU umfassende Euro Stoxx 50 verbesserte sich von 2 876 Punkte auf 2 951 Punkte.

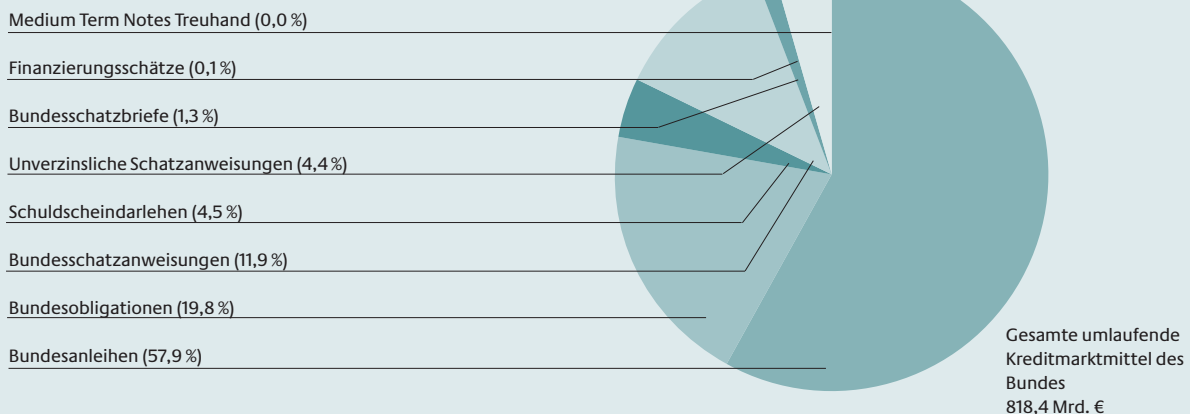
## Monetäre Entwicklung

Der Dreimonatsdurchschnitt für das Wachstum der Geldmenge M 3 ist im Euroraum von

### Kreditaufnahme des Bundes bis einschl. Dezember 2004 in Mio. €



### Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes per 31. Dezember 2004



September bis November 2004 – auf Jahresbasis gerechnet – auf 5,9% leicht gestiegen (Dreimonatsdurchschnitt August bis Oktober 2004: 5,8%; Referenzwert: 4,5%). Der sich seit Mitte letzten Jahres abzeichnende Trend einer steten Beschleunigung des Geldmengenwachstums hält damit an.

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor belief sich im Euroraum im November auf 6,7% (verglichen mit 6,5% im Vormonat). In Deutschland lag die vorgenannte Wachstumsrate mit 0,4% unter dem Vormonatswert (0,5%).

### Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug im Zeitraum 1. Januar 2004 bis 31. Dezember 2004

227,1 Mrd. €. Unter Einbeziehung der Anteile der Sondervermögen an der Gemeinsamen Wertpapierbegebung betragen die am Kapitalmarkt beschafften Beträge insgesamt 227,4 Mrd. €.

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2003 haben sich die umlaufenden Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Bestände an eigenen Wertpapieren bis zum 31. Dezember 2004 um 6,3% auf 818,4 Mrd. € erhöht.

Der Bund beabsichtigt, im 1. Quartal 2005 zur Finanzierung des Bundeshaushalts die in der Tabelle „Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2005“ dargestellten Emissionen im Gesamtbetrag von ca. 61 Mrd. € zu begeben.

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben. Der

## Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes<sup>1</sup> und seiner Sondervermögen im 1. Quartal 2005 (in Mrd. €)

### Tilgungen

Kreditart	Januar	Februar	März	Gesamtsumme 1. Quartal
Anleihen (Bund und Sondervermögen)	8,8	–	–	8,8
Bundesobligationen	–	7,0	–	7,0
Bundesschatzanweisungen	–	–	12,0	12,0
U-Schätze des Bundes	5,9	5,9	5,9	17,8
Bundesschatzbriefe	0,2	0,1	0	0,4
Finanzierungsschätze	0,1	0,1	0,1	0,2
Fundierungsschuldverschreibungen	–	–	–	0
Ausgleichsfonds Währungsumstellung	–	–	–	0
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	1,0	0,1	1,1	2,0
MTN Treuhand	–	–	–	0
<b>Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen</b>	<b>15,8</b>	<b>13,2</b>	<b>19,2</b>	<b>48,2</b>

### Zinszahlungen

	Januar	Februar	März	Gesamtsumme 1. Quartal
Zinszahlungen	12,7	2,9	1,0	16,6

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> Einschl. der seit 1999 in die Bundesschuld eingegliederten ehemaligen Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes, einschl. Ausgleichsfonds Währungsumstellung sowie einschl. des ab 2005 eingegliederten Fonds „Deutsche Einheit“.

detaillierte Emissionskalender für das zweite Quartal 2005 wird in der 3. Dekade im März 2005 veröffentlicht.

Die Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen Entschädigungsfonds und ERP

belaufen sich im 1. Quartal 2005 auf rund 48,2 Mrd. €. Die Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen Entschädigungsfonds und ERP belaufen sich im 1. Quartal 2005 auf rund 16,6 Mrd. €.

## Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2005

### Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Bundesanleihe ISIN DE0001135267 WKN 113 526	Aufstockung	5. Januar 2005	10 Jahre fällig 4. Januar 2015 Zinslaufbeginn: 26. November 2004 Erster Zinstermin: 4. Januar 2006	ca. 8 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137081 WKN 113 708	Aufstockung	19. Januar 2005	2 Jahre fällig 15. Dezember 2006 Zinslaufbeginn: 10. Dezember 2004 Erster Zinstermin: 15. Dezember 2005	ca. 7 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135275 WKN 113527	Neuemission	26. Januar 2005	30 Jahre fällig 4. Januar 2037 Zinslaufbeginn: 4. Januar 2005 Erster Zinstermin: 4. Januar 2006	ca. 6 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135267 WKN 113526	Aufstockung	23. Februar 2005	10 Jahre fällig 4. Januar 2015 Zinslaufbeginn: 26. November 2004 Erster Zinstermin: 4. Januar 2006	ca. 7 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137099 WKN 113 709	Neuemission	16. März 2005	2 Jahre fällig 23. März 2007 Zinslaufbeginn: 18. März 2005 Erster Zinstermin: 23. März 2006	ca. 8 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141463 WKN 114146	Neuemission	30. März 2005	5 Jahre fällig 9. April 2010 Zinslaufbeginn: 1. April 2005 Erster Zinstermin: 9. April 2006	ca. 7 Mrd. €
<sup>1</sup> Volumen einschließlich Marktpflegequote.			<b>1. Quartal 2005 insgesamt</b>	<b>ca. 43 Mrd. €</b>

### Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114759 WKN 111 475	Neuemission	10. Januar 2005	6 Monate fällig 13. Juli 2005	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114767 WKN 111 476	Neuemission	14. Februar 2005	6 Monate fällig 17. August 2005	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114775 WKN 111 477	Neuemission	14. März 2005	6 Monate fällig 14. September 2005	ca. 6 Mrd. €
			<b>1. Quartal 2005 insgesamt</b>	<b>ca. 18 Mrd. €</b>
<sup>1</sup> Volumen einschließlich Marktpflegequote.				

## Konjunktorentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht

Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hat das Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr um real 1,7% zugelegt. Damit konnte sich die deutsche Wirtschaft aus der drei Jahre währenden Stagnation lösen. Auch unter Berücksichtigung des ungewöhnlich großen Kalendereffekts, wonach die darum bereinigte Zunahme bei 1,1% lag, ist dies der stärkste Zuwachs seit dem Boomjahr 2000. Zur wirtschaftlichen Belebung im Jahr 2004 hat maßgeblich der außerordentlich starke Exportüberschuss mit einem Impuls von allein 1,2 Prozentpunkten beigetragen. Demgegenüber blieb die inländische Verwendung mit einem Zuwachs von 0,5% schwach: Nur die staatlichen Konsumausgaben sowie der im Vergleich zum Vorjahr geringere Vorratsabbau trugen zum BIP-Zuwachs positiv bei, während der Beitrag der Privaten Konsumausgaben und der Bruttoanlageinvestitionen negativ war. Insgesamt entwickelten sich damit auch die Steuereinnahmen nur verhalten. Die außerordentlich positive Entwicklung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen führte zwar dazu, dass insbesondere die Einnahmen aus Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer in den ersten drei Quartalen des letzten Jahres anstiegen. Allerdings stagnierten die Arbeitnehmerentgelte; zusammen mit der weiter schwierigen Lage am Arbeitsmarkt sind somit der Einnahmementwicklung aus Lohn- und Umsatzsteuer noch deutliche Grenzen gesetzt. Positiv für den Bundeshaushalt fiel das Ergebnis der Bundesagentur für Arbeit aus, die mit 4,2 Mrd. € im vergangenen Jahr einen um 1 Mrd. € geringeren Bundeszuschuss benötigte als veranschlagt.

Nachdem der Außenbeitrag im 3. Quartal 2004 leicht zurückgegangen war, deutet sich für das 4. Quartal ein leichter Anstieg der Exporte an, bei allerdings gleichzeitig auch weiterhin

kräftigen Importzuwächsen. Der Umsatz der Industrie mit dem Ausland ist weiterhin aufwärts gerichtet. Im Zweimonatsvergleich (saisonbereinigt) ist die Warenausfuhr im Oktober/November um nominal 1,6% gegenüber 0,9% zuvor angestiegen, während 2,3% mehr Waren importiert wurden. Dies bedeutet einen weiterhin rückläufigen Außenhandelsaldo, wobei der Rückgang aber mit zuletzt 0,2% deutlich geringer als im 3. Quartal ausfiel. Die Exporte von Waren und Dienstleistungen konnten insgesamt im Durchschnitt des Jahres 2004 einen deutlichen Zuwachs von real 8,2% aufweisen, der nahe an jenen des Jahres 2000 (+ 13,5%) reichte. Aufgrund der geringeren Zunahme der Importe (+ 5,7%) war der Außenbeitrag mit 1,2 Prozentpunkten der wichtigste Impuls für den realen BIP-Zuwachs im vergangenen Jahr. Für den Außenhandel mit Waren, der bei den Exporten einen Anteil von knapp 90% und bei den Importen von gut 80% hat, errechnete das Statistische Bundesamt auf Basis der bis November 2004 vorliegenden Daten einen Rekordwert des Handelsbilanzüberschusses von 155,6 Mrd. €, der auf einer Zunahme der Warenausfuhr von nominal 10,0% und einem Anstieg der Wareneinfuhr von 7,7% beruhte. Dabei legte die Ausfuhr in den Euro-Raum (+ 10,3%) nur geringfügig weniger zu als diejenige in Drittländer (+ 10,4%); der Zuwachs in die nicht dem Euro-Raum angehörigen EU-Länder betrug 8,8%. Damit dürfte Deutschland auch im vergangenen Jahr Weltmeister im Export von Waren gewesen sein, wozu aber – für den internationalen Vergleich wichtig – auch die Abwertung des US-Dollar gegenüber dem Euro unterstützend wirkte, da sie unabhängig von der Mengenentwicklung den Wert der Exporte in US-Dollar erhöhte.

Während sich die Stimmung der Unternehmen und Finanzmarktanalysten in den

## Finanzwirtschaftlich wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2003		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. €	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			1.Q.04	2.Q.04	3.Q.04	1.Q.04	2.Q.04	3.Q.04
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>								
real	1 985	- 0,1	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,3
nominal	2 128	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,1	+ 2,5	+ 3,2	+ 2,1
<b>Einkommen</b>								
Volkseinkommen	1 569	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,9	- 0,5	+ 2,6	+ 5,3	+ 2,6
Arbeitnehmerentgelt	1 132	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,0	- 0,6	+ 0,1	+ 0,1	- 0,6
Vermögenseinkommen	437	+ 3,5	+ 1,1	+ 6,3	- 0,3	+ 8,7	+ 18,4	+ 10,3
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 390	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,3
Bruttolöhne und Gehälter	910	- 0,2	+ 0,6	+ 0,1	- 0,7	+ 0,2	+ 0,3	- 0,4
Sparen der privaten Haushalte	151	+ 3,3	+ 2,3	+ 1,4	+ 2,1	+ 1,5	+ 3,9	+ 3,5

Umsätze/ Auftragseingänge/ Außenhandel	2003		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			Okt 04	Nov 04	2- Monats- durch- schnitt	Okt 04	Nov 04	2- Monats- durch- schnitt
<b>Umsätze</b>								
Industrie <sup>1</sup>	100,7	- 0,0	+ 1,2	- 1,4	+ 0,8	+ 5,8	+ 2,9	+ 4,4
Inland <sup>1</sup>	97,0	- 0,5	+ 1,0	- 1,1	+ 0,7	+ 3,7	+ 1,5	+ 2,6
Ausland <sup>1</sup>	106,7	+ 0,7	+ 1,6	- 1,9	+ 1,0	+ 8,9	+ 4,9	+ 6,9
Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	6,9	- 3,3	+ 0,2	- 3,5	- 1,3	- 8,7	- 6,1	- 7,4
Einzelhandel (mit Kfz. und Tankstellen)	100,4	- 0,1	+ 1,6	- 1,8	+ 0,6	- 3,6	+ 2,4	- 0,7
Großhandel (ohne Kfz.)	94,2	+ 1,1	+ 0,1	- 0,4	- 0,3	+ 0,3	+ 7,8	+ 3,9
<b>Auftragseingang</b>								
Industrie	98,6	+ 0,8	+ 1,3	- 2,3	+ 0,5	+ 2,0	+ 7,5	+ 4,7
Inland	94,3	+ 0,0	+ 3,5	- 2,5	+ 1,8	+ 0,2	+ 5,4	+ 2,7
Ausland	104,0	+ 1,6	- 0,9	- 2,0	- 0,8	+ 4,0	+ 10,2	+ 7,0
Bauhauptgewerbe	79,1	- 10,7	+ 1,2	- 6,0	- 2,0	- 7,8	- 8,9	- 8,3
<b>Außenhandel (Mrd. €)</b>								
Waren-Exporte	664	+ 2,0	+ 1,0	+ 0,4	+ 1,6	+ 10,1	+ 13,2	+ 11,7
Waren-Importe	535	+ 3,1	+ 0,6	+ 1,8	+ 2,3	+ 9,1	+ 12,5	+ 10,8

Arbeitsmarkt	2003		Veränderung in Tsd. gegenüber					
	Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			Okt 04	Nov 04	Dez 04	Okt 04	Nov 04	Dez 04
Erwerbstätige, Inland	38,32	- 1,0	+ 28	.	.	+ 230	.	.
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA) <sup>2</sup>	4,29	+ 7,2	+ 13	+ 9	+ 17	+ 187	+ 208	+ 244

Preise	2003		Veränderung in % gegenüber					
	Index 2000 = 100	ggü. Vorj. %	Vorperiode			Vorjahresperiode		
			Okt 04	Nov 04	Dez 04	Okt 04	Nov 04	Dez 04
Importpreise	96,2	- 2,2	+ 1,1	- 1,3	- 0,9	+ 4,1	+ 2,7	+ 2,2
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	104,1	+ 1,7	+ 0,9	- 0,5	+ 0,1	+ 3,3	+ 2,8	+ 2,9
Preisindex der Lebenshaltung	104,5	+ 1,1	+ 0,2	- 0,4	+ 1,0	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,1

ifo-Geschäftsklima Verarbeitendes Gewerbe Deutschland (ohne Nahrungs- und Genuss- mittelindustrie)	saisonbereinigte Salden							
	Jun 04	Jul 04	Aug 04	Sep 04	Okt 04	Nov 04	Dez 04	Jan 05
Klima	+ 3,8	+ 7,3	+ 4,9	+ 6,2	+ 5,6	+ 4,7	+ 6,8	+ 6,7
Geschäftslage	- 3,3	+ 1,2	+ 0,6	+ 2,5	+ 2,8	+ 4,2	+ 3,9	+ 5,2
Geschäftserwartungen	+ 11,1	+ 13,5	+ 9,3	+ 10,0	+ 8,3	+ 5,2	+ 9,6	+ 8,2

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut

<sup>1</sup> Berechnet aus den saisonbereinigten Zahlen.

<sup>2</sup> Ab Januar 2004 werden Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen nicht mehr zu den Arbeitslosen gerechnet.

letzten Wochen deutlich besserte, fielen die „harten“ Daten zur Industriekonjunktur zuletzt uneinheitlich aus. So ist einerseits der ifo-Geschäftsklimaindex für das Verarbeitende Gewerbe ohne Nahrungs- und Genussmittelindustrie im Dezember deutlich angestiegen und hat sich im Januar auf diesem Niveau stabilisiert, und die ZEW-Konjunkturerwartungen sowie auch der Einkaufsmanagerindex tendierten nach oben. Andererseits verstärkte sich der Rückgang der Produktion auf saisonbereinigt 0,4% im Zweimonatsvergleich, im Wesentlichen aufgrund einer verringerten Produktion von Investitionsgütern. Die Umsätze der Investitionsgüterproduzenten im Inland bewegten sich seitwärts, die der Vorleistungsgüterproduzenten waren rückläufig. Der Wert der Auftragseingänge der Industrie stieg im Oktober/November nur noch leicht um 0,5%. Dahinter steht zwar ein Rückgang der Aufträge aus dem Ausland, aber auch ein Anstieg im Inland, der im Investitionsgüterbereich mit 2,7% sogar recht kräftig ausfiel und auf ein weiteres Anziehen der Investitionstätigkeit hindeuten könnte. Im Gesamtjahr 2004 setzte sich bereits die seit dem 3. Quartal zu beobachtende deutliche Erholung der Ausrüstungsinvestitionen durch: Die Ausrüstungsinvestitionen nahmen preisbereinigt um 1,2% gegenüber dem Vorjahr zu, nachdem sie in den drei Jahren davor rückläufig gewesen waren. Die gesamten Bruttoanlageinvestitionen verminderten sich allerdings noch leicht um real 0,7%. Unter allem Vorbehalt, unter dem das Aggregat der Unternehmens- und Vermögenseinkommen aufgrund seiner Errechnung als Residualgröße zu interpretieren ist, lässt der starke Zuwachs von 10,7% im vergangenen Jahr eine Fortsetzung und Verstärkung der unternehmerischen Investitionstätigkeit erhoffen.

Neben den Unternehmens- und Vermögenseinkommen setzt sich das Volkseinkommen aus den Arbeitnehmerentgelten zusammen. Diese stagnierten im vergangenen Jahr aufgrund der schlechten Arbeitsmarktlage, aber auch wegen der sehr geringen Zunahme der

Effektivverdienste. Dies fand in Kombination mit einer gestiegenen Spartätigkeit der privaten Haushalte und einer moderaten Preisentwicklung seinen Niederschlag in einem Rückgang der Privaten Konsumausgaben um real 0,3% gegenüber dem Vorjahr. Die für das 4. Quartal 2004 bislang vorhandenen Indikatoren deuten aber darauf hin, dass die Konsumschwäche möglicherweise bald ein Ende finden könnte. So hat sich die Stimmung der Verbraucher gemäß GfK-Konsumklimaindex weiter verbessert, einhergehend insbesondere mit einer größeren Anschaffungsneigung. Die Einzelhandelsumsätze sind bei starken monatlichen Schwankungen tendenziell aufwärts gerichtet; sie stiegen im Zweimonatsdurchschnitt zuletzt weiter um saisonbereinigt 0,6%, und erste Angaben des Handels über das Weihnachtsgeschäft sowie der jüngste Anstieg des ifo-Geschäftsklimaindex für den Einzelhandel lassen einen kräftigen Anstieg im Dezember erwarten. Schließlich wiesen auch die inländischen Auftragseingänge im Konsumgüterbereich erstmals seit fünf Monaten im Oktober/November wieder einen Anstieg um saisonbereinigt 1,9% auf.

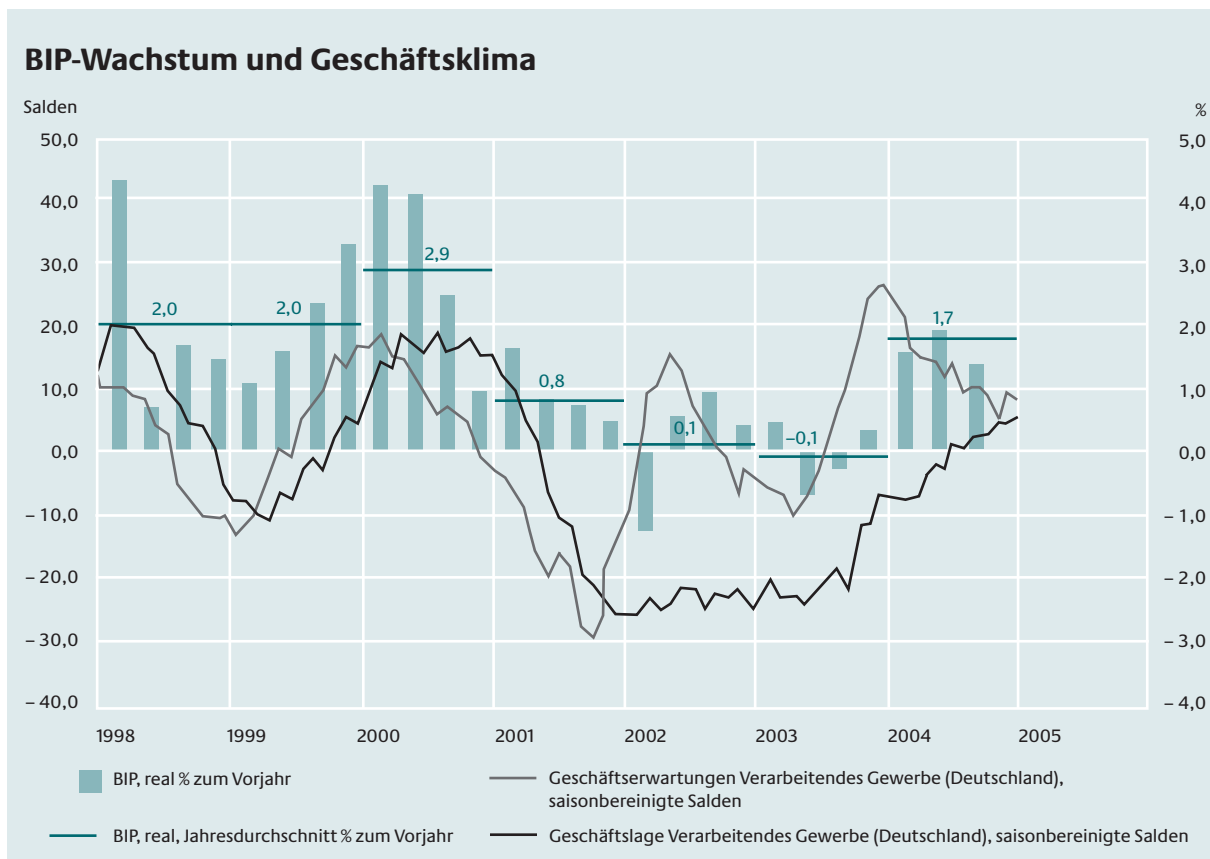
Die Lage am Arbeitsmarkt dämpft allerdings weiterhin die Konsumlaune. Im Dezember erhöhte sich die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl um 17 000 und damit wieder stärker als in den beiden Monaten zuvor. Dahinter dürfte eine große Zahl erwerbsfähiger Sozialhilfeempfänger stehen, die sich im Vorlauf auf die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV) zum 1. Januar 2005 bereits im Dezember arbeitslos meldete. Insgesamt entwickelte sich der Arbeitsmarkt im vergangenen Jahr gespalten: Gegenüber dem Vorjahr kam es einerseits – erstmals seit zwei Jahren wieder – zu einem Anstieg der Erwerbstätigkeit um 0,3%, andererseits setzte sich aber die Zunahme der Arbeitslosigkeit fort (basisbereinigt + 93 000 Personen). In dieser Entwicklung spiegeln sich die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wider, wobei einem weiteren Anstieg der Zahl Selbst-



ständiger und geringfügig Beschäftigter sowie zuletzt auch von Personen in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung ein Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter entgegenstand. Dadurch wurde der Anstieg der Arbeitslosigkeit zwar begrenzt; gleichzeitig führten jedoch neue Minijobs vielfach nicht zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit, wenn die Aufnahme einer solchen Tätigkeit Arbeitslosigkeit nicht beendet oder die Tätigkeit von Personen ausgeübt wird, die zuvor nicht arbeitslos gemeldet waren (z. B. Schüler, Studenten, Rentner). Die weiterhin angespannte Lage am Arbeitsmarkt zeigt sich auch in der durchschnittlichen Arbeitslosigkeitsdauer, die sich von 37,6 Wochen im Jahr 2003 auf 38,1 Wochen im Durchschnitt des letzten Jahres erhöhte, wobei der Anstieg auf die neuen Bundesländer (+3,5 Wochen) beschränkt war, während er sich im früheren Bundesgebiet verringerte (-1 Woche). Dies führte zu einer Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit

in Deutschland von 34,8 % auf 38,4 % der Arbeitslosen insgesamt.

Seitens der Preisniveauentwicklung waren zuletzt unterschiedliche Bewegungen zu beobachten: Die Preise auf der Vorleistungsebene sanken bzw. stagnierten im Dezember (Importpreise - 0,9 %, Erzeugerpreise + 0,1 %, jeweils gegenüber Vormonat) – im Wesentlichen aufgrund der in den letzten beiden Monaten des Jahres 2004 noch rückläufigen Ölpreise sowie der Euroaufwertung. Demgegenüber stieg der Verbraucherpreisindex im Dezember um 1,0 % gegenüber November wegen deutlich höherer Preise für Pauschalreisen, Beherbergungsdienstleistungen und der erneuten Anhebung der Tabaksteuer. Insgesamt nahm der Verbraucherpreisindex um 1,6 % gegenüber dem Jahr 2003 zu. Diese im Vergleich zu den Vorjahren kräftigere Inflationsrate ist hauptsächlich auf Sondereffekte zurückzuführen. So trug allein die zum 1. Januar 2004 in Kraft getretene Gesundheitsreform aufgrund



der höheren Zuzahlungen und der Einführung der Praxisgebühr mit 0,7 Prozentpunkten zur Teuerungsrate des letzten Jahres bei. Die gestiegenen Ölpreise erhöhten die Inflationsrate für sich genommen um 0,2 Prozentpunkte im Jahresdurchschnitt. Schließlich hat auch die Anhebung der Tabaksteuer im März und im Dezember die

Inflationsrate in ähnlicher Größenordnung beeinflusst. Die Erzeugerpreise stiegen 2004 gegenüber dem Vorjahr ebenfalls um 1,6 %, wobei sich darin die Verteuerung der Rohstoffe (insbesondere Stahl) und von Mineralöl niederschlug. In Anbetracht der Sondereffekte ist das Preisklima insgesamt als sehr ruhig einzustufen.

## Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

### Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 18. Januar 2005 in Brüssel

#### **Arbeitsprogramm der luxemburgischen EU-Ratspräsidentschaft**

Zu Beginn des ECOFIN-Rates vom 18. Januar 2005 stellte der neue ECOFIN-Präsident und Eurogruppenvorsitzende, der luxemburgische Premier- und Finanzminister Jean-Claude Juncker, sein Arbeitsprogramm für die erste Hälfte des Jahres 2005 vor. Juncker hob drei Prioritäten des Arbeitsprogramms hervor: Abschluss der Diskussionen zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes bis zum März, Halbzeit-Überprüfung des Lissabonprozesses ab Februar sowie politische Einigung zur finanziellen Vorausschau 2007–2013 bis zum Juni dieses Jahres. Als weitere Themen nannte Juncker eine bessere Rechtssetzung (Senkung von Bürokratiekosten für Unternehmen), strukturelle Fragen von Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum, Finanzdienstleistungen (Orientierungsdebatte über eine zukünftige Strategie für den Finanzdienstleistungsbereich), Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie Steuerthemen (Zinsertragsteuerrichtlinie).

#### **Wirtschaftliche Auswirkungen der Flutkatastrophe in Asien**

Angesichts der Flutkatastrophe in Asien erörterte der ECOFIN-Rat die makroökonomischen

Folgen der Flutkatastrophe. Nach derzeitigen Erkenntnissen belaufen sich die Schäden in den betroffenen Ländern auf durchschnittlich 0,5 % des nationalen BIP, wobei in Sri Lanka (1 % bis 2 %) und auf den Malediven (4 %) von höheren Schäden auszugehen sei.

Der Rat forderte die EU-Kommission auf, einen Vorschlag zur notwendigen Fazilität (Kreditmöglichkeit) der Europäischen Investitionsbank (EIB) in Höhe von 1 Mrd. € für langfristige Wiederaufbaumaßnahmen und einer EIB-Fazilität zur Einrichtung eines Tsunami-Frühwarnsystems in Höhe von 1 Mio. € zu unterbreiten. Bisher wurden 473 Mio. € Hilfen aus dem EU-Haushalt zugesagt.

Die Bundesregierung hat am 5. Januar 2005 beschlossen, für Maßnahmen der humanitären Hilfe und des Wiederaufbaus in den betroffenen Regionen in den kommenden drei bis fünf Jahren insgesamt 500 Mio. € bereitzustellen. Mit der Bereitstellung einer humanitären Soforthilfe in Höhe von 20 Mio. € im Dezember hat die Bundesregierung unverzüglich reagiert. Eine Aufteilung der 500 Mio. € „Tsunamihilfen“ auf Jahresbeiträge wird nach Ermittlung des Bedarfs für die einzelnen Projekte erfolgen. Auf Anfrage des Generalsekretärs der Vereinten Nationen (VN) hat die Bundesregierung für Soforthilfemaßnahmen der VN bereits 50 Mio. € bereitge-

stellt. Eine Verdrängung zu Lasten anderer Notleidender Regionen wird nicht stattfinden.

### **Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes**

Im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes befasste sich der ECOFIN-Rat zum einen mit den laufenden Verfahren aufgrund eines übermäßigen Defizits und zum anderen mit der ersten Gruppe der aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme.

Im Fall von Deutschland und Frankreich hat der Rat die Mitteilung der EU-Kommission vom 14. Dezember 2004 zur Kenntnis genommen, in der die Kommission zu der Schlussfolgerung gelangt, dass Deutschland und Frankreich in diesem Jahr, wie zugesagt, die 3%-Defizitgrenze wieder unterschreiten werden, sofern die angekündigten Maßnahmen umgesetzt werden. Damit können die Defizitverfahren weiter ruhen. In den Schlussfolgerungen des Vorsitzes wird diese Einschätzung bestätigt. Die EU-Kommission wird die Umsetzung der Maßnahmen in beiden Ländern beobachten.

Dagegen stellte der ECOFIN-Rat im Fall von Griechenland und Ungarn auf Empfehlung der EU-Kommission gemäß Art. 104 (8) EGV fest, dass von beiden Ländern keine ausreichenden Maßnahmen zur Korrektur der übermäßigen Defizite entsprechend den Ratsempfehlungen vom 5. Juli 2004 eingeleitet wurden. In Griechenland hatte sich der Haushalt in 2004 weiter verschlechtert, was nicht allein durch die Olympischen Spiele verursacht wurde. Die griechische Fiskalpolitik war insgesamt prozyklisch-expansiv ausgerichtet. Auch für 2005 ist ein Unterschreiten der 3%-Marke nicht zu erwarten. Ungarn ist der einzige der sechs im Defizitverfahren befindlichen neuen Mitgliedstaaten, der eine signifikante Abweichung vom Anpassungspfad zur Korrektur des übermäßigen Defizits aufweist. Statt der ursprünglich angestrebten 4,1% Haushaltsdefizit

ist laut Herbstprognose der EU-Kommission für 2005 ein Defizit von 5,2 % des BIP zu erwarten. Hinzu kommen unzureichende Fortschritte bei den Strukturreformen. Der Rat würdigte allerdings, dass die bisher von Griechenland und Ungarn ergriffenen Maßnahmen einen positiven Beitrag zur Konsolidierung der Haushalte leisteten. Bezüglich beider Länder nahm der Rat entsprechende Schlussfolgerungen an.

Der ECOFIN-Rat verabschiedete ohne weitere Aussprache die von der EU-Kommission vorgelegten Schlussfolgerungen im Defizitverfahren der neuen Mitgliedstaaten Tschechische Republik, Zypern, Malta, Polen und Slowakei. Die Länder haben alle Maßnahmen zur Korrektur der übermäßigen Defizite entsprechend den Ratsempfehlungen ergriffen.

Zu den aktualisierten Stabilitätsprogrammen Luxemburgs, der Niederlande, Österreichs und den Konvergenzprogrammen Schwedens und der Tschechischen Republik beschloss der ECOFIN-Rat Stellungnahmen auf Basis von Empfehlungen der EU-Kommission. Die Stellungnahmen wurden veröffentlicht.



### **Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes**

Zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes erläuterte der Vorsitzende des Wirtschafts- und Finanzausschusses (WFA) Staatssekretär Koch-Weser die Arbeiten des Ausschusses nach der Grundsatzaussprache der Minister im ECOFIN vom November 2004. Er stellte dem Ausschuss

eine begrenzte Anzahl von zu entscheidenden Fragen mit jeweils mehreren Optionen vor.

EU-Kommissar Almunia betonte, dass eine Überprüfung des Paktes (wie beim Lissabon-Prozess) nach einigen Jahren der Anwendung normal sei. Er sicherte der Präsidentschaft die volle Unterstützung der EU-Kommission für den Abschluss der Beratungen beim Europäischen Rat im März zu. Der Generaldirektor der Europäischen Zentralbank (EZB) van der Haegen erläuterte, dass eine Verstärkung des präventiven Teils des Paktes das Einverständnis der EZB finde, sie aber keine Änderung des Rechtsrahmens befürworte.



Der Ratsvorsitzende Juncker machte deutlich, dass er eine Einigung der Finanzminister auf dem März-ECOFIN mit Blick auf den Europäischen Rat am 22./23. März anstrebe.

Minister Eichel unterstützte die Idee der EZB, dass die Konsolidierung insbesondere in konjunkturell guten Zeiten vorangetrieben werden muss. Gemeinsam mit seinen Kollegen aus Frankreich, Italien und Großbritannien trat er für eine stärkere Übernahme von Verantwortung durch die Mitgliedstaaten ein. Nationale Konsolidierungsstrategien sollten im ECOFIN-Rat koordiniert werden.

Der deutsche Finanzminister unterstützte eine weiterhin regelgebundene Überwachung

der Haushaltspolitik durch die EU-Kommission. Wird die EU-Kommission bei Vorliegen eines Defizit von 3 % des BIP oder mehr tätig, indem sie einen Bericht gem. Artikel 104 Abs. 3 EG-Vertrag erstellt, so sollte sie die wirtschaftliche Lage des betroffenen Mitgliedstaates würdigen und überprüfen, ob der Mitgliedstaat schwerwiegende Fehler in seiner Finanzpolitik begangen hat. Vor diesem Hintergrund hätte dann die EU-Kommission zu bewerten, ob weitere Schritte im Defizitverfahren eingeleitet werden sollen.

In der Vergangenheit ist die EU-Kommission aus deutscher Sicht bei dieser Prüfung allzu mechanistisch vorgegangen und hat nicht „alle sonstigen einschlägigen Faktoren“ ausreichend berücksichtigt. In Zukunft sollte daher der Begriff „alle sonstigen einschlägigen Faktoren“ aus dem Artikel 104 Abs. 3 durch eine offene Liste von Faktoren präzisiert werden. Hier wären insbesondere die wirtschaftliche Lage, der Beitrag des Mitgliedstaates zur Preisstabilität, die Qualität der öffentlichen Ausgaben, die ergriffenen Strukturreformen und etwaige Sonderlasten wie z. B. die Nettobeiträge zum EU-Haushalt oder die Lasten aus der deutschen Wiedervereinigung zu berücksichtigen. Kommt die EU-Kommission zu dem Ergebnis, dass das Defizitverfahren fortzuführen ist, hat der Rat darüber gem. Artikel 104 Abs. 6 zu entscheiden, ob das Defizit übermäßig ist. Dabei prüft er die Gesamtlage. Stellt der Rat ein übermäßiges Defizit fest, gibt er dem betroffenen Mitgliedstaat Empfehlungen zum Abbau des übermäßigen Defizits in einer angemessenen Periode. Sollte sich in dieser Periode die Situation deutlich ändern, z. B. durch einen Konjunkturunbruch oder eine Naturkatastrophe, erteilt der Rat (wie von der EU-Kommission vorgeschlagen) neue Empfehlungen nach Artikel 104 Abs. 7.

Finanzminister Eichel betonte, dass eine somit angestrebte bessere Berücksichtigung der wirtschaftlichen Umstände für eine deutsche Zustimmung zu einer Reform des Paktes unabdingbar ist.

Aus deutscher Sicht setzt eine verbesserte Anwendung des Paktes voraus, dass inhaltliche Debatten der ECOFIN-Minister im Rat über die haushaltspolitische Koordinierung zukünftig in offener und vertrauensvoller Weise geführt werden. Dadurch würde man einerseits dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom Juli 2004 gerecht, der eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der Institutionen gefordert hatte. Andererseits ist dies die Voraussetzung für ein Gelingen von tatsächlicher haushaltspolitischer Koordinierung. Dafür ist es entscheidend, dass die Kommission ihre Empfehlungen und Vorschläge in Zukunft zunächst den Ministern im Rat vorlegt und nicht wie bisher Wochen vor der Befassung im ECOFIN-Rat die Presse informiert, wodurch in der Vergangenheit in der Regel eine Debatte in der Öffentlichkeit eine vertrauensvolle Ministerdebatte unmöglich gemacht hat.

Der Rat der ECOFIN-Minister beauftragte den Wirtschafts- und Finanzausschuss, seine Arbeiten zur Annäherung der Positionen der Mitgliedstaaten auf Grundlage der Äußerungen der Minister fortzusetzen.

### **Jahresbericht des Wirtschaftspolitischen Ausschusses**

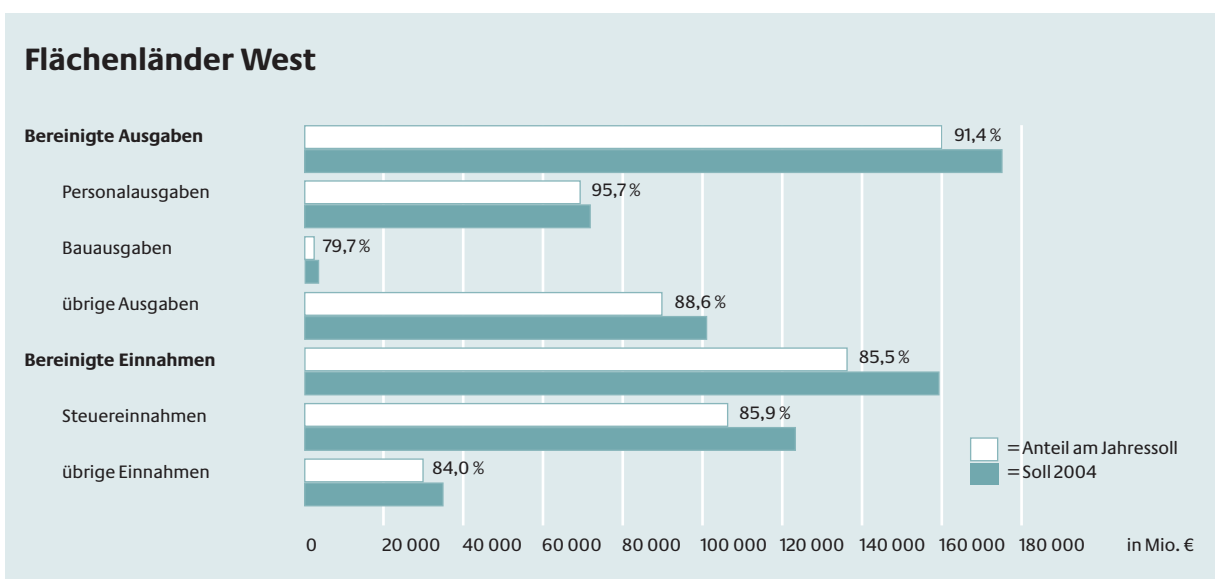
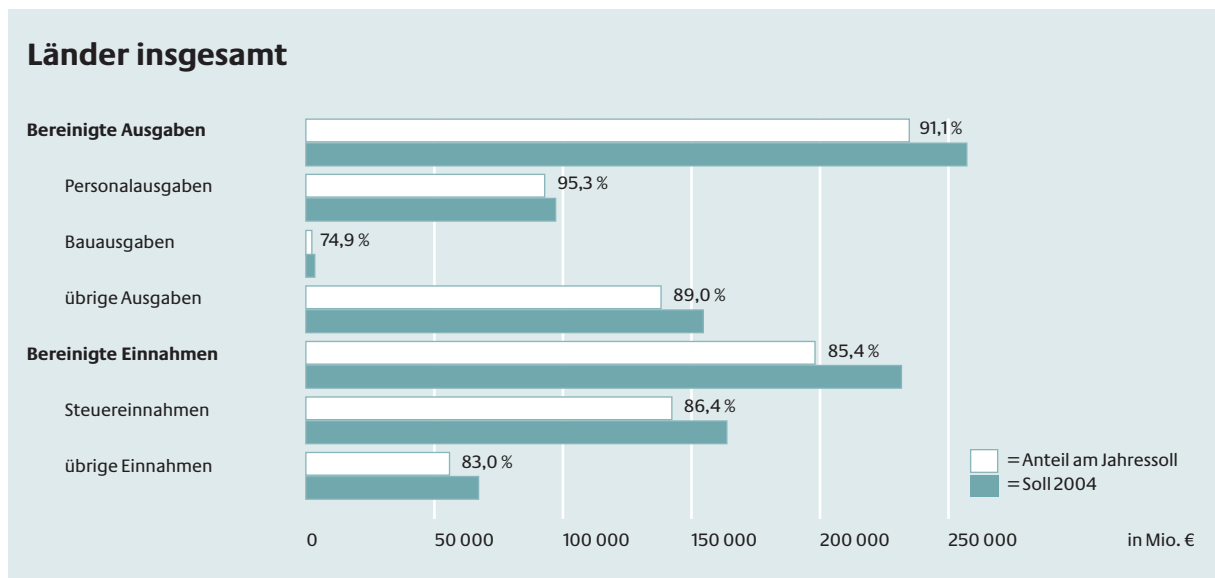
Der Vorsitzende des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der EU Oosterwijk stellte die Kernpunkte des Ausschussberichts über Strukturreformen zur Halbzeit-Überprüfung der Lissabon-Agenda 2005 vor und bat den Vorsitz, diese in die Vorbereitung des Europäischen Rates im März aufzunehmen. Der Bericht betont die Notwendigkeit einer verbesserten Umsetzung und Weiterführung der angestoßenen Reformen (Vollendung Binnenmarkt, Innovationsförderung, Verbesserung unternehmerischer Rahmenbedingungen). Die Reformen in Deutschland (Hartz I bis IV, Rentengesetz, Gesundheitsmodernisierungsgesetz) werden insgesamt positiv gewürdigt. Herausforderungen werden in der weiteren Umsetzung der Hartz-Gesetze sowie der Senkung von Barrieren für den Binnenmarkt gesehen. EU-Kommissar Almunia begrüßte den Bericht, insbesondere die Fokussierung des Lissabon-Prozesses auf Wachstum und Beschäftigung.

# Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2004

Das Bundesministerium der Finanzen legt eine Zusammenfassung über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich November 2004 vor.

Bei den Ländern insgesamt stiegen die bereinigten Einnahmen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um + 1,1 %, während sich die

bereinigten Ausgaben um - 0,2 % verringerten. Das in den Haushaltsplanungen angesetzte Ausgabenvolumen von rd. 257 Mrd. € wurde mit rd. 234 Mrd. € zu 91,1 % ausgeschöpft, die bereinigten Einnahmen bis einschließlich November entsprachen 85,4 % der Soll-Ansätze.

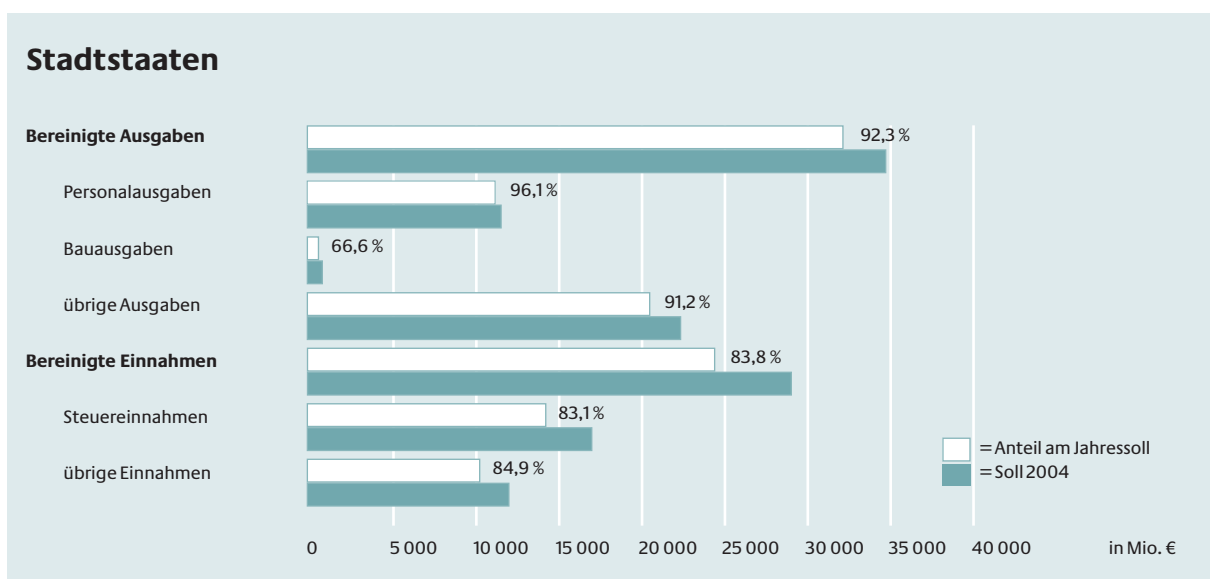
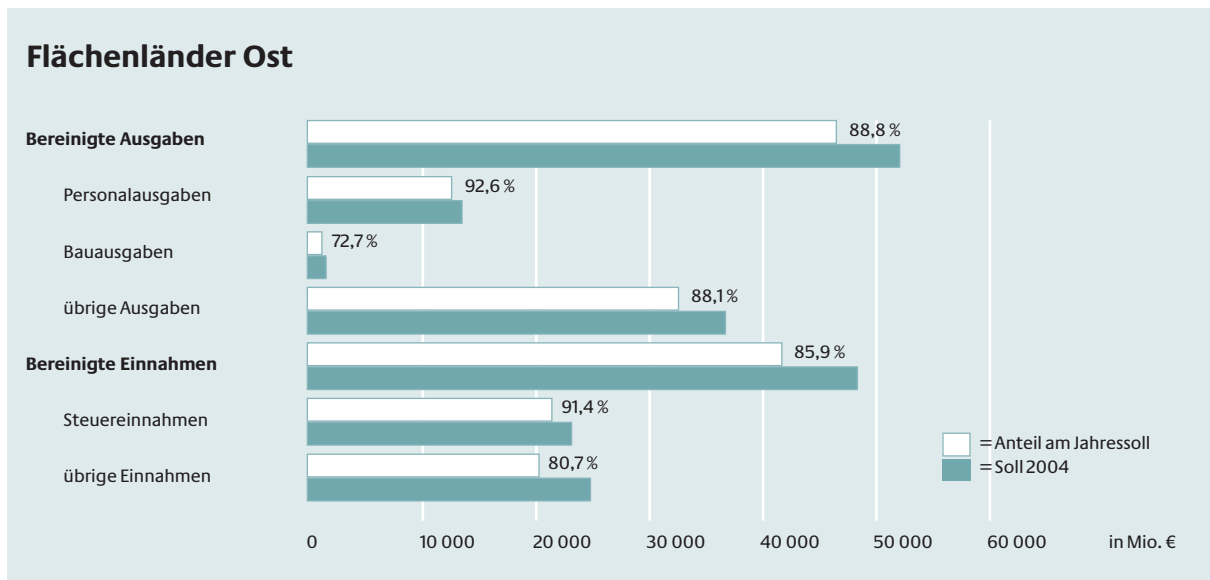


Die positive Entwicklung der Steuereinnahmen bei den Ländern insgesamt hielt zwar auch im November mit einem Anstieg von +1,6% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum weiter an, schwächte sich aber im Vergleich zu den Vormonaten deutlich ab. Bei den ostdeutschen Flächenländern lag der Zuwachs bei +3,7%, bei den westdeutschen Flächenländern bei +1,9%. In den Stadtstaaten fiel die Entwicklung der Steuereinnahmen mit -3,6% deutlich ungünstiger aus.

Das Defizit der Länder insgesamt betrug Ende November rd. 36,4 Mrd. € und lag

damit rund 2,6 Mrd. € niedriger als im Vorjahreszeitraum. Die Länder gehen in den Haushaltsplanungen für das Jahr 2004 zurzeit von einem Gesamtdefizit in Höhe von rd. 25,3 Mrd. € aus.

Erfahrungsgemäß steigt das Finanzierungsdefizit der Länder im November eines Jahres jeweils an und geht im Dezember wieder deutlich zurück. Für das Gesamtjahr 2004 ist damit zu rechnen, dass die Defizitplanungen voraussichtlich überschritten werden, der Vorjahreswert jedoch unterschritten wird.



# Termine

## Finanz- und Wirtschaftspolitische Termine

- 4./5. Februar 2005 – Finanzministertreffen der G 7 in London
- 16./17. Februar 2005 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
- 7./8. März 2005 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
- 22./23. März 2005 – Europäischer Rat in Brüssel

## Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen  
– Referat Bürgerangelegenheiten –  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin

telefonisch: 0 18 88 / 80 80 800 (0,12 €/Min.)  
per Telefax: 0 18 88 / 10 80 80 800 (0,12 €/Min.)

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de>



## Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2005 Februar	Januar 2005	21. Februar 2005
März	Februar 2005	21. März 2005
April	März 2005	21. April 2005
Mai	April 2005	20. Mai 2005
Juni	Mai 2005	20. Juni 2005
Juli	Juni 2005	21. Juli 2005
August	Juli 2005	19. August 2005
September	August 2005	21. September 2005
Oktober	September 2005	20. Oktober 2005
November	Oktober 2005	21. November 2005
Dezember	November 2005	22. Dezember 2005

## Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2006

- Anfang Januar 2005 – Aufstellungsrundschreiben
- Mitte März bis Mitte Juni 2005 – Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
  - 10. bis 12. Mai 2005 – Steuerschätzung
  - Juni 2005 – Arbeitskreis Finanzplanungsrat
  - 24. Juni 2005 – Zuleitung an Kabinett
  - 29. Juni 2005 – Kabinettsbeschluss
- 12. August 2005 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
- 6. bis 9. September 2005 – 1. Lesung Bundestag
  - 23. September 2005 – 1. Beratung Bundesrat
- September bis November 2005 – Beratungen im Haushaltsausschuss des Bundestages
  - November 2005 – Steuerschätzung
  - 22. bis 25. November – 2./3. Lesung Bundestag
  - 16. Dezember 2005 – 2. Beratung Bundesrat





## Analysen und Berichte

Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich	37
Die Steuereinnahmen der Kommunen (ohne Stadtstaaten) im 1.-3. Quartal 2004	55
Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	59
Stabiler russischer Bankenmarkt nach den Turbulenzen im Sommer 2004	75
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben startete zum 1. Januar 2005	81



## Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich

Dieser Bericht, dem eine im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen erstellte Studie des „Informationszentrums Steuern im In- und Ausland“ im Bundesamt für Finanzen zugrunde liegt, enthält Informationen zu den Steuersystemen und -tarifen in den EU-Staaten und einigen anderen wichtigen Mitgliedstaaten der OECD, und zwar zu den Körperschaft-, Einkommen-, Vermögen- und Umsatzsteuern. Eine ausführlichere Darstellung sowie weitere Informationen (u. a. Steuer- und Abgabenquoten, effektive Steuer- und Abgabenbelastung von Arbeitnehmern) enthält der zeitlich parallel erscheinende Fachblick des Bundesministeriums der Finanzen „Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich“ (zu beziehen unter [www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de) und [www.bff.bund.de](http://www.bff.bund.de)).

Die Übersicht 1 (siehe S. 40) „Körperschaftsteuersysteme und Anteilseignerbesteuerung 2004“ enthält Informationen zur derzeitigen Höhe der staatlichen Körperschaftsteuertarife sowie zu Art und Umfang der Entlastung der Dividenden beim Anteilseigner. Der in den letzten beiden Jahrzehnten zu beobachtende Trend zur Senkung der (nominalen) Körperschaftsteuersätze hält weiter an. So haben im Jahr 2004 folgende Staaten ihre Körperschaftsteuertarife herabgesetzt:

- Italien von 34 % auf 33 % (bei gleichzeitiger Systemumstellung von einem Vollarrechnungssystem zu einem „klassischen“ System mit Tarifiermäßigung beim Anteilseigner),
- Kanada (Bundessteuer) von 24,12 % auf 22,12 %,
- Lettland von 19 % auf 15 %,
- Polen von 27 % auf 19 %,
- Portugal von 30 % auf 25 %,
- Slowakei von 25 % auf 19 %,
- Tschechien von 31 % auf 28 %,
- Ungarn von 18 % auf 16 %.

In Deutschland ist der Körperschaftsteuertarif wieder auf 25 % gesunken; er war zur Finanzierung der Kosten einer Flutkatastrophe, auf das Jahr 2003 befristet, auf 26,5 % angehoben worden. Zypern besteuert ab 2004 Dividendenerträge beim Anteilseigner nicht mehr.

Für die nächsten Jahre sind weitere Tarifabsenkungen, z. T. im Rahmen von Steuerreformen, angekündigt oder schon gesetzlich vorgesehen, so in

- Estland von 26 % auf 24 % (2005), 22% (2006) und 20 % (2007),
- Finnland von 29 % auf 26 % (2005),
- den Niederlanden von 34,5 % auf 29 % (2007),
- Österreich von 34 % auf 25 % (2005),
- Tschechien von 28 % auf 26 % (2005) und 24 % (2006),
- Zypern von 15 % auf 10 %.

Die zurzeit geltenden Körperschaftsteuertarife sind in der Abbildung 1 (siehe S. 51) nochmals dargestellt.

Besonders hinzuweisen ist darauf, dass die vorgenannte Übersicht 1 nur die staatlichen Körperschaftsteuern ohne Berücksichtigung von Zuschlägen und von Steuern der Unterverbände (Einzelstaaten, Provinzen, Regionen, Gemeinden usw.) enthält. In mehreren Ländern erheben aber neben dem Staat noch diese Unterverbände eigene Körperschaftsteuern oder ihnen ähnliche Steuern, wie z. B. in Deutschland die Gewerbesteuer; hinzu kommen vielfach Zuschläge und Ähnliches des Staates und/oder der Gebietskörperschaften, die nicht in dieser Übersicht berücksichtigt sind. Die Tarife aller dieser Unternehmenssteuern zusammen, die vom Gewinn als Bemessungsgrundlage ausgehen, sind in der Übersicht 2 „Unternehmenssteuern 2004 im internationalen Vergleich“ (siehe S. 43) zusammengestellt und in der Abbildung 2 (siehe S. 52) anschaulich umgesetzt.

Die Übersichten 3 (siehe S. 43) und 4 (siehe S. 46) enthalten Informationen zu den nationalen Einkommensteuertarifen. In der Übersicht 3 „Einkommensteuereingangssatz des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften 2004“ sind die tariflichen Eingangssätze und die persönlichen Entlastungen durch auf die Person bezogene Steuerabsetzbeträge, Grundfreibeträge und sog. Nullzonen im Tarif dargestellt. Die meisten Staaten haben die Steuerbelastung im Eingangsbereich des Tarifs weiter gesenkt, und zwar durch

- eine Absenkung der Eingangstarife (besonders ausgeprägt in Deutschland von 19,9% auf 16%; im Jahr 2005 sogar auf 15%),
- die Verbreiterung der Einkommensstufen, für die die Tarifeingangssätze gelten (vielfach infolge der gesetzlich vorgeschriebenen „Inflationsanpassung“, wie z. B. in Belgien, Dänemark, Portugal, den Niederlanden, Schweden und dem Vereinigten Königreich),
- die Erhöhung der „Nullzone“ im Tarif bzw. des Grundfreibetrags oder
- durch eine Kombination dieser Maßnahmen.

Die Übersicht 4 „Einkommensteuerspitzenatz des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften 2004“ enthält die höchstmöglichen Einkommensteuersätze. Auch die Einkommensteuerspitzenätze sind weiter abgesenkt worden, und zwar in

- Belgien von 56,42% auf 54,0%,
- Deutschland von 51,17% auf 47,48% (im Jahr 2005 sogar auf 44,31%),
- Finnland von 52,8% auf 52,2%,

- Frankreich von 57,58% auf 56,09%,
- der Slowakei von 38% auf 19%,
- Tschechien von 35% auf 32%,
- Ungarn von 40% auf 38%.

In der Abbildung 3 (siehe S. 52) sind diese Einkommensteuerspitzenätze 2004 im internationalen Vergleich nochmals anschaulich dargestellt.

Die Übersicht 5 „Vermögenssteuern 2004 für natürliche und juristische Personen“ (siehe S. 48) enthält einen Vergleich der Vermögenssteuern für die wenigen Staaten, die solche Steuern noch erheben.

In der Übersicht 6 „Umsatzsteuersätze in wichtigen Staaten (Stand: 1. September 2004)“ (siehe S. 50) wird ein internationaler Vergleich der Umsatzsteuersätze in allen EU-Staaten, den EU-Beitrittskandidaten und anderen wichtigen Staaten dargestellt. Alle diese Staaten haben inzwischen das Mehrwertsteuersystem eingeführt, bis auf einige kanadische Provinzen, die ihre Umsatzsteuern noch als Einzelhandelsumsatzsteuern nach US-Vorbild erheben. Malta ist in dieser Übersicht der einzige Staat, der den allgemeinen Umsatzsteuersatz – zur Finanzierung von Senkungen bei den direkten Steuern – erhöht hat (von bisher 15% auf jetzt 18%). Tschechien und die Slowakei haben den allgemeinen Umsatzsteuersatz sogar gesenkt (in beiden Staaten beträgt er jetzt 19%). Die Abbildung 4 (siehe S. 53) enthält eine anschauliche Darstellung der allgemeinen Umsatzsteuersätze 2004 in den Staaten der EU. Es zeigt sich, dass der deutsche allgemeine Umsatzsteuersatz in der EU einer der niedrigsten ist.

## Anlagen

- Übersicht 1: Körperschaftsteuersysteme und Anteilseignerbesteuerung 2004
- Übersicht 2: Unternehmenssteuern 2004 im internationalen Vergleich
- Übersicht 3: Einkommensteuereingangssatz des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften 2004
- Übersicht 4: Einkommensteuerspitzensatz des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften 2004
- Übersicht 5: Vermögensteuern 2004 für natürliche und juristische Personen
- Übersicht 6: Umsatzsteuersätze in wichtigen Staaten (Stand: 1. September 2004)
  
- Abbildung 1: Körperschaftsteuersätze 2004 – Standardsätze (ohne Steuern der nachgeordneten Gebietskörperschaften)
- Abbildung 2: Unternehmenssteuersätze 2004
- Abbildung 3: Einkommensteuerspitzensätze 2004
- Abbildung 4: Allgemeine Umsatzsteuersätze 2004 in den Staaten der EU

## Übersicht 1: Körperschaftsteuersysteme und Anteilseignerbesteuerung 2004

Staaten	Körperschaftsteuer – Standardsätze (ohne Steuern nachgeordneter Gebietskörperschaften)		Arten und Umfang der Entlastungen beim Anteilseigner (natürliche, ansässige Person)
<b>Klassische Systeme mit Tarifiermäßigung</b>			
Belgien	34 %	Auf Einkommen über 322 500 €; ansonsten Eingangsteilmengentarif 24,25 %, 31 % und 34,5 %; 33 % normaler Steuersatz, zzgl. „Krisenzuschlag“ 3 % des Steuerbetrags	Definitive Kapitalertragsteuer 25 % oder Option für Steuerveranlagung
Dänemark	30 %		Kapitalertragsteuer 28 % auf Dividenden; bei Ausschüttungen bis 41 100 DKK definitiv ohne Optionsmöglichkeit; bei höheren Dividendeneinkünften 43 %, unter Anrechnung der KapEst
Deutschland	25 %	Ohne Solidaritätszuschlag von 5,5 % des Steuerbetrags	50 % der Dividende steuerfrei
Italien	33 %	Ohne 4,25 % lokale Steuer, deren Bemessungsgrundlage von der Staatssteuer aber abweicht (Wertschöpfung, nicht Gewinn!)	Definitive Kapitalertragsteuer 12,5 % (bei qualifizierten Beteiligungen unterliegen 40 % der Dividende der progressiven Einkommensteuer)
Litauen	15 %	13 % für Kleinunternehmen	Definitive Kapitalertragsteuer 15 %
Luxemburg	22 %	Ohne Zuschlag 4 % des Steuerbetrags für Arbeitslosenfonds; ermäßigter Satz 20 % mit Grenzberichtigung bis 15 000 € Einkommen	50 % der Dividende steuerfrei
Niederlande	34,5 %	29 % auf Gewinnanteile bis 22 689 €	Einkommensteuersatz 25 % auf Dividenden aus wesentlichen Beteiligungen (ab 5 %); ansonsten nur Pauschalbesteuerung beim Anteilseigner
Österreich	34 %	Sondersatz 25 % auf den Teil des Gewinns, der der marktüblichen Rendite des während der letzten Jahre neu zugeführten Eigenkapitals (fiktive Verzinsung) entspricht	Definitive Kapitalertragsteuer 25 % oder Ermäßigung der Einkommensteuer auf Ausschüttungen um die Hälfte beim Anteilseigner
Polen	19 %		Definitive Kapitalertragsteuer 19 %
Portugal	25 %	Ohne Gemeindefzuschlag bis 10 % der Steuer; ermäßigter Steuersatz von 20 % für bestimmte Gesellschaften mit einem jährlichen Gesamtumsatz unter 149 639,37 € und weiteren Voraussetzungen	50 % der Dividende steuerfrei
Schweden	28 %		Pauschaleinkommensteuersatz 30 % auf Dividenden; keine Option für Steuerveranlagung möglich
Slowakei	19 %		Definitive Kapitalertragsteuer 19 %
Slowenien	25 %		40 % der Bruttodividende (Dividende + Körperschaftsteuer) sind steuerfrei; 60 % der Bruttodividende werden mit 25 % besteuert
Tschechien	28 %	50 % der Kapitalertragsteuer auf die Ausschüttungen sind auf die eigene Körperschaftsteuer anrechenbar	15 % definitive Kapitalertragsteuer
Ungarn	16 %		30 % der Dividenden werden mit 20 % und 70 % der Dividenden mit 35 % besteuert
USA	35 %	Corporation Income Tax des Bundes 35 % mit ermäßigten Eingangssätzen, die ab Einkommen von 100 000 \$ auslaufen	Einkommensteuersatz 15 % auf Dividenden von inländischen Kapitalgesellschaften oder vergleichbaren anderen Körperschaften
<b>Klassische Systeme ohne Tarifiermäßigung</b>			
Irland	12,5 %	Gewerbliches Einkommen; für nichtgewerbliches Einkommen 25 %; 20 % für Veräußerungsgewinne; 10 % für Herstellerbetriebe (auslaufend bis 2010); 10 % für SFAZ- und IFSC-Gesellschaften (auslaufend bis 2005)	
Schweiz	8,5 %		



## noch Übersicht 1: Körperschaftsteuersysteme und Anteilseignerbesteuerung 2004

Staaten	Körperschaftsteuer – Standardsatz (ohne Steuern nachgeordneter Gebietskörperschaften)	Arten und Umfang der Entlastungen beim Anteilseigner (natürliche, ansässige Person)
<b>Vollanrechnungssysteme</b>		
Finnland	29 %	Vollanrechnung mit 29/71 der Dividende; mit Einbeziehung der Steuergutschrift in das Einkommen; Einkommensteuersatz auf die Dividende entspricht dem Körperschaftsteuersatz; de facto also keine Besteuerung der Dividende beim Anteilseigner
Malta	35 %	Vollanrechnung mit 53,85 % der Nettodividende; mit Einbeziehung der Steuergutschrift in das Einkommen
Norwegen	28 %	Vollanrechnung mit 7/18 der Dividende; mit Einbeziehung der Steuergutschrift in das Einkommen; Einkommensteuersatz auf die Dividende entspricht dem Körperschaftsteuersatz; de facto also keine Besteuerung der Dividende beim Anteilseigner
<b>Teilanrechnungssysteme</b>		
Frankreich	33,3 % ohne Zuschlag 3 % des Steuerbetrags (= 34,33 %) und Sozialzuschlag 3,3 % der normalen Körperschaftsteuer für größere Unternehmen mit jährlich mehr als 7,63 Mio. € Umsatz (Steuersatz insgesamt 35,43 % für größere Unternehmen)	Anrechnung mit 50 % der Ausschüttung; mit Einbeziehung der Steuergutschrift in das Einkommen
Japan	30 %	Anrechnung von 6,4 % bis 12,8 % der Ausschüttung; ohne Einbeziehung der Steuergutschrift in das Einkommen
Kanada	22,1 %	Anrechnung mit 13,33 % der Bruttodividende auf die Einkommensteuer des Bundes und 21,34 % auf die Einkommensteuer der Provinz; Erfassung der um 25 % erhöhten Bardividende im Einkommen des Anteilseigners
Spanien	35 % Für Betriebe mit einem Jahresumsatz unter 6 Mio. € ermäßigt sich der Satz auf 30 % auf die ersten 90 151,81 € des Gewinns. Mehrere Sondersätze	Anrechnung mit 40 % der Ausschüttung; mit Einbeziehung der Steuergutschrift in das Einkommen
Vereinigtes Königreich	30 % 0 % auf Einkommen bis 10 000 £; Grenzberichtigung von 10 000 £ bis 50 000 £ Einkommen, darüber 19 % auf Einkommen bis 300 000 £; Grenzberichtigung von 300 001 £ bis 1 500 000 £ Einkommen, darüber 30 %	Anrechnung mit 1/9 der Dividende, Einkommensteuersatz 10 % (niedrige Einkommen) oder 32,5 % (höhere Einkommen) auf Dividenden einschl. Steueranrechnungsbetrag
<b>Steuerbefreiungssysteme</b>		
Estland	26 % Gewinnausschüttungsteuer; 0 % bei Thesaurierung	keine Besteuerung beim Anteilseigner
Griechenland	25 % für Personengesellschaften, die in Griechenland körperschaftsteuerpflichtig sind, und für Gesellschaften, die Investitionen von mehr als 30 Mio. € tätigen (beschränkt auf 10 Jahre); 35 % für Aktiengesellschaften (Anonymos Etairia), Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Kreditinstitute	keine Besteuerung beim Anteilseigner
Lettland	15 %	keine Besteuerung beim Anteilseigner
Zypern	10 % auf Gewinne bis 1 Mio. CYP; 25 % für öffentliche Körperschaften	keine Besteuerung beim Anteilseigner; jedoch Verteidigungsabgabe von 15 %

## Übersicht 2: Unternehmenssteuern 2004 im internationalen Vergleich (nominal)

Tarifliche Belastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften in %, Anfang 2004  
(Körperschaftsteuern, Gewerbeertragsteuern und vergleichbare andere Steuern des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften)

Staaten	Zentralstaat	Gebietskörperschaften	Zusammen
<b>EU-Staaten</b>			
Belgien <sup>1</sup>	34	–	34
Dänemark	30	–	30
Deutschland	26,4 <sup>2</sup>	16,7 <sup>3</sup>	38,7
Estland	0 <sup>4</sup>	–	0
Finnland	29	–	29
Frankreich <sup>1</sup>	35,4	–	35,4
Griechenland	35 <sup>5</sup>	–	35 <sup>5</sup>
Irland	12,5 <sup>6</sup>	–	12,5 <sup>6</sup>
Italien	33	(4,3) <sup>7</sup>	33 (37,3)
Lettland	15	–	15
Litauen <sup>1</sup>	15	–	15
Luxemburg <sup>1</sup>	22,9	7,5 <sup>3</sup>	30,4
Malta	35	–	35
Niederlande <sup>1</sup>	34,5	–	34,5
Österreich	34 <sup>8</sup>	–	34
Polen	19	–	19
Portugal (Lissabon) <sup>1</sup>	25	2,5 <sup>9</sup>	27,5
Schweden	28	–	28
Slowakei	19	–	19
Slowenien	25	–	25
Spanien	35 <sup>10</sup>	–	35
Tschechien	28	–	28
Ungarn	16	0–2	16–18
Vereinigtes Königreich <sup>1</sup>	30	–	30
Zypern <sup>1</sup>	15	–	15
<b>Andere Staaten</b>			
Japan <sup>1</sup>	30	13,5 <sup>11</sup>	40,9
Kanada (Ontario)	22,1	14/12 <sup>12</sup>	36,1/34,1
Norwegen	28	–	28
Schweiz (Zürich)	8,5	9,3 – 23,3 <sup>13, 14</sup>	16,4–29,2 <sup>15</sup>
USA (New York) <sup>1</sup>	35	7,5 <sup>16</sup>	39,9

## noch Übersicht 2: Unternehmenssteuern 2004 im internationalen Vergleich (nominal)

- <sup>1</sup> Diese Staaten wenden ermäßigte Tarifeingangssätze an.
- <sup>2</sup> Inklusive 5,5 % Solidaritätszuschlag.
- <sup>3</sup> Gewerbesteuer (hier pauschaler Ansatz); anrechenbar auf die Körperschaftsteuer.
- <sup>4</sup> Im Thesaurierungsfall; ansonsten Gewinnausschüttungsteuer 26 % (bzw 35,14 % der Nettodividende).
- <sup>5</sup> 25 % für Personengesellschaften, die in Griechenland körperschaftsteuerpflichtig sind, und für Gesellschaften, die Investitionen von mehr als 30 Mio. € tätigen (beschränkt auf 10 Jahre); 35 % für Aktiengesellschaften (Anonymos Etairia), Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Kreditinstitute.
- <sup>6</sup> 10 % ermäßigter Steuersatz für Herstellerbetriebe und SFAZ- und IFSC-Gesellschaften (auslaufend).
- <sup>7</sup> Standardsatz; Bemessungsgrundlage ist – anders als bei Staatssteuer – die „Wertschöpfung“, nicht der „Gewinn“.
- <sup>8</sup> 25 % auf den Teil des Gewinns, der der marktüblichen Rendite des während der letzten Jahre neu zugeführten Eigenkapitals (fiktive Verzinsung) entspricht.
- <sup>9</sup> Gemeindezuschlag (hier: Lissabon 10 %) auf die Steuer des Zentralstaats.
- <sup>10</sup> Mehrere Sondersätze möglich .
- <sup>11</sup> Einschließlich – bei Steuer des Zentralstaats – abzugsfähiger Gewerbesteuer (Corporation Enterprise Tax, hier 9,6 %) und Zuschläge der Präfekturen und Gemeinden auf die Steuer des Zentralstaats (hier Durchschnittswert).
- <sup>12</sup> Ermäßigter Steuersatz z. B. auf Herstellerbetriebe oder Unternehmen in Sonderwirtschaftszonen.
- <sup>13</sup> Absetzbar bei der Steuerberechnung des Zentralstaats.
- <sup>14</sup> Nach Rendite gestaffelter Tarif.
- <sup>15</sup> Durchschnittssatz etwa 25 %.
- <sup>16</sup> New York City General Corporation Tax i.H.v. 8,85 % der Stadt New York (von Bemessungsgrundlage der Bundessteuer absetzbar) blieb – wegen der beabsichtigten Vergleichbarkeit der durchschnittlichen Belastungen – hier unberücksichtigt.

## Übersicht 3: Einkommensteuereingangssatz des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften 2004<sup>1</sup>

Staaten	Eingangssatz Staat <sup>2</sup> + Gebietskörperschaften + sonstige Zuschläge		Eingangssatz des Tarifs reicht bis zu		Persönliche Entlastungen			
					Steuerabsetzbetrag		Grundfreibetrag/ Nullzone im Tarif	
			in Landeswährung	in € <sup>3</sup>	in Landeswährung	in € <sup>3</sup>	in Landeswährung	in € <sup>3</sup>
<b>EU-Staaten</b>								
Belgien	Staat Gemeinden 7,5 % <sup>4</sup> Zuschlag auf Staatssteuer insgesamt	25 %  <u>1,88 %</u> 26,88 %	6 480 €	6 480	–	–	5 570 €	5 570
Dänemark	Staat Gemeinden <sup>4</sup> insgesamt	5,5 % <u>32,6 %</u> 38,1 %	254 000 DKK	34 160	2 024 DKK	272	–	–
Deutschland		16 %	7 664 €	7 664	–	–	7 663 €	7 663
Deutschland 2005		15 %	7 664 €	7 664	–	–	7 663 €	7 663
Estland		26 %	–	–	–	–	16 800 EEK	1 074
Finnland	Staat Gemeinden insgesamt	11,0 % <sup>5</sup> <u>18,2 %</u> <sup>4,5</sup> 29,2 %	14 500 €	14 500	–	–	11 700 € <sup>6</sup>	11 700
Frankreich	Staat Zuschlag Sozialsteuern insgesamt	6,83 %  <u>8,0 %</u> 14,83 %	8 382 €	8 382	–	–	4 262 €	4 262

### noch Übersicht 3: Einkommensteuereingangssatz des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften 2004<sup>1</sup>

Staaten	Eingangssatz Staat <sup>2</sup> + Gebietskörperschaften + sonstige Zuschläge	Eingangssatz des Tarifs reicht bis zu		Persönliche Entlastungen				
		in Landeswährung	in € <sup>3</sup>	Steuerabsetzbetrag		Grundfreibetrag/ Nullzone im Tarif		
				in Landeswährung	in € <sup>3</sup>	in Landeswährung	in € <sup>3</sup>	
<b>EU-Staaten</b>								
Griechenland	15 %	13 400 €	13 400	-	-	8 400 € <sup>7</sup>	8 400 <sup>7</sup>	
Irland	20 %	28 000 €	28 000	1 520 €	1 520	-	-	
Italien <sup>8</sup>	Staat Regionen insgesamt	23 % 1,15 % <sup>9</sup> 24,15 %	15 000 €	15 000	- <sup>10</sup>	-	-	
Lettland	25 %	-	-	-	-	252 LVL	382	
Litauen	33 % <sup>11</sup>	-	-	-	-	3 480 LTL	1 008	
Luxemburg	Staat Zuschlag 2,5 % des Steuerbetrags für Arbeitslosenfonds insgesamt	8 % 0,2 % 8,2 %	11 400 €	11 400	-	-	9 750 €	
Malta	15 %	4 100 MTL	9 627	-	-	3 100 MTL	7 279	
Niederlande	33,4 % <sup>12</sup>	16 26 €	16 265	1 825 €	1 825	-	-	
Österreich	21 %	7 270 €	7 270	887 € <sup>13</sup>	887	3 640 €	3 640	
Polen	19 %	37 024 PLN	8 292	530,08 PLN	119	-	-	
Portugal	12 %	4 266 €	4 266	219,36 €	219,36	-	-	
Schweden	Staat Gemeinden	20 % <sup>14</sup> 31,5 % <sup>4</sup>	441 300 SEK	47 987	- 200 SEK	- 22 €	291 800 SEK <sup>15</sup> 11 600 SEK <sup>15</sup>	31 731 1 261
Slowakei	19 %	-	-	-	-	80 832 SKK	2 026	
Slowenien	17 %	1 508 571 SIT	6 288	-	-	334 224 SIT	1 393	
Spanien	15 %	4 000 €	4 000	-	-	3 400 €	3 400	
Tschechien	15 %	109 200 CZK	3 462	-	-	38 040 CZK	1 206	
Ungarn	18 %	800 000 HUF	3 201	108 000 HUF <sup>16</sup>	432	-	-	
Vereinigtes Königreich	10 %	2 020 £	3 034	-	-	4 745 £	7 127	
Zypern	20 %	15 000 CYP	25 786	-	-	10 000 CYP	17 191	

### noch Übersicht 3: Einkommensteuereingangssatz des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften 2004<sup>1</sup>

Staaten	Eingangssatz Staat <sup>2</sup> + Gebietskörperschaften + sonstige Zuschläge		Eingangssatz des Tarifs reicht bis zu		Persönliche Entlastungen			
			in Landeswährung	in € <sup>3</sup>	Steuerabsetzbetrag		Grundfreibetrag/ Nullzone im Tarif	
					in Landeswährung	in € <sup>3</sup>	in Landeswährung	in € <sup>3</sup>
<b>Andere Staaten</b>								
Japan	Staat	10 %	3,3 Mio ¥	24 612	- <sup>17</sup>	-	380 000 ¥	2 834
	Präfekturen	2 %	7 Mio ¥	52 208	- <sup>17</sup>	-	330 000 ¥	2 461
	Gemeinden	3 %	2 Mio ¥	14 916	- <sup>17</sup>	-	330 000 ¥	2 461
Kanada	Bund	16 %	35 000 can\$	21 578	-	-	8 012 can\$	4 940
	Provinz Ontario	6,05 %	33 375 can\$	20 576	-	-	8 044 can\$	4 959
Schweiz (nach Kantonen und Gemeinden unterschiedlich, hier Kanton/Ge- meinde Zürich)	Bund	0,77 %	27 800 sfr	18 206	-	-	12 800 sfr	8 382
	Kanton und Gemeinde	4,44 %	9 600 sfr	6 287	-	-	5 500 sfr	3 602
USA	Bund	10 %	7 150 \$	5 829	-	-	3 050 \$ <sup>18,19</sup>	2 487
	Staat New York	4 %	8 000 \$	6 522	-	-	- <sup>20</sup>	
	Stadt New York	2,907 %	12 000 \$	9 783	-	-	- <sup>20</sup>	

- <sup>1</sup> Grundtarif für Alleinstehende, sofern es verschiedene Tarife nach dem Familienstand gibt; auf Einkommen des Jahres 2003 bzw. 2004.
- <sup>2</sup> Tarifsysteme: bei nachgeordneten Gebietskörperschaften z.T. Proportionalsätze, z.T. Zuschläge zur Steuerschuld, ansonsten progressive Teilmengentarife; Ausnahme: Deutschland (Formeltarif).
- <sup>3</sup> Soweit erforderlich erfolgt die Umrechnung der Landeswährungen über Umsatzsteuer-Umrechnungskurse Juli 2004.
- <sup>4</sup> Durchschnittssatz.
- <sup>5</sup> Steuersatz für Erwerbseinkünfte; Kapitaleinkünfte unterliegen nur der Staats-, nicht der Gemeindesteuer, mit einem Steuersatz von 29 %.
- <sup>6</sup> Verschiedene persönliche Freibeträge und Grundfreibeträge laufen für höhere Einkommen aus.
- <sup>7</sup> Freibetrag von 10 000 € für Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit.
- <sup>8</sup> Ohne lokale Steuer auf produktive Tätigkeiten von 4,25 %, deren Bemessungsgrundlage von der Staatssteuer aber abweicht (Wertschöpfung, nicht Gewinn!).
- <sup>9</sup> Unterschiedliche Zuschläge zwischen 0,9 % und 1,4 %, hier Durchschnitt. Zusätzlich Gemeindegzuschlag bis zu 0,5 % möglich, hier nicht berücksichtigt, da selten.
- <sup>10</sup> Bei geringem Einkommen Steuerabsetzbetrag bei Arbeitnehmern 235 € und bei Selbstständigen 126 €.
- <sup>11</sup> Steuersatz für Arbeitseinkünfte; 15 % auf Kapitaleinkünfte; 15 % auf hohe bzw. 13 % auf niedrige gewerbliche Einkünfte.
- <sup>12</sup> Davon entfallen 32,40 % auf die allgemeine gesetzliche Sozialversicherung; hier nur Tarif auf Arbeitseinkommen und den Nutzungswert selbst genutzten Wohnraums.
- <sup>13</sup> Grundbetrag, läuft für höhere Einkommen aus. In Abhängigkeit zur Höhe des zu versteuernden Einkommens und den persönlichen Verhältnissen gibt es Erhöhungen und Ermäßigungen.
- <sup>14</sup> Steuersatz für Erwerbseinkünfte; Kapitaleinkünfte unterliegen nur der Staats-, nicht der Gemeindesteuer, mit einem Steuersatz von 30 %.
- <sup>15</sup> Freibetrag von 291 800 SEK (= 31 731 €) nur bei staatlicher Steuer; Freibetrag von 11 600 SEK (= 1261 €) bei gemeindlicher Steuer, erhöht sich für niedrigere Einkommen; 200 SEK (22 €) gemeindliche Mindeststeuer.
- <sup>16</sup> Höchstbetrag bei Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit, läuft für hohe Einkünfte schrittweise aus.
- <sup>17</sup> Steuerabsetzbetrag: 20 % der staatlichen Einkommensteuer jährlich, höchstens 250 000 ¥ (= 1865 €); 15 % der Steuer der Präfekturen und Gemeinden, höchstens 40 000 ¥ (= 298 €).
- <sup>18</sup> Zuzüglich „standard deduction“ (allgemeiner Pauschbetrag für Werbungskosten/Sonderausgaben) von 4 750 \$ (= 3 872 €).
- <sup>19</sup> Maximum; läuft mit steigendem Einkommen aus.
- <sup>20</sup> Aber: „standard deduction“ 7 500 \$ (= 6 114 €).

## Übersicht 4: Einkommensteuerspitzenatz des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften 2004<sup>1</sup>

Staaten	Spitzensteuersatz Staat + Gebietskörperschaften + sonstige Zuschläge		Spitzensteuersatz beginnt ab zu versteuerndem Einkommen	in € <sup>2</sup>
<b>EU-Staaten</b>				
Belgien	Staat	50 %	29 740 €	29 740
	Gemeinden und Verbände 8 % Zuschlag auf Staatssteuer (Durchschnitt)	4 %		
	insgesamt	54 %		
Dänemark	Plafond (höchstens)	59 %	<sup>3</sup>	
Deutschland		45 %	52 152 €	52 152
	5,5 % Solidaritätszuschlag	2,48 %		
	insgesamt	47,48 %		
Deutschland 2005		42 %	52 152 €	52 152
	5,5 % Solidaritätszuschlag	2,31 %		
	insgesamt	44,31 %		
Estland		26 %	<sup>4</sup>	4
Finnland	Staat	34 % <sup>5</sup>	55 800 €	55 800
	Gemeinden	18,2 % <sup>5</sup>		
	insgesamt	52,2 %		
Frankreich	Staat	48,09 %	47 932 €	47 932
	Zuschlag Sozialsteuern	8,00 %		
	insgesamt	56,09 %		
Griechenland		40 %	23 400 €	23 400
Irland		42 %	28 000 €	28 000
Italien	Staat <sup>6</sup>	45 %	70 000 €	70 000
	Regionen <sup>7</sup>	1,15 %		
	insgesamt	46,15 %		
Lettland		25 %	<sup>4</sup>	4
Litauen		33 % <sup>8</sup>	<sup>4</sup>	4
Luxemburg	Staat	38 %	34 500 €	34 500
	Zuschlag 2,5 % des Steuerbetrags für Arbeitslosenfonds	0,95 %		
	insgesamt	38,95 %		
Malta		35 %	6 750 MTL	15 849
Niederlande		52 % <sup>9</sup>	50 652 €	50 652
Österreich		50 %	50 870 €	50 870
Polen		40 %	74 048 PLN	16 584
Portugal		40 %	53 322 €	53 322

## noch Übersicht 4: Einkommensteuerspitzensatz des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften 2004<sup>1</sup>

Staaten	Spitzensteuersatz Staat + Gebietskörperschaften + sonstige Zuschläge		Spitzensteuersatz beginnt ab zu versteuerndem Einkommen	in € <sup>2</sup>
<b>EU-Staaten</b>				
Schweden	Staat	25 % <sup>10</sup>	441 300 SEK <sup>11</sup>	47 987
	Gemeinden	31,5 % <sup>10</sup>		
	insgesamt	56,5 % <sup>10</sup>		
Slowakei		19 %	4	4
Slowenien		50 %	9 051 422 SIT	37 730
Spanien		45 %	45 000 €	45 000
Tschechien		32 %	993 000 CZK	31 479
Ungarn		38 %	1500 000 HUF	6 003
Vereinigtes Königreich		40 %	31 400 £	47 164
Zypern		30 % <sup>12</sup>	20 001 CYP	34 383
<b>Andere Staaten</b>				
Japan	Staat	37 %	18 Mio. ¥	134 248
	Präfekturen	3 %	7 Mio. ¥	52 208
	Gemeinden	10 %	7 Mio. ¥	52 208
	insgesamt <sup>13</sup>	50 %	-	-
Kanada (nach Provinzen und Territorien unterschiedlich, hier: Ontario)	Bund	29 %	113 804 can \$	70 163
	Provinz Ontario	17,4 %	66 752 can \$	41 154
	insgesamt	46,4 %	113 804 can \$	70 163
Schweiz (nach Kantonen und Gemeinden unterschiedlich, hier Kanton/ Gemeinde Zürich)	Bund	11,5 %	664 300 sfr	435 036
	Kanton und Gemeinde	27,56 %	224 300 sfr	146 889
	insgesamt	39,06 %	664 300 sfr	435 036
USA (nach Einzelstaaten, Gemeinden und Bezirken unterschiedlich, hier: Staat und Stadt New York)	Bund	35 %	319 100 \$	260 150
	Staat New York	7,7 % <sup>14</sup>	500 000 \$	407 631
	Stadt New York	4,45 % <sup>14</sup>	50 000 \$	40 763
	insgesamt	42,9 %	500 000 \$	407 631

<sup>1</sup> Grundtarif für Alleinstehende, sofern es verschiedene Tarife nach dem Familienstand gibt; auf Einkommen des Jahres 2003 bzw. 2004. Ohne Sondersteuern auf bestimmte Einkünfte (z.B. Kapitaleinkünfte). <sup>2</sup> Soweit erforderlich erfolgt die Umrechnung der Landeswährungen über Umsatzsteuer-Umrechnungskurse Juli 2004. <sup>3</sup> Wenn die Summe aus dem nationalen und den lokalen Steuersätzen insgesamt 59 % übersteigt, wird der nationale Steuersatz um den übersteigenden Prozentsatz gekürzt; Grenzbelastung beginnt abhängig von der Zusammensetzung der Einkünfte bei unterschiedlichen Beträgen. <sup>4</sup> Der Tarif besteht aus nur einem Proportionalatz. <sup>5</sup> Steuersatz für Erwerbseinkünfte; Kapitaleinkünfte unterliegen nur der Staatssteuer mit einem Steuersatz von 29 %, nicht der Gemeindesteuer. <sup>6</sup> Zuzüglich lokale Steuer auf produktive Tätigkeiten von 4,25 % der Wertschöpfung (nicht Gewinn!). <sup>7</sup> Unterschiedliche Zuschläge zwischen 0,9 % und 1,4 %, hier Durchschnitt. Zusätzlich Gemeindegzuschlag bis zu 0,5 % möglich; hier nicht berücksichtigt, da selten. <sup>8</sup> Steuersatz für Arbeitseinkünfte; 15 % auf Kapitaleinkünfte; 15 % auf hohe bzw. 13 % auf niedrige gewerbliche Einkünfte. <sup>9</sup> Hier nur Tarif auf Arbeitseinkommen und den Nutzungswert selbst genutzten Wohnraums; 25 % auf Einkünfte aus wesentlichen Beteiligungen. Keine Einkommensteuer i.e.S. auf Kapitaleinkünfte; stattdessen 30 % auf einen fiktiven Ertrag von 4 % des Reinvermögens. <sup>10</sup> Steuersatz für Erwerbseinkünfte; Kapitaleinkünfte unterliegen nur der Staatssteuer mit einem Steuersatz von 30 %, nicht der Gemeindesteuer. <sup>11</sup> Gilt nur für Staatssteuer; der Gemeindesteuersatz ist gleich bleibend. <sup>12</sup> Zuzüglich einer Verteidigungsabgabe von 3 % für alle Einkünfte, ausgenommen 10 % für Zinsen und 15 % für Dividenden. <sup>13</sup> Steuerabsatzbeträge: 20 % der staatlichen Einkommensteuer jährlich, höchstens 250 000 ¥ (1 865 €); 15 % der Steuer der Präfekturen und Gemeinden, höchstens 40 000 ¥ (298 €). <sup>14</sup> Abzugsfähig bei Bundessteuer.

## Übersicht 5: Vermögensteuern 2004 für natürliche und juristische Personen

Staaten	Natürliche Personen				Juristische Personen		
	Steuersätze <sup>1</sup>		Natürliche Freibeträge <sup>2</sup> Nationale Währung	€ <sup>3</sup>	Absetzbar bei Einkommensteuer	Steuersätze <sup>1</sup>	Absetzbar bei Körperschaftsteuer
<b>EU-Staaten</b>							
Finnland	80 € 0,9 %	bis 185 000 € über 185 000 €	185 000 € allgemein	185 000	nein <sup>4</sup>	–	–
Frankreich <sup>5,6</sup>	0 % 0,55 % 0,75 % 1,00 % 1,30 % 1,65 % 1,80 %	bis 0,72 Mio. € von 0,72 Mio. € bis 1,16 Mio. € von 1,16 Mio. € bis 2,30 Mio. € von 2,30 Mio. € bis 3,60 Mio. € von 3,60 Mio. € bis 6,90 Mio. € von 6,90 Mio. € bis 15,00 Mio. € über 15,00 Mio. €	keine Freibeträge i.e.S.; steuerfrei 720 000 € (vgl. Spalte „Steuersätze“ und Anmerkung <sup>-5</sup> )  150 € Abzug von der Steuerschuld je Kind unter 18	720 000    150	nein <sup>4</sup>	–	–
Luxemburg	0,5 %		2 500 € allgemein 2 500 € Ehegatte 2 500 € je Kind	2 500 2 500 2 500	nein	0,5 %	verrechenbar über eine Sonderrücklage mit der Körperschaftsteuer
Schweden	1,5 %		1,5 Mio. SEK allgemein 2,0 Mio. SEK Ehegatten	163 110,85 217 481,13	nein <sup>4</sup>	0,15 % für andere juristische Personen als Kapitalgesellschaften	entfällt
Spanien <sup>6</sup>	0,2 % 0,3 % 0,5 % 0,9 % 1,3 % 1,7 % 2,1 % 2,5 %	bis 167 129,45 € <sup>7</sup> von 167 129,45 € bis 334 252,88 € von 334 252,88 € bis 668 499,75 € von 668 499,75 € bis 1 336 999,51 € von 1 336 999,51 € bis 2 673 999,01 € von 2 673 999,01 € bis 5 347 998,03 € von 5 347 998,03 € bis 10 695 996,06 € über 10 695 996,06 €	108 182,18 € allgemein  216 364,36 € Ehegatten	108 182,18  216 364,36	nein <sup>4</sup>	–	–
<b>Andere Staaten</b>							
Schweiz <sup>6</sup> (Beispiel Zürich)	Kantons- und Gemeindesteuer						
	0%	bis 68 000 sfr	68 000 sfr bzw.	44 531,76	nein	Kantons – und Gemeindesteuern allgemein 0,3488 %	ja
	0,111%	von 68 000 sfr bis 272 000 sfr	136 000 sfr <sup>8</sup>	89 063,52			
	0,222%	von 272 000 sfr bis 612 000 sfr				Holdinggesellschaften 0,0698 %	
	0,333%	von 612 000 sfr bis 1 155 000 sfr					
	0,444%	von 1 155 000 sfr bis 1 971 000 sfr					
	0,555%	von 1 971 000 sfr bis 2 786 000 sfr					
	0,666%	über 2 786 000 sfr					



## noch Übersicht 5: Vermögensteuern 2004 für natürliche und juristische Personen

Anmerkung: In Belgien, Dänemark, Deutschland, Estland, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Malta, den Niederlanden, Österreich, Polen, Portugal, der Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, dem Vereinigten Königreich und Zypern (griechischspr. Teil) gibt es keine allgemeine Vermögensteuer. In den USA und Kanada werden auf Ebene der Gliedstaaten und Gemeinden verschiedenartige „property taxes“ erhoben. Dabei handelt es sich aber nicht um Vermögensteuern im deutschen Sinne, sondern um der Grundsteuer ähnliche Steuern. In Japan gibt es eine kommunale Rohvermögensteuer.

<sup>1</sup> Ohne etwaige Sondersteuersätze.

<sup>2</sup> Ohne Sonderfreibeträge, z. B. für Alter, Invalidität und bestimmte Vermögensarten.

<sup>3</sup> Umsatzsteuerumrechnungskurs Juli 2004.

<sup>4</sup> Jedoch Plafond: Finnland für Einkommen- und Vermögensteuer sowie Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung zusammen 70 % des zu versteuernden Einkommens; Frankreich für Einkommen- und Vermögensteuer zusammen 85 % des Bruttoeinkommens des Vorjahres; Schweden für Einkommen- und Vermögensteuer zusammen 60 % der zu versteuernden Einkünfte aus Arbeit und aus Vermögensbesitz; Spanien für Einkommen- und Vermögensteuer zusammen 60 % des zu versteuernden Einkommens.

<sup>5</sup> Betriebsvermögen, Kunstwerke und Antiquitäten sind steuerfrei.

<sup>6</sup> Progressive Teilmengenstaffelung.

<sup>7</sup> Sofern keine anderen Regelungen durch die autonomen Regionen.

<sup>8</sup> 68 000 sfr (44 531,76 €) für Ledige; bei Eheleuten und Alleinstehenden mit Kind/ern erhöht sich die „Nullzone“ im Tarif auf 136 000 sfr (89 063,52 €); dementsprechend erhöht sich die Teilmengenstaffelung des Tarifs um jeweils 68 000 sfr bis auf 2 854 000 sfr (1 869 024,23 €).

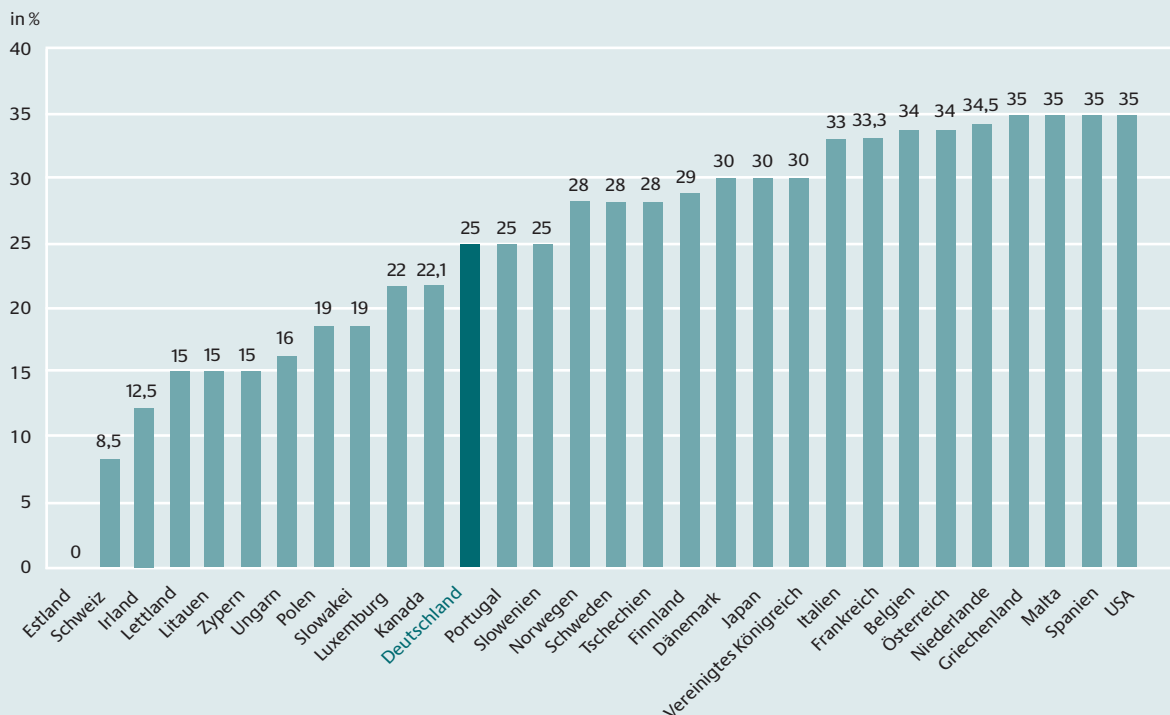
## Übersicht 6: Umsatzsteuersätze in wichtigen Staaten (Stand: 1. September 2004)

Staaten <sup>1</sup> (System der Umsatzsteuer)	Bezeichnung der Umsatzsteuer	Steuersätze in %		
		Normalsatz	ermäßigte Sätze <sup>2</sup>	Nullsatz <sup>3</sup>
<b>EU-Staaten</b>				
	(Mehrwertsteuer)			
Belgien	taxe sur la valeur ajoutée (TVA) oder belasting over de toegevoegde waarde (BTW)	21	6; 12	ja
Dänemark	omsaetningsavgift (MOMS)	25	–	ja <sup>4</sup>
Deutschland	Umsatzsteuer	16	7	–
Estland	Käibemaks	18	5	–
Finnland	arvonlisävero (AVL) oder mervärdesskatt (ML)	22	8; 17	ja
Frankreich	taxe sur la valeur ajoutée (TVA)	19,6	2, 1; 5,5	–
Griechenland	foros prostithemenis axias (FPA)	18	4; 8	–
Irland	value added tax (VAT)	21	4,4; 13,5	ja
Italien	imposta sul valore aggiunto (IVA)	20	4; 10	ja
Lettland	Pievienotas vertibas nodoklis	18	5	–
Litauen	Pridėtinės vertės mokestis	18	5; 9	–
Luxemburg	taxe sur la valeur ajoutée (TVA)	15	3; 6; 12	–
Malta	value added tax (VAT)	18	5	ja
Niederlande	omzetbelasting (OB) oder belasting over de toegevoegde waarde (BTW)	19	6	–
Österreich	Umsatzsteuer	20	10; 12	–
Polen	Podatek od towarów i usług	22	3; 7	ja
Portugal	imposto sobre o valor acrescentado (IVA)	19	5; 12	–
Schweden	mervärdeskatt (ML)	25	6; 12	ja
Slowakei	dán z pridanej hodnoty	19	–	–
Slowenien	Davek na dodano vrednost	20	8,5	–
Spanien	impuesto sobre el valor añadido (IVA)	16	4; 7	–
Tschechien	Dáni z přidané hotnoty	19	5	–
Ungarn	Általános forgalmi adó	25	5; 15	–
Vereinigtes Königreich	value added tax (VAT)	17,5	5	ja
Zypern <sup>5</sup>	foros prostithemenis axias (FPA)	15	5	ja
<b>Andere Staaten</b>				
Bulgarien	(Mehrwertsteuer) Dana Dobavena Stoynost (DDS)	20	–	–
Japan	(Mehrwertsteuer) Shohizei Ho	5	–	–
Kanada				
Bund	(Mehrwertsteuer) federal sales tax (FST)	7	–	ja
Provinzen	(Einzelhandels-umsatzsteuer) provincial sales taxes (PST)	0 bis 10 <sup>6</sup>	–	–
Kroatien	(Mehrwertsteuer) Porez na Dodanu Vrednost (PDV)	22	–	ja
Norwegen	(Mehrwertsteuer) merverdiavgift (MVA)	24	6; 12	ja
Rumänien	(Mehrwertsteuer) Taxa pe valoarea adăugată	19	9	–
Schweiz	(Mehrwertsteuer) Mehrwertsteuer (MWSt)	7,6	2,4; 3,6	–
Türkei	(Mehrwertsteuer) Katma deger vergisi (KDV)	18	1; 8	ja

## noch Übersicht 6: Umsatzsteuersätze in wichtigen Staaten (Stand: 1. September 2004)

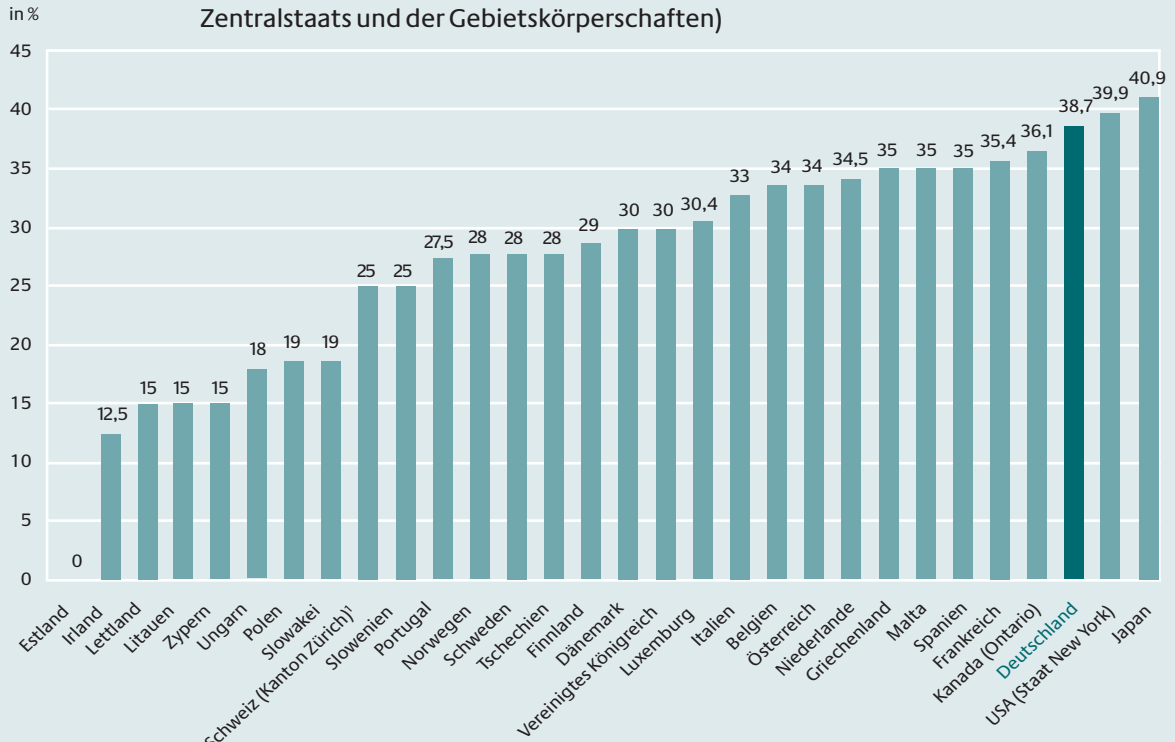
- <sup>1</sup> Ohne regionale Sondersätze; vgl. ergänzend [www.bff-online.de](http://www.bff-online.de), Umsatzsteuer: Umsatzsteuern im In- und Ausland.
- <sup>2</sup> Insbesondere für bestimmte Warengruppen des lebensnotwendigen Bedarfs und für bestimmte Dienstleistungen im Sozial- und Kulturbereich.
- <sup>3</sup> Nullsatz = Steuerbefreiung mit Vorsteuerabzug; wird hier nur erwähnt, sofern er außer für Ausfuhrumsätze auch für bestimmte Inlandsumsätze gilt.
- <sup>4</sup> Für Zeitungen.
- <sup>5</sup> Nur griechischsprachiger Teil.
- <sup>6</sup> In einigen Provinzen zählt die Bundesumsatzsteuer zur Bemessungsgrundlage; Bundes- und Provinzumsatzsteuern zusammen daher 7% bis 17,7%; „harmonisierte“ Umsatzsteuer des Bundes und der Provinzen (harmonized sales tax) 15% in den Provinzen Neubraunschweig, Neufundland und Nova Scotia.

**Abbildung 1: Körperschaftsteuersätze 2004 – Standardsätze**  
(ohne Steuern der nachgeordneten Gebietskörperschaften)



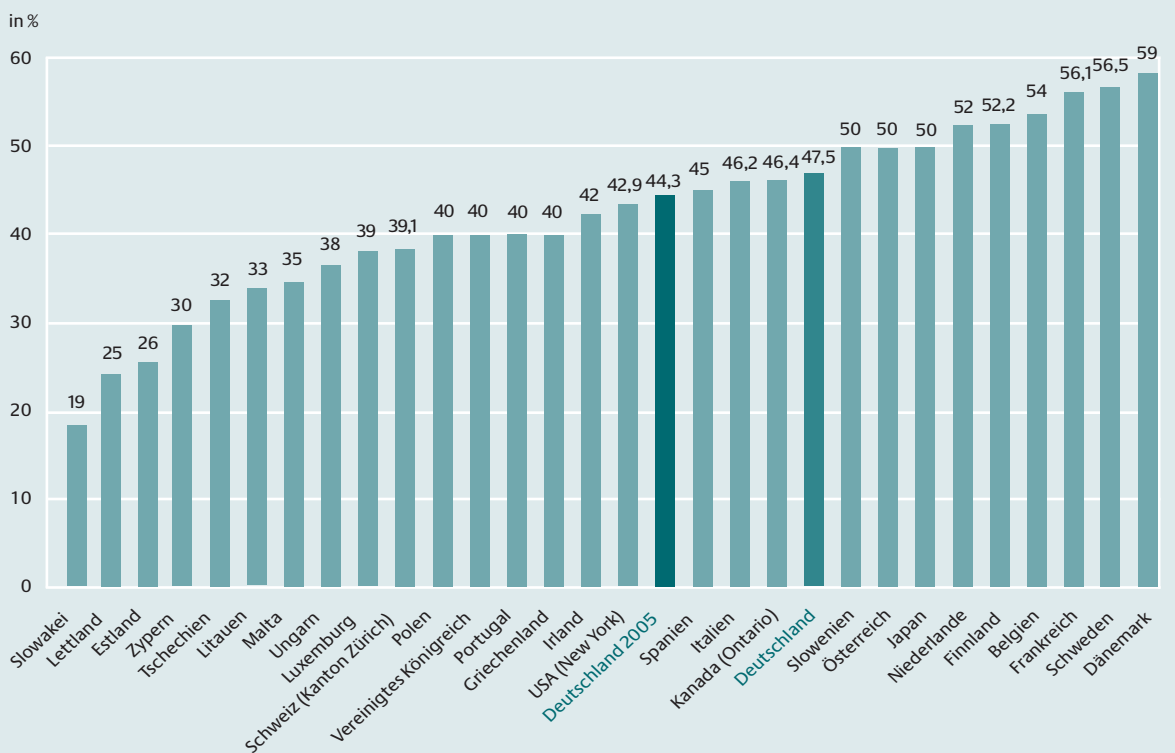
**Abbildung 2: Unternehmenssteuersätze 2004 (nominal)**

(Körperschaftsteuern, Gewerbeertragsteuern und vergleichbare andere Steuern des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften)



<sup>1</sup> Durchschnittssatz.

**Abbildung 3: Einkommensteuerspitzensätze 2004**



**Abbildung 4: Allgemeine Umsatzsteuersätze 2004 in den Staaten der EU**





# Die Steuereinnahmen der Kommunen (ohne Stadtstaaten) im 1.–3. Quartal 2004

## Äußerst dynamische Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen

Die Einnahmen der Kommunen insgesamt haben sich im 1.–3. Quartal 2004 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 3,8% erhöht. Die Ausgaben waren leicht rückläufig (– 0,2%). Das Finanzierungsdefizit der Kommunen insgesamt reduzierte sich somit deutlich um 3,9 Mrd. € auf 4,9 Mrd. € gegenüber dem Vergleichszeitraum. Hierzu trug vor allem die positive Entwicklung der Steuereinnahmen bei.

### Entwicklung der Steuereinnahmen der Kommunen im 1.–3. Quartal 2004

Die kommunalen Steuereinnahmen insgesamt erhöhten sich im 1.–3. Quartal 2004 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 10,0% oder 3,11 Mrd. € auf 34,15 Mrd. € (vgl. Tabelle 1, S. 56). Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ hat im November 2004 die Zunahme für das Gesamtjahr auf 7,1% geschätzt. Somit übertrifft die bisherige Entwicklung die ohnehin schon positive Einschätzung der Steuerschätzer.

Die Gewerbesteuer (netto) – d.h. die Gewerbesteuer (brutto) abzüglich der an Bund und Länder abzuführenden Gewerbesteuerumlagen – entwickelte sich noch erheblich dynamischer als die Steuereinnahmen insgesamt und erhöhte sich im 1.–3. Quartal 2004 um 26,9% auf 16,0 Mrd. €. Die Einnahmen lagen damit nicht nur deutlich über dem Vergleichswert (1.–3. Quartal 2003: 12,6 Mrd. €), sondern übertrafen bereits nach drei Quartalen die Einnahmen des Jahres 2003 (15,1 Mrd. €) um 0,9 Mrd. €.

Die rückläufige Entwicklung beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (– 5,7%) war nach der am 1. Januar 2004 in Kraft getretenen Steuersenkung zu erwarten. Die Ein-

nahmen aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer erhöhten sich aufgrund der weiterhin schwachen Entwicklung des privaten Konsums um lediglich 0,8%. Grundsteuern, sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen (+ 3,6%) werden zunehmend ausgeschöpft (z. B. werden bisher nicht genutzte Einnahmequellen genutzt und Hebesätze bei der Grundsteuer angehoben).

Nach Ländern entwickelten sich die Steuereinnahmen der Gemeinden differenziert (vgl. Tabelle 2, S. 56): Die Spannweite liegt zwischen +0,3% in Schleswig-Holstein und +18,9% in Sachsen-Anhalt.

### Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen im 1.–3. Quartal 2004

Die positive Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen wird maßgeblich von der Gewerbesteuer getragen. Sie nahm in den ersten drei Quartalen des Jahres 2004 in der Bruttobetragung um 15,2% zu (vgl. Tabelle 3, S. 57). Hierfür dürften sowohl konjunkturelle Impulse als auch die Wirkung von Steuerrechtsänderungen (Verbreiterung der Bemessungsgrundlage) verantwortlich sein.

Die Gewerbesteuereinnahmen (netto) entwickelten sich aufgrund der Absenkung der Gewerbesteuerumlage noch deutlich besser, zudem war im Jahresverlauf eine zunehmende Dynamik zu verzeichnen. Im 3. Quartal 2004 erhöhten sie sich gegenüber dem 3. Quartal 2003 bei den Kommunen der Flächenländer insgesamt um 37,8%, nachdem die Einnahmen im 1. Quartal 2004 um 14,0% und im 2. Quartal 2004 um 32,2% – jeweils gegenüber dem Vorjahresquartal – gestiegen waren (vgl. Tabelle 4, S. 57). Ungeachtet regionaler Unterschiede wiesen die Kommunen in

allen Ländern – mit Ausnahme von Schleswig-Holstein, wo die Einnahmen um 8,8% zulegen – bei der Gewerbesteuer (netto) zweistellige Zuwachsraten aus (vgl. Tabelle 5, S. 58).

Die bisher höchsten Gewerbesteuereinnahmen (netto) wurden mit jeweils 19,4 Mrd. € in

den Jahren 1999 und 2000 erzielt. Sollte sich die äußerst positive Entwicklung der ersten drei Quartale 2004 auch im 4. Quartal 2004 fortgesetzt haben, ist für das Gesamtjahr 2004 mit Gewerbesteuereinnahmen (netto) zu rechnen, die den bisherigen Höchstwert übertreffen.

**Tabelle 1: Kommunale Steuereinnahmen insgesamt<sup>1</sup>**

Steuerart	Aufkommen	Aufkommen	Veränderung gegenüber	
	1. – 3. Quartal 2004	1. – 3. Quartal 2003	Vorjahreszeitraum	
	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in %
Gewerbesteuer (netto)	16,03	12,63	3,40	26,9
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	9,22	9,78	– 0,56	– 5,7
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	1,46	1,44	0,01	0,8
Grundsteuern, sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	7,44	7,18	0,26	3,6
Steuern (netto) insgesamt	34,15	31,04	3,11	10,0

<sup>1</sup> Ohne Stadtstaaten.  
Quelle: Statistisches Bundesamt; Kassenstatistik.

**Tabelle 2: Kommunale Steuereinnahmen (netto) insgesamt nach Ländern<sup>1</sup>**

Gebietseinheit	Aufkommen	Aufkommen	Veränderung gegenüber	
	1. – 3. Quartal 2004	1. – 3. Quartal 2003	Vorjahreszeitraum	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Bayern	6 172,4	5 409,6	762,8	14,1
Baden-Württemberg	5 939,7	5 167,1	772,6	15,0
Hessen	3 602,6	3 300,7	301,9	9,1
Rheinland-Pfalz	1 620,7	1 515,8	104,9	6,9
Saarland	388,8	356,8	32,0	9,0
Nordrhein-Westfalen	9 133,1	8 662,6	470,5	5,4
Niedersachsen	3 133,5	2 804,2	329,3	11,7
Schleswig-Holstein	1 054,7	1 051,1	3,6	0,3
Flächenländer West	31 045,5	28 267,8	2 777,7	9,8
Brandenburg	559,6	494,0	65,6	13,3
Mecklenburg-Vorpommern	328,1	297,0	31,1	10,5
Sachsen	1 146,3	1 029,0	117,3	11,4
Sachsen-Anhalt	591,8	497,7	94,1	18,9
Thüringen	475,5	444,9	30,6	6,9
Flächenländer Ost	3 101,3	2 762,7	338,6	12,3
Flächenländer insgesamt	34 146,9	31 030,5	3 116,4	10,0

<sup>1</sup> Ohne Stadtstaaten.  
Quelle: Statistisches Bundesamt; Kassenstatistik.



**Tabelle 3: Gewerbesteuer (brutto)<sup>1</sup>**

Gebietseinheit	Aufkommen 1. – 3. Quartal 2004	Aufkommen 1. – 3. Quartal 2003	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Bayern	3 534,3	2 937,7	596,6	20,3
Baden-Württemberg	3 449,3	2 723,1	726,2	26,7
Hessen	2 128,1	1 942,1	186,0	9,6
Rheinland-Pfalz	819,0	716,6	102,4	14,3
Saarland	200,0	179,8	20,2	11,2
Nordrhein-Westfalen	4 851,0	4 509,8	341,2	7,6
Niedersachsen	1 672,7	1 439,2	233,5	16,2
Schleswig-Holstein	563,8	581,7	- 17,9	- 3,1
Flächenländer West	17 218,2	15 030,1	2 188,1	14,6
Brandenburg	273,2	208,9	64,3	30,8
Mecklenburg-Vorpommern	171,9	125,3	46,6	37,2
Sachsen	571,2	490,5	80,7	16,5
Sachsen-Anhalt	324,1	238,1	86,0	36,1
Thüringen	230,7	216,3	14,4	6,7
Flächenländer Ost	1 571,2	1 279,0	292,2	22,8
Flächenländer insgesamt	18 789,3	16 309,1	2 480,2	15,2

<sup>1</sup> Ohne Stadtstaaten.  
Quelle: Statistisches Bundesamt; Kassenstatistik.

**Tabelle 4: Entwicklung der Gewerbesteuer (netto) je Quartal<sup>1</sup>**

Gebietseinheit	Aufkommen 2004			Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum					
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal
	in Mio. €			in Mio. €			in %		
Flächenländer West	5 022,6	5 007,4	4 599,9	604,7	1 179,3	1 298,1	13,7	30,8	39,3
Flächenländer Ost	422,2	535,4	444,6	65,0	169,5	85,2	18,2	46,3	23,7
Flächenländer insgesamt	5 444,8	5 542,8	5 044,6	669,7	1 348,8	1 383,4	14,0	32,2	37,8

<sup>1</sup> Ohne Stadtstaaten.  
Quelle: Statistisches Bundesamt; Kassenstatistik.

**Tabelle 5: Gewerbesteuer (netto)<sup>1</sup>**

Gebietseinheit	Aufkommen	Aufkommen	Veränderung gegenüber	
	1. – 3. Quartal 2004	1. – 3. Quartal 2003	Vorjahreszeitraum	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Bayern	3 061,1	2 278,3	782,8	34,4
Baden-Württemberg	2 854,1	2 076,5	777,6	37,4
Hessen	1 759,5	1 371,7	387,8	28,3
Rheinland-Pfalz	662,2	525,5	136,7	26,0
Saarland	172,7	134,2	38,5	28,7
Nordrhein-Westfalen	4 249,5	3 661,1	588,4	16,1
Niedersachsen	1 410,7	1 077,5	333,2	30,9
Schleswig-Holstein	460,1	423,0	37,1	8,8
Flächenländer West	14 629,9	11 547,7	3 082,2	26,7
Brandenburg	236,4	171,6	64,8	37,8
Mecklenburg-Vorpommern	146,5	106,7	39,8	37,3
Sachsen	524,8	427,8	97,0	22,7
Sachsen-Anhalt	286,3	197,9	88,4	44,7
Thüringen	208,2	178,7	29,5	16,5
Flächenländer Ost	1 402,3	1 082,6	319,7	29,5
Flächenländer insgesamt	16 032,2	12 630,3	3 401,9	26,9

<sup>1</sup> Ohne Stadtstaaten.  
Quelle: Statistisches Bundesamt; Kassenstatistik.

# Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern

1	Überblick .....	59
2	Argentinien .....	60
3	Brasilien .....	61
4	Mexiko .....	62
5	Russland .....	63
6	Ukraine .....	65
7	Westbalkan .....	66
8	China .....	68
9	Indien .....	70
10	Südkorea .....	71
11	Türkei .....	72

## 1 Überblick

Von der weltweiten wirtschaftlichen Erholung im vergangenen Jahr konnten auch die Schwellenländer profitieren. Dieser Trend zeigte sich auch an den Finanzmärkten. Die Außenverschuldung stellt zwar noch immer ein nicht unerhebliches Gefährdungspotenzial dar. Im Vergleich zu früheren Jahren haben die Schwellenländer aber durchweg an makroökonomischer Stabilität gewonnen und wichtige Reformschritte im Bereich der Finanzmärkte durchgeführt. Auch sind die Devisenreserven zum Teil kräftig angestiegen. Für dieses Jahr wird allgemein mit einer Fortsetzung dieses Trends gerechnet. Ein erhöhtes Krisenpotenzial zeichnet sich – trotz Zinsanstieg und Dollar-Schwäche – nicht ab.

Wahlen haben 2004 das politische Geschehen in einer ganzen Reihe von auch wirtschaftlich wichtigen Schwellenländern geprägt. Diese sind in der Regel nach demokratischen Grundsätzen abgelaufen, auch wenn sie teilweise – wie etwa auf den Philippinen – von Gewalt und dem Vorwurf der Manipulation überschattet waren. Entscheidend ist hier, dass

es trotz einer Häufung von Wahlen und teilweise überraschender Ergebnisse keine krisenhaften Zuspitzungen in den Schwellenländern gegeben hat. Dies lässt insgesamt auf eine wachsende Akzeptanz der Demokratie dort hoffen.

China gewinnt weltweit nicht nur als Standort von Direktinvestitionen und als Warenexporteur weiter an Bedeutung. Zunehmend werden scheinbar von China selbst auch strategisch wichtige Investitionen im Ausland – und hier vor allem in Lateinamerika – geplant. China ist angesichts seiner rasanten wirtschaftlichen Entwicklung auf einen stetigen Zufluss von Rohstoffen angewiesen und dürfte auf diesem Feld in Zukunft weitere Schwerpunkte setzen.

In Lateinamerika hat sich der Aufschwung stabilisiert. Er wird von der Erholung der Weltwirtschaft, steigenden Rohstoffpreisen und zunehmender Binnennachfrage gestützt. Die Finanzierungsbedingungen sind für die lateinamerikanischen Länder weiterhin günstig, auch wenn sie sich durch die geldpolitische Straffung der US-Notenbank inzwischen etwas verschlechtert haben. Positiv wirkt sich zudem der Ausbau der Handelsbeziehungen mit China aus. Zu den Hauptrisiken zählen negative externe Schocks und

– insbesondere längerfristig – die nach wie vor schleppende Umsetzung dringend erforderlicher Strukturreformen in den meisten lateinamerikanischen Ländern.



In Russland hat sich das hohe Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre – gestützt auf die international hohen Preise für Energie – fortgesetzt. Allerdings hat sich auch die Struktur des Wachstums deutlich gebessert, das zunehmend Impulse von Wirtschaftszweigen außerhalb des Rohstoffsektors erhält. Die dringend erforderliche Modernisierung des Kapitalstocks der russischen Wirtschaft hat alles in allem an Fahrt gewonnen. Ein ähnliches Bild bietet auch die Ukraine, die insbesondere von den Preisanstiegen bei Metallerzeugnissen profitieren konnte. Größtes Risiko für die weitere Entwicklung dort dürfte die politische Situation im Gefolge der Präsidentschaftswahlen sein. In den Ländern des Westbalkans zeichnen sich leichte Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage ab. Größte Herausforderung für die Länder in der Region bleiben neben der Lösung der politischen Probleme die Defizite im Haushalt und in der Leistungsbilanz.

In den asiatischen Schwellenländern werden auch weiterhin hohe BIP-Wachstumsraten erzielt – wenn auch nicht mehr ganz so hoch wie im Vorjahr. Nach wie vor Motor des Wachstums in Asien und Magnet für ausländische Direktinvestitionen ist China. Auch die indische Volkswirtschaft gewinnt allerdings zunehmend an Gewicht.

Die hier betrachteten Länder waren von der Flutkatastrophe in Südasien – sieht man von Indien ab, das die wirtschaftlichen Folgen der Flut allein bewältigen will und kann – nur am Rande

betroffen. Auf den Finanzmärkten hat sich die Flutwelle kaum ausgewirkt. Das deutet darauf hin, dass die Anleger die volkswirtschaftlichen Schäden für mittelfristig überwindbar halten. Zudem werden im Zuge des Wiederaufbaus internationale Hilfen in die betroffenen Länder fließen.

## 2 Argentinien

Im Jahr 2004 haben sich wichtige Wirtschaftsindikatoren in Argentinien, wie Wirtschaftswachstum, Inflation und öffentliche Einnahmen, weiterhin sehr positiv entwickelt. Insgesamt rechnet der Internationale Währungsfonds (IWF) mit einem realen Wirtschaftswachstum von rd. 7 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für 2004. Die Inflation dürfte bei rund 7 % in 2004 liegen. In den ersten acht Monaten des Jahres 2004 lag der Primärüberschuss der Zentralregierung bei 19,3 Mrd. Pesos – bereits 9,3 Mrd. Pesos (rd. 3 Mrd. US-Dollar) über dem IWF-Ziel für das Gesamtjahr. Schätzungen zufolge wird für das Gesamtjahr 2004 mit einem Primärüberschuss von rd. 6 % des BIP gerechnet (mit IWF vereinbarter Primärüberschuss für 2004: 3 % des BIP).

In den ersten acht Monaten 2004 stiegen die Exporte Argentiniens um rd. 24 % gegenüber dem Vorjahr auf rd. 29 Mrd. US-Dollar, die Einfuhren nahmen dagegen um 78 % gegenüber dem Vorjahr auf rd. 9 Mrd. US-Dollar zu, d. h. der Außenhandel ist auch im Jahr 2004 durch einen starken Nachholbedarf bei Importgütern geprägt. Beobachter rechnen für das Gesamtjahr 2004 mit einem Handelsbilanzüberschuss von 12 bis 14 Mrd. US-Dollar (2003: 16,5 Mrd. US-Dollar) und einem Leistungsbilanzüberschuss von 3 ½ Mrd. US-Dollar (2003: 7,9 Mrd. US-Dollar). Der Außenwert des Peso hat sich gegenüber dem US-Dollar bislang seit Jahresbeginn kaum verändert.

Es gibt mittlerweile Anzeichen für eine Verlangsamung der wirtschaftlichen Erholung – im Wesentlichen als Folge der zunehmend ausgelasteten Kapazitäten und der ausbleibenden Strukturreformen. Dabei geht es unter anderem

um Vereinbarungen mit den Provinzgouverneuren über die föderale Finanzreform. Auch ist die Stabilisierung des Bankensystems bisher nicht ausreichend angegangen worden. Insgesamt rechnet der IWF vor diesem Hintergrund für 2005 mit einem realen Wachstum von 4 % des BIP. Das für 2005 von Wirtschafts- und Finanzminister Lavagna vorgelegte Budget geht von 4 % BIP-Wachstum und 7 % bis 10 ½ % Inflation aus. Der Primärüberschuss soll 2005 auf konsolidierter Basis 3,9 % des BIP betragen. Der IWF erwartet 4 % bis 4 ½ % (Gesamtstaat; Provinzen erwirtschafteten in der Vergangenheit 0,6 % bis 0,8 % Primärüberschuss).

Bei den Belastungen für die argentinische Volkswirtschaft kommt hinzu, dass es der argentinischen Regierung bislang nicht gelungen ist, zu einer Einigung in der Frage der Umstrukturierung der von den privaten Gläubigern im Ausland gehaltenen Forderungen zu kommen. Nachdem die argentinischen Behörden die Grundzüge ihres ersten Umschuldungsangebotes bereits im September 2003 in Dubai vorgestellt hatten, sollte die Schuldenrestrukturierung ursprünglich bis Januar 2005 abgeschlossen werden. Wegen technischer Probleme musste die argentinische Regierung den für den 29. November 2004 geplanten Start des Tausches von alten in neue Anleihen jedoch auf Mitte Januar 2005 und damit den Abschluss der Umschuldung zeitlich weiter nach hinten verschieben. Offen ist, ob es der argentinischen Regierung mit dieser Umschuldungsangebote gelingt, eine – auch vom IWF geforderte – hohe Beteiligungsquote der privaten Gläubiger zu erreichen. Im Inland hat die argentinische Regierung bereits Vereinbarungen mit den Banken und Pensionsfonds erreicht, die eine Zustimmungsrate von mindestens 30 % garantieren.

### 3 Brasilien

Die in der zweiten Jahreshälfte 2003 eingetretene Konjunkturerholung in Brasilien setzte sich

im vergangenen Jahr in verstärkter Weise fort. Bisherige Prognosen gehen von einem realen Anstieg des BIP in 2004 von knapp 5 % aus (IWF 2004: + 4,0 %; 2003: – 0,2 %). Wesentlicher Wachstumsfaktor sind dabei die Exporte, die bis Anfang Oktober 2004 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um rd. 32 % zunahmen. Die außenwirtschaftlichen Impulse werden mittlerweile zunehmend durch binnenwirtschaftliche Faktoren, d. h. Zuwächse bei privatem Konsum und privaten Investitionen ergänzt. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Investitionsquote Brasiliens im internationalen Vergleich immer noch niedrig ist (1. Halbjahr 2004: 18,9 %). Auch sind die immer noch hohen Realzinsen von ca. 10 %, Infrastruktur- und Sicherheitsdefizite nach wie vor ein Wachstumshindernis und blockieren Investitionen. Für das Jahr 2005 gehen die Prognosen von einer leichten Abschwächung des Wirtschaftswachstums aus (reale BIP-Zunahme: 3 ½ % bis 4 %; IWF +3,5 %).

Der Leistungsbilanzüberschuss dürfte Schätzungen zufolge im Jahr 2004 auf rd. 9 Mrd. US-Dollar anwachsen nach 4,1 Mrd. US-Dollar in 2003. Dazu trägt wesentlich der Anstieg des Handelsbilanzüberschusses von 24,8 Mrd. US-Dollar in 2003 auf voraussichtlich rd. 32 Mrd. US-Dollar in 2004 bei. Für Brasilien ist es nun wichtig, diese bemerkenswerte Entwicklung der Leistungsbilanz zu nutzen und die brasilianische Wirtschaft für den internationalen Handel weiter zu öffnen, um die Diversifizierung der Handelsbeziehungen sowie die Ausweitung der Marktanteile weiter fortzusetzen.

Das gute Wirtschaftswachstum hat im Jahr 2004 zu einer positiven Entwicklung der staatlichen Einnahmen in Brasilien, insbesondere zu einem deutlichen Anstieg der Steuereinnahmen geführt (Anstieg Januar bis September 2004: 12 % gegenüber Vorjahr). Dementsprechend hat die brasilianische Regierung im September das Primärüberschussziel (Haushaltsaldo ohne Schuldendienst) für 2004 von 4,25 %

auf 4,5 % des BIP angehoben. Ein weiterer positiver Effekt dieser Entwicklung ist, dass die Staatsverschuldung deutlich zurückgeführt werden konnte (von rd. 58 % des BIP Ende 2003 auf rd. 54 % des BIP im August 2004).

Auf den im Jahresverlauf 2004 wieder zunehmenden Inflationsdruck hat die brasilianische Zentralbank reagiert, indem sie in mehreren Schritten die Leitzinsen angehoben hat; der Overnightzins liegt zurzeit bei 17,75 % (Inflationsrate September 2004: + 6,7 %; Jahrestiefstand Mai 2004: 5,2 %). Mit den – in Politik- und Wirtschaftskreisen verbreitet kritisierten – Zinsschritten hat die Zentralbank ein deutliches Zeichen für ihre stabilitätsorientierte Geldpolitik gesetzt. Für das kommende Jahr hat die brasilianische Notenbank das Inflationsziel von 4,5 % auf 5,1 % erhöht.

Die derzeit günstigen weltwirtschaftlichen Bedingungen sollten von der brasilianischen Regierung zur Fortsetzung und Vertiefung der bereits begonnenen strukturellen Reformen genutzt werden. Dazu zählen insbesondere eine umfassende Reform des Steuersystems und des Arbeitsmarkts, die Verringerung der Budgetrestriktionen (vor allem Verwendungsseite des öffentlichen Haushalts, die durch hohe Zinslasten und gesetzlich vorgegebene konsumtive Ausgaben weitgehend festgelegt ist) sowie die Verbesserung des Investitionsklimas (u. a. Ausbau der Infrastruktur, Abbau bürokratischer Hemmnisse).

## 4 Mexiko

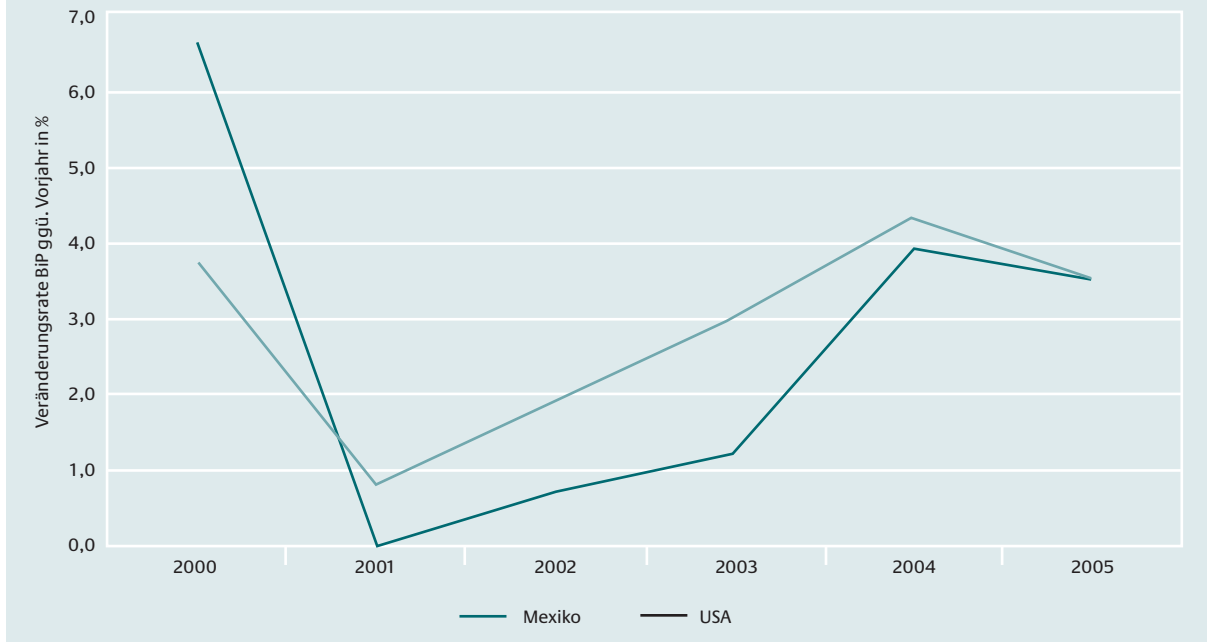
Mexiko ist die Nummer 7 unter den Öl exportierenden Staaten. Die größte Volkswirtschaft Lateinamerikas hat im vergangenen Jahr erheblich von dem hohen Ölpreis profitiert. 30 % der Staatseinnahmen stammen aus dem Ölgeschäft. Das Haushaltsdefizit wird voraussichtlich in diesem Jahr auf 0,3 % des BIP zurückgeführt werden können, nach 0,6 % im Vorjahr. Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2005 sieht eine weitere Rückführung des Defizits auf 0,2 % des BIP vor.

Dabei wurde ein Ölpreis von 27 US-Dollar je Barrel zugrunde gelegt.

Mexiko ist im Jahr 2004 auf einem guten Wachstumspfad geblieben. Nach einer Zunahme des BIP im Jahr 2003 um 1,3 % wird für das Jahr 2004 ein BIP-Wachstum von 3,8 % bis 4 % erwartet, eine Schätzung, die nach den bisherigen Quartalsergebnissen durchaus realistisch erscheint. Dies ist hauptsächlich auf eine Steigerung der Exporte der verarbeitenden Industrie in die USA zurückzuführen. Aufgrund der Konjunkturverlangsamung in den USA und steigender Inlandszinsen rechnen Experten mit einem Rückgang des BIP-Wachstums im Jahr 2005 auf 3,0 % bis 3,5 %.

Die Abhängigkeit der Wirtschaftsentwicklung von der in den USA ist weiterhin ungebrochen. Die konjunkturelle Entwicklung der USA bestimmt im Wesentlichen das mexikanische Wachstum (siehe Abbildung 1, S. 63). Im Rahmen der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA (North American Free Trade Area) wickelt Mexiko rund 80 % seines Außenhandels mit den Vereinigten Staaten ab. Eine breitere Streuung der Ausfuhr, beispielsweise nach Europa, scheidet bisher am Fehlen exportfähiger, originär mexikanischer Produkte jenseits von Bier, Spirituosen und Kunsthandwerk. Ein Großteil des mexikanischen Exports wird von ausländischen Unternehmen bestritten, die dort vielfach nur mit geringer Fertigungstiefe produzieren.

Hinzu kommt, dass der Wind des globalen Wettbewerbs seit einiger Zeit auch in Mexiko schärfer weht. Die Konkurrenz aus Asien, insbesondere China, macht den mexikanischen Unternehmen nicht nur in Amerika Marktanteile streitig. Sie dringt auch mit großer Kraft auf den mexikanischen Markt. Besonders hart betroffen ist die mexikanische Textil-, Bekleidungs- und Lederverarbeitung, die schon in 2003 einen Rückgang von fast 9 % verkraften musste. Hier rächen sich die Versäumnisse bei den von Experten seit langem geforderten Strukturveränderungs- und Modernisierungsmaßnahmen in Teilen der mexikanischen Wirt-

**Abbildung 1: Vergleich der BIP-Entwicklung zwischen Mexiko und den USA**

schaft. Insbesondere die genannten Sektoren, aber auch Maschinenbau- und Metallverarbeitungsbetriebe sind oft veraltet und können gegen die chinesische Konkurrenz nicht mehr bestehen.

Auch der Internationale Währungsfonds fordert von Mexiko politische und rechtliche Reformen im Bereich Energie, Telekommunikation, auf dem Arbeitsmarkt und im Fiskalbereich. Wichtig ist auch die Reduzierung der Ölabhängigkeit des Haushalts durch eine Verbreiterung der Steuerbasis sowie die Bewahrung des Ölreichtums für zukünftige Generationen.

Die mexikanische Börse hat ihren Anlegern im Jahresverlauf ansehnliche Gewinne beschert. Der Aktienindex hat 2004 um circa 46% zugenommen. Die Basis dafür bilden zum einen das Wirtschaftswachstum und zum anderen die Öleinnahmen. Besonders gut entwickelt haben sich Werte im Bereich Stahl, Zement und Mobilfunk.

Der Ölpreisanstieg heizt die Inflation in Mexiko an und zwingt die Geldpolitik zu einem restriktiven Kurs. Obwohl die mexikanische Zentralbank die Liquidität im Bankensektor bereits wiederholt verringert hat, weicht die Jahresrate

der Inflation mit 5,19 % im Dezember deutlich vom Inflationsziel (3% +/- 1 Prozentpunkt) ab.

Das Leistungsbilanzdefizit wird im Jahr 2004 voraussichtlich weiter zurückgehen (Prognose: 1,3 % des BIP). Neben dem hohen Ölpreis liegt dies an den kräftig steigenden Transfers von im Ausland lebenden Mexikanern. Mit 16 Mrd. US-Dollar dürften diese die Netto-Direktinvestitionen von geschätzt 15 Mrd. US-Dollar erneut übertreffen.

## 5 Russland

In Russland hat sich das hohe Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre fortgesetzt. Nach einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um jeweils 7,3% in 2003 und 2004 werden für dieses Jahr 6,6% erwartet. Auch hat sich die Struktur des Wachstums deutlich gebessert. Die Anlageinvestitionen nahmen im vergangenen Jahr um gut 8% zu und dürften in diesem Jahr um über 11% steigen. Hinzu kommt, dass das Wachstum zunehmend Impulse von Wirtschaftszweigen außerhalb des Rohstoffsektors erhält. Die dringend erforderliche Modernisierung des

Kapitalstocks der russischen Wirtschaft hat alles in allem an Fahrt gewonnen.

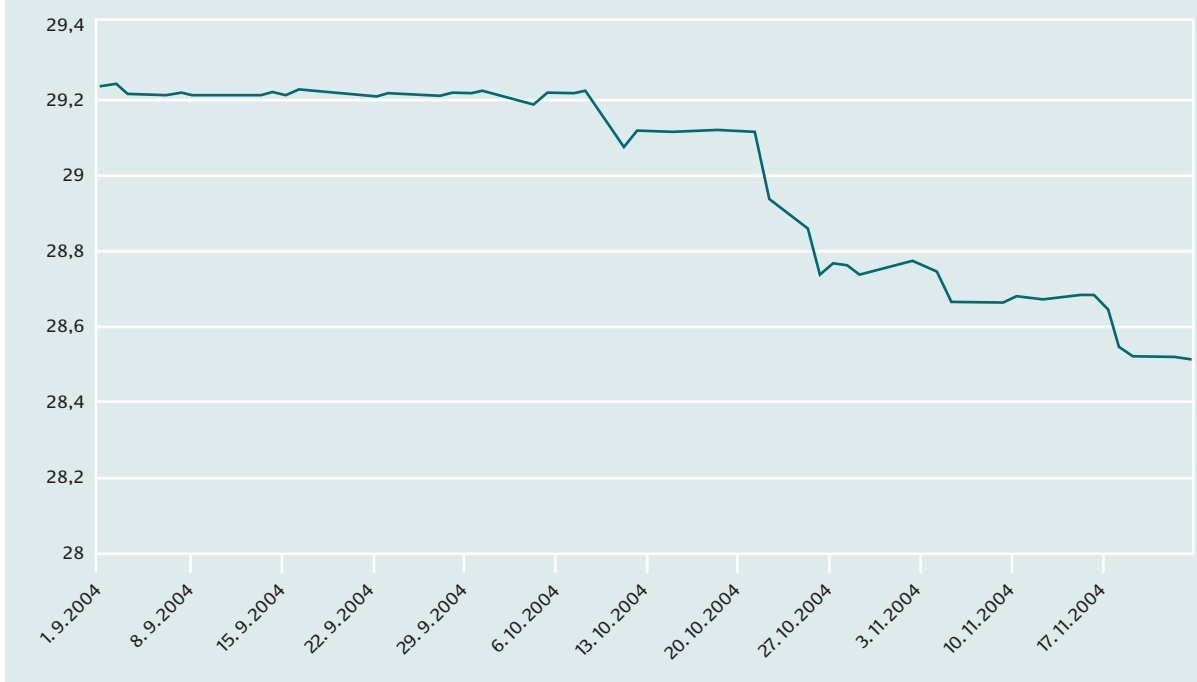
Der Verbraucherpreisanstieg bewegt sich weiter auf einem abnehmenden Trend. Nach einer durchschnittlichen Jahresinflationsrate von 13,7% im Jahr 2003 und 10,3% im vergangenen Jahr werden für dieses Jahr knapp 9% erwartet. Der anhaltend hohe Ölpreis ermöglicht seit Jahren Überschüsse in der Leistungsbilanz (2003: 8,3%; 2004: 9,9%). Vor dem Hintergrund eines auch weiterhin dynamischen Importwachstums – nicht zuletzt infolge eines lebhaft expandierenden privaten Verbrauchs – dürfte dieser Wert in diesem Jahr leicht sinken und im Jahresdurchschnitt bei gut 8% liegen. Die hohen Leistungsbilanzüberschüsse haben allerdings auch den Aufwertungsdruck auf den Rubel verstärkt. Angesichts dieser Entwicklungen scheint es in Russland Überlegungen zu geben, den Wechselkurs des Rubels stärker zu flexibilisieren. Die

Devisenreserven des Landes liegen inzwischen bei gut 113 Mrd. US-Dollar.

Die Duma hat Ende Oktober 2004 ein Nachtragshaushaltsgesetz für das Jahr 2004 verabschiedet. Dank hoher Fiskaleinnahmen aus Ölexporten stieg der geplante Budgetüberschuss von ursprünglich 83,4 Mrd. Rubel (0,5% des BIP) auf 505,76 Mrd. Rubel (3,1% des BIP). Bei den Eckdaten für den Haushalt 2005 wird von einem Wachstum von 6,3%, einer Inflationsrate von 7,5% bis 8,5%, einem Preis für Uralöl von 28 US-Dollar/Barrel im Jahresdurchschnitt sowie von einem Wechselkurs von 30 Rubel gegenüber dem US-Dollar ausgegangen. Geplant ist ein Haushaltsüberschuss in Höhe von 278,1 Mrd. Rubel (1,5% des BIP) bei Einnahmen von 3326 Mrd. Rubel (17,8% des BIP) und Ausgaben von 3048 Mrd. Rubel (16,3% des BIP).

Der Fall „Yukos“ hatte im vergangenen Jahr für Verunsicherungen gesorgt. Die russi-

**Abbildung 2: Wechselkurs des russischen Rubel gegenüber dem US-Dollar seit September 2004**





schen Steuerbehörden haben gegenüber dem Ölkonzern Steuernachforderungen in Höhe von bisher gut 11 Mrd. US-Dollar geltend gemacht. Der Ausgang des gesamten Verfahrens ist derzeit noch offen. Die im Zuge des „Yukos-Affäre“ geäußerte Befürchtung, ausländische Investoren würden ihr Engagement in Russland überdenken, hat sich allerdings nicht bestätigt.

## 6 Ukraine

Bei der Stichwahl am 26. Dezember 2004 konnte sich Wiktor Juschtschenko mit 52 % der Stimmen gegen Wiktor Janukowitsch, der 44 % der Stimmen erhielt, durchsetzen. Nach der Wiederholung der Stichwahl hatte sich Janukowitsch zunächst geweigert, die Niederlage anzuerkennen, und Einspruch gegen das Ergebnis eingelegt. Das Oberste Gericht wies seine Klagen jedoch zurück.

Während der wochenlangen Proteste wegen Manipulationen bei der ersten Stichwahl zwischen Janukowitsch und Juschtschenko am 21. November 2004 hatte der scheidende Präsident Leonid Kutschma Janukowitsch beurlaubt, nachdem ihm das Parlament Anfang Dezember das Misstrauen ausgesprochen hatte.

Der zukünftige Präsident der Ukraine steht vor der schwierigen Herausforderung, das Land nach dem Wahlkampf wieder zu versöhnen. Während Juschtschenko vor allem im Westen des Landes unterstützt wurde, konnte Janukowitsch im von der Schwerindustrie geprägten Ostteil des Landes die meisten Stimmen erzielen.

Wiktor Juschtschenko, der bereits Erfahrungen als Zentralbankpräsident sowie als Ministerpräsident hat, war stets für die Westintegration der Ukraine eingetreten. Dies und die Entwicklung der weiteren Beziehungen zu Russland dürften die wichtigsten außenpolitischen Felder werden. Im Inneren wird es vor allem um eine Fortsetzung des Reformkurses gehen müssen, der die unterschiedlichen Strömungen im Lande vereinen kann.

Das reale Bruttoinlandsprodukt der Ukraine ist im vergangenen Jahr um 12,5 % (2003: 9,4 %) gestiegen. Für dieses Jahr werden 6 % Wachstum erwartet. Der Anteil der Schattenwirtschaft in der Ukraine wird auf 30 % bis 70 % geschätzt. In der offiziellen Statistik wird die Schattenwirtschaft derzeit mit etwa 20 % berücksichtigt. Damit dürften die offiziellen Zahlen die tatsächliche wirtschaftliche Dynamik eher unterschätzen. Die Arbeitslosenquote sank 2004 auf 7 % (2003: 8,7 %). Für dieses Jahr wird mit einer nochmaligen Reduktion der Arbeitslosigkeit auf jahresdurchschnittlich 6,5 % gerechnet.

Der Verbraucherpreisanstieg lag im vergangenen Jahr mit 8,3 % (2003: 5,2 % und 2002: 0,8 %) vergleichsweise hoch. Ursache dafür war neben einem boomenden privaten Verbrauch vor allem auch die klimatisch bedingte Missernte 2003 und die damit verbundene, zum Teil drastische Steigerung der Lebensmittelpreise. In diesem Jahr wird der Anstieg zwar allmählich zurückgehen. Aufgrund des statistischen Überhangs dürfte er aber im Jahresdurchschnitt dennoch gut 8,1 % erreichen, da die aus der Verteuerung der Lebensmittel resultierende Preisdynamik noch anhalten wird. Ein Teil der Inflationsentwicklung dürfte aber auch durch die Geldpolitik – und hier insbesondere durch die unsterilisierten Interventionen am Devisenmarkt – verursacht sein.

Alles in allem kann das Land – nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer langen Phase der Stagnation – eine beeindruckende Wirtschaftsbilanz für das vergangene Jahr vorweisen. Offen muss aber bleiben, ob diese Entwicklung tatsächlich dauerhaft durchgehalten werden kann. Die Ukraine profitiert derzeit von den vergleichsweise hohen Weltmarktpreisen für Metallprodukte. Dies ermöglichte allein in den ersten fünf Monaten des vergangenen Jahres einen Anstieg der Exporte um 50 % (auf US-Dollar-Basis). Der Export von Metallen – diese umfassen fast 40 % der Gesamtexporte – stieg um 60 %, die Ausfuhr von Maschinen und Anlagen –

gut 11 % der Exporte – nahm sogar um 90 % zu. Die Importsteigerung lag – nicht zuletzt infolge eines lebhaft expandierenden privaten Verbrauchs – bei 32 %. Der Leistungsbilanzüberschuss betrug 2004 10,2 %, nach 5,8 % im Jahr 2003. Für dieses Jahr werden 4,1 % erwartet. Dagegen lassen nachhaltige Verbesserungen des binnenwirtschaftlichen Rahmens weiter auf sich warten.

Die Devisenreserven stiegen aufgrund von massiven Zentralbankinterventionen zur Dämpfung der Aufwertung der Landeswährung Hriwna bis Ende 2004 auf über 11 Mrd. US-Dollar. Ende 2003 lagen die Devisenreserven bei 6,9 Mrd. US-Dollar.

Trotz der hohen Wirtschaftsdynamik dürfte nach Schätzungen des IWF 2004 ein Budgetdefizit von knapp 4 % verzeichnet worden sein (2003: – 0,8 %). Ursache dafür waren die Anfang 2004 eingeführte Flat Tax<sup>1</sup> von 13 % anstelle der bisherigen Sätze der Einkommensteuer von 10 % bis 40 % und die Reduktion der Körperschaftsteuer von 30 % auf 25 %. Im Gegenzug wurden Steuerbefreiungen gestrichen und einige Verbrauchsteuern erhöht.

Die Wachstumsbasis in der Ukraine dürfte sich in den nächsten Jahren allmählich verbreitern. Die Binnennachfrage wird, gestützt auf steigende Realeinkommen, als Wachstumsfaktor weiter an Bedeutung gewinnen. Ausländische Investoren zeigen ein wachsendes Interesse am ukrainischen Markt. Wichtigste Schwachstellen bleiben Mängel bei Transparenz, bei der Rechtsstaatlichkeit sowie Probleme im Bankensektor.

## 7 Westbalkan

In den Ländern des Westbalkans (Bosnien und Herzegowina, Albanien, Mazedonien sowie Serbien und Montenegro) zeichnen sich leichte Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage ab – ausgehend allerdings von einem sehr niedrigen

Niveau. Größte Herausforderung für die Länder in der Region bleiben – neben politischen Problemen – die Defizite im Haushalt und in der Leistungsbilanz. Letztere werden im Grunde nahezu ausschließlich durch die internationale Gemeinschaft finanziert.

Die Unruhen im Kosovo zu Beginn des Jahres sowie die auch weiterhin nicht stabile Situation in Mazedonien verweisen auf das entscheidende Problem auf dem Westbalkan – unzureichende politische Stabilität und unge löste ethnische Konflikte. Solange diese Fragen nicht gelöst sind, werden sich auch Investoren zurückhalten; die dringend notwendige Modernisierung des Kapitalstocks unterbleibt.

In Bosnien und Herzegowina haben sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zuletzt leicht verbessert. Bei der Budgetkonsolidierung zeichnen sich Fortschritte ab. Dies und der erfolgreiche Abschluss eines Umschuldungsabkommens haben sich günstig auf die Verschuldungsposition des Landes ausgewirkt. Mittelfristig dürfte ein Wachstum von gut 5 % erreichbar sein. Die Inflation bewegt sich im einstelligen Bereich. Kritisch bleibt die Leistungsbilanzsituation des Landes; das Defizit lag 2002 und 2003 bei jeweils gut 30 %; 2004 konnte es auf knapp 24 % reduziert werden. Für dieses Jahr werden gut 22 % erwartet. Ursache dafür ist vor allem die mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Eine Verbesserung dieser Situation dürfte sich erst im Zuge konsequenter Strukturreformen und Privatisierungen ergeben.

Strukturreformen sind auch für Albanien unumgänglich, um die gegenwärtige Dynamik der Wirtschaft – seit 2003 liegt das Wachstum bei gut 6 % – langfristig zu sichern. Das Haushaltsdefizit – dieses lag 2000 noch bei fast 10 % – konnte zwischenzeitlich deutlich reduziert werden (2004: 4,7 %). Die insgesamt rückläufige

<sup>1</sup> Bei einer Flat Tax werden alle Einkommensarten einmal mit demselben Steuersatz an der Quelle ihrer Entstehung belastet.

Inflation ermöglichte es der Zentralbank, die Leitzinsen mehrfach zu senken. Das Leistungsbilanzdefizit, das seit längerem bei über 6 % liegt, scheint sich auf diesem vergleichsweise hohen Niveau zu stabilisieren. Hier sind dringend weitere Anstrengungen zur Ankurbelung der Exporte notwendig. Erste Schritte dazu wurden im Zuge von bilateralen Freihandelsabkommen mit allen Ländern der Region eingeleitet.

Mazedonien befand sich im Sommer 2001 am Rande eines Bürgerkrieges, nachdem albanische Extremisten gewaltsam mehr Rechte für die albanische Minderheit erzwingen wollten. Die Situation stabilisierte sich erst nach dem Eingreifen von NATO und EU. Die EU setzte daraufhin das so genannte „Ohrider Abkommen“ durch, das den Albanern mehr Rechte einräumte. Im Sommer 2004 kam es erneut zu Auseinandersetzungen. Anfang November 2004 war ein Referendum gegen die territoriale Neuordnung Mazedoniens gescheitert. Die Regierung hatte – in Übereinstimmung mit dem Friedensabkommen von Ohrid – entschieden, dass die Gemeindegrenzen neu gezogen werden sollen. Daraufhin hatte eine Vereinigung namens Makedonischer Weltkongress ein Referendum über die Regierungspläne erzwungen. Das Scheitern des Referendums wurde von Seiten der internationalen Gemeinschaft begrüßt.

Das Wachstum lag 2004 bei gut 1½ %. Für dieses Jahr werden 3 % erwartet. Die Inflation konnte von knapp 6 % im Jahr 2000 auf zuletzt 1,7 % gesenkt werden. Der Abbau des hohen Leistungsbilanzdefizits (2002: – 9,6 %; 2003: – 6,0 %; 2004: – 6,1 %) gelingt nur sehr zögerlich. Internationale Beobachter sehen derzeit in der unsicheren politischen Lage – vor allem mit Blick auf die Zukunft des Friedensabkommens von Ohrid – den größten Risikofaktor für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Ein schneller Abbau struktureller Ungleichgewichte ist vor diesem Hintergrund nicht zu erwarten.

Die politische Situation im Staatenbund Serbien und Montenegro wird vor allem von den Ent-

wicklungen in Serbien – Bildung einer Minderheitsregierung im März 2004; der Präsident der Republik Serbien wird (Präsidentschaftswahlen vom 27. Juni 2004) von der Opposition im Parlament gestellt – dominiert. Zudem bestimmen die Themen „Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien“, der Bestand der Staatenunion zwischen Serbien und Montenegro sowie die Zukunft des Kosovo die innenpolitische Diskussion. Die auch von der EU geforderte Harmonisierung der Wirtschaftsräume von Serbien und Montenegro ist weiterhin nicht realisiert. Auch gibt es unterschiedliche Währungen – in Serbien den Dinar, in Montenegro den Euro.



Vor diesem Hintergrund hat die Wirtschaft kaum an Dynamik gewinnen können. Das Wachstum lag 2003 und 2004 jeweils bei 1,5 %; für dieses Jahr werden 2 % erwartet. Positiv ist, dass die Inflation unter Kontrolle ist. Lag der Verbraucherpreisanstieg 2001 noch bei über 90 %, so waren es 2004 nur noch 8,5 %. Für 2005 wird ein nochmaliger Rückgang auf dann 7,5 % erwartet. Das Leistungsbilanzdefizit betrug 2004 gut 10 %. In diesem Jahr soll es auf gut 9 % zurückgehen. Vergleichsweise hohe Privatisierungserlöse und internationale Finanzhilfen ermöglichten bislang die Finanzierung dieses Defizits.

Serbien und Montenegro ist es – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der anhaltenden politischen Auseinandersetzungen – bisher nicht gelungen, die Basis für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen. Hier dürfte auch weiterhin Druck von Seiten der internationalen Gemeinschaft notwendig sein, die erforderlichen Veränderungen durchzusetzen.

## 8 China

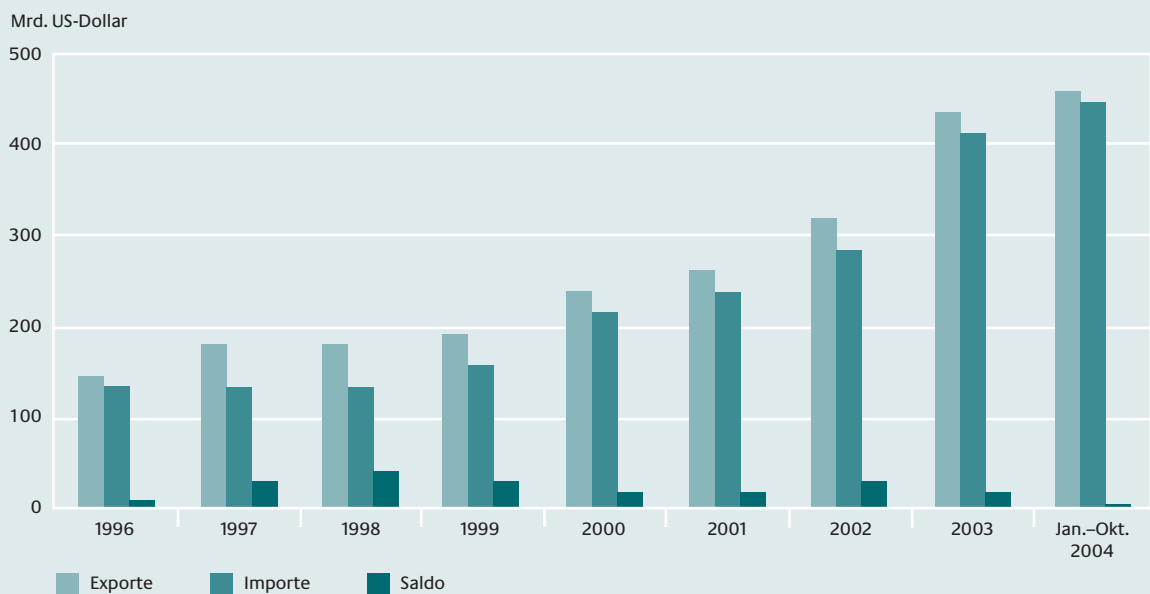
Auch 2004 war China eine der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt. In den ersten drei Quartalen 2004 lagen die Wachstumsraten des BIP wieder über 9 % (1. Quartal 9,7%, 2. Quartal 9,6%, 3. Quartal 9,1%). In den ersten zehn Monaten wurde eine durchschnittliche Wachstumsrate des BIP von 9,5% erreicht.

Betrag der Verbraucherpreisindex 2003 im Jahresdurchschnitt noch 1,2%, so lag er in den ersten zehn Monaten 2004 mit 4,1 % deutlich höher. Von März 2004 (3,0 %) war ein kontinuierlicher Anstieg der Inflationsrate bis August 2004 mit 5,3%, dem stärksten Anstieg seit sieben Jahren, zu verzeichnen. Im September war ein leichtes Absinken der Inflationsrate auf 5,2% zu beobachten, im Oktober 2004 sank die Inflationsrate auf 4,3% und im November auf 2,8%.

Es treten weiterhin Überhitzungstendenzen in einigen Wirtschaftssektoren (Stahl, Immobilien, Aluminium, Zement) auf. Nachdem die im April ergriffenen, überwiegend administrativen Maßnahmen nicht die gewünschte Wirkung

gezeigt haben, hat die chinesische Zentralbank Ende Oktober 2004 überraschend die Leitzinsen moderat (0,27 Prozentpunkte) angehoben, um so die Überhitzungstendenzen besser in den Griff zu bekommen. Der Kreditzins (für ein Jahr) wurde von 5,31% auf 5,58% angehoben, der Einlagenzins (für ein Jahr) von 1,98% auf 2,25%. Dies ist die erste Zinserhöhung seit neun Jahren. Eine Zinsanpassung wurde auch bei den mittel- bis langfristigen Krediten und Einlagen vorgenommen. Der Zinsanstieg soll die gesamtwirtschaftliche Entwicklung bremsen. Die Inflationsrate liegt aber immer noch deutlich über dem Zinssatz für einjährige Bankeinlagen. Aufgrund der negativen Realzinsen suchen Kapitalanleger weiterhin nach attraktiveren Anlagemöglichkeiten, beispielsweise an den Börsen in Shanghai und Shenzhen. Chinas Aktienmärkte sind allerdings nach wie vor ein Feld für Spekulationen und zu wenig ein Instrument langfristiger Unternehmensfinanzierung. Die Börsen werden von den Staatsunternehmen oft als „praktischer Geldautomat“ genutzt, da die Haupt-eigner ohne Rücksicht auf Kleinanleger (Streubesitz in der Minderheit) entscheiden.

**Abbildung 3: Entwicklung der Handelsbilanz Chinas von 1996 bis Oktober 2004**



Die Handelsbilanzentwicklung 2004 ist durch gegenläufige Tendenzen gekennzeichnet. War in den ersten vier Monaten des Jahres ein Handelsbilanzdefizit in Höhe von 10,7 Mrd. US-Dollar angesammelt worden, konnten seit Mai monatliche Überschüsse erzielt werden, so dass die Handelsbilanz bis einschließlich November insgesamt einen Überschuss von rd. 20,8 Mrd. US-Dollar aufweist. Das Handelsvolumen lag im Oktober 2004 bei rd. 926 Mrd. US-Dollar (Exporte 469 Mrd. US-Dollar und Importe 457 Mrd. US-Dollar). Im November konnte erstmals ein Handelsvolumen von über 1 Billion US-Dollar erreicht werden.

Bei den ausländischen Direktinvestitionen ist eine Stabilisierung auf hohem Niveau zu beobachten (siehe Abbildung 4). Bereits im Oktober 2004 (53,5 Mrd. US-Dollar) wurde der Wert des Vorjahres mit 53,5 Mrd. US-Dollar ausländischer Direktinvestitionen erreicht. Die zugesagten ausländischen Direktinvestitionen lagen bei 119 Mrd. US-Dollar. Im November 2004 konnten nur noch 3,8 Mrd. US-Dollar an Direktinvestitionen attrahiert werden.

Die Notwendigkeit, das Kreditvolumen einzuschränken, ist auch durch massive Zuflüsse

an US-Dollar in den letzten Monaten bedingt. Nach Angaben der Zentralbank sind in der ersten Jahreshälfte 2004 ca. 70 Mrd. US-Dollar nach China gelangt. Die Versuche der Regierung, hier kontrollierend einzuschreiten, sind nur begrenzt wirksam. Der massive Zufluss von Kapital ist einer der Gründe für das hohe Geldmengenwachstum (im Oktober 13,5 %), da die Zentralbank überschüssige US-Dollar gegen eigene Währung vom Markt nehmen muss, um den Wechselkurs zu stabilisieren. Dadurch bedingt stiegen die Devisenreserven auf 542,4 Mrd. US-Dollar bis Ende November 2004.

In Bezug auf die Reform des Bankenwesens und des Finanzsektors sind weiterhin erhebliche Bemühungen der chinesischen Regierung zu beobachten. Eine wichtige Rolle kommt hierbei der China Banking Regulatory Commission (CBRC) zu, die im April 2003 ihre Arbeit aufgenommen hat. Für die CBRC ist insbesondere die Entwicklung der vier großen Staatsbanken von Bedeutung. Als Pilotprojekte gelten die beiden Staatsbanken Bank of China (BoC) und China Construction Bank (CCB). Die beiden Banken

**Abbildung 4: Ausländische Direktinvestitionen in China 1991 bis Oktober 2004**



erhielten Ende 2003 eine Kapitalspritze von je 22,5 Mrd. US-Dollar aus den Devisenreserven des Landes zur Verbesserung ihrer Eigenkapitalausstattung. Im Spätsommer 2004 wurden beide Banken in Aktiengesellschaften umgewandelt. Der Börsengang ist für 2005 geplant.

## 9 Indien

Indien ist nach den Anfang der 90er Jahre eingeleiteten Reformen auf dem Weg zu einer sozialen Marktwirtschaft. Allerdings dominiert der öffentliche Sektor noch in zahlreichen Wirtschaftsbereichen. Aus den Unterhauswahlen im Mai 2004 ging überraschend die von Sonja Ghandi geführte Kongresspartei als stärkste politische Kraft des Landes hervor und bildet nun unter der Führung von Manmohan Singh zusammen mit mehreren kleinen Parteien eine Koalition. Seit dem Regierungswechsel im Mai bemüht sich die neue indische Regierung, ihr Ziel der Bekämpfung der ländlichen Armut insbesondere durch die Verbesserung der Infrastruktur (Straßen, Wasser, Energie) konsequent zu verfolgen.

Im Haushaltsjahr 2003/2004 konnte die indische Zentralregierung ihr Haushaltsdefizit mit 4,8% (Vorjahr 6,1%) auf den niedrigsten Stand seit sieben Jahren und damit deutlich unter das avisierte Ziel von 5,8 % drücken. Das Gesamthaushaltsdefizit des Landes (Zentralregierung und Unionsstaaten) lag jedoch bei über 10%. Für das kommende Finanzjahr strebt die Zentralregierung ein Defizit von 4,4% an. Das Gesamtdefizit soll nur noch rd. 9,2 % des BIP betragen. Die Finanzierung des Defizits der Zentralregierung soll überwiegend aus inländischen Quellen erfolgen. Um dies zu erreichen, hat die Regierung im Sommer verschiedene Maßnahmen zur Einnahmenerhöhung und Ausgaben senkung beschlossen.

Seit Jahren betreibt die Regierung eine expansive Fiskalpolitik, ohne dass die Einnahmen den Ausgabenzuwächsen folgen. Die Steu-

ereinnahmen leiden dabei nicht nur unter einer schmalen Steuerbasis, sondern vor allem unter der mangelhaften Erfassung der Steuerzahler. In den letzten fünf Jahren hat sich die Anzahl der Steuerzahler zwar auf über 30 Millionen verdoppelt, dies entspricht aber nur etwa der Hälfte derjenigen, die tatsächlich Steuern zahlen müssten. Durch eine Steuerstrukturreform soll die relativ kleine Steuerbasis verbreitert und somit eine günstigere Relation der Steuereinnahmen zum BIP (derzeit 16 %) geschaffen werden. In diesem Rahmen wurden bereits die Bemühungen zur Einführung einer landesweiten Mehrwertsteuer (von 12,5%) wieder aufgenommen. 25 Unionsstaaten beabsichtigen, die Steuer einzuführen, und ein Großteil der Länder hat die entsprechenden Gesetzesentwürfe bereits dem Finanzministerium vorgelegt. Die Regierung beabsichtigt, die Mehrwertsteuer zum 1. April 2005 einzuführen.



Im Oktober 2004 hat die indische Zentralbank den kurzfristigen Leitzins von 4,5% (niedrigstes Zinsniveau seit drei Jahrzehnten) um 0,25 Prozentpunkte auf 4,75% erhöht. Dies stellt die erste Zinserhöhung seit mehr als vier Jahren dar. Diese Maßnahme wurde insbesondere zur Inflationsbekämpfung durchgeführt. Die durchschnittliche Inflation betrug 2003/2004 knapp 5%. Die Anfang des Jahres für indische Verhältnisse relativ moderate Inflation, die Ende Januar bei 6,2% lag und bis Mai auf 4,3% gesunken ist, ist in den folgenden Monaten verstärkt – insbesondere aufgrund der Energiepreisentwicklung – angestiegen und erreichte Anfang November 7,76%.



Indien verfügte im Oktober 2004 über Devisenreserven von rd. 120,62 Mrd. US-Dollar. Es gab Überlegungen der Regierung, einen Teil der Devisenreserven für die Verbesserung der Infrastruktur zu einzusetzen. Die Diskussion ist noch nicht beendet.

Die neue Regierung hat hinsichtlich der Privatisierung einen anderen Kurs eingeschlagen. So sollen die etwa 25 bis 30 profitablen der rd. 300 Staatsunternehmen vorerst nicht privatisiert werden, sondern nur die unrentablen Unternehmen. Hinsichtlich der Höhe ausländischer Beteiligungen an indischen Unternehmen sind kleine Fortschritte zu erkennen. In seinem Haushaltsentwurf für 2004/2005 hat Finanzminister Chidambaram vorgeschlagen, die Beteiligungsgrenze für ausländische Direktinvestitionen in den Bereichen Fluggesellschaften, Telekommunikation und Versicherungen anzuheben. Im Oktober hat das Kabinett einer Erhöhung der Beteiligungsgrenze von 40 % auf 49 % bei den indischen Fluggesellschaften zugestimmt. Ende Oktober hat der Finanzminister angekündigt, dass die indische Regierung ausländischen Banken gestatten wird, die Kontrolle über einheimische private Banken zu übernehmen. Danach dürfen ausländische Banken bis zu 10 % pro Jahr an privaten Banken erwerben, die oft lediglich regional tätig und kapitalschwach sind. Über einen Zeitraum von drei bis vier Jahren können die ausländischen Banken dann die Kontrolle übernehmen. Derzeit können ausländische Banken bis zu 74 % an indischen privaten Banken erwerben. Allerdings sind bei indischen Banken die Stimmrechte ausländischer Investoren bisher auf höchstens 10 % begrenzt. Die indische Regierung beabsichtigt daher, erneut eine Gesetzesvorlage in das Parlament einzubringen, um die Stimmrechte bei Aktiengesellschaften im Einklang mit den Anteilen zu bringen. Bei den staatlichen Banken behält sich die indische Regierung weiterhin einen Anteil von 51 % vor.

Anfang November haben die EU und Indien eine strategische Partnerschaft verein-

bart. Neben die ursprünglich wirtschaftliche Partnerschaft ist auch eine politisch ausgerichtete Zusammenarbeit getreten. Zwischen Indien und der EU soll ein Dialog über Abrüstung und Sicherung des Friedens sowie über die Nicht-Verbreitung von Atomwaffen erfolgen. Neben dem verstärkten Austausch von Studenten sollen Beratungen über die Energieversorgung sowie eine verbesserte Zusammenarbeit beim Satelliten-Navigationsprogramm Galileo zu einer stärkeren Zusammenarbeit führen.

## 10 Südkorea

Die koreanische Regierung erwartet für 2004 ein Wirtschaftswachstum von 5 %, nach 3,1 % im Vorjahr – dem niedrigsten Wert seit fünf Jahren. Die Verbraucherpreise, die 2003 um 3,5 % gestiegen sind, sollen 2004 um rd. 3,6 % steigen. Im Juli lag die Inflationsrate allerdings deutlich höher als erwartet bei 4,4 %. Die Teuerung ist hauptsächlich durch den Anstieg der Lebensmittelpreise (8,4 %) sowie der Strom-, Wasser- und Brennstoffpreise (4,8 %) bedingt. Der steigende Ölpreis verteuerte Transportkosten und Industriegüterpreise.

Die Ausfuhren stiegen gegenüber dem Vorjahr aufgrund einer starken Auslandsnachfrage nach Halbleitern, Mobilkommunikationsausrüstungen, Computern, Autos und Schiffen um über 20 %. Nach Angaben der Bank of Korea hat sich der Anteil des Exports am BIP von 29,4 % (1997) auf 45,5 % (2003) erhöht. Der Exportboom wird allerdings nicht nur positiv gesehen. Probleme stellen für Korea der zunehmende Wettbewerb mit und die steigende Abhängigkeit von China dar, was sich in steigenden Exporten und zunehmender Auslagerung der Produktionen zeigt. China war 2003 nach den USA der zweitgrößte koreanische Handelspartner und nahm rd. 20 % der koreanischen Exporte auf. Es wird erwartet, dass China 2004 die USA von der ersten Position verdrängen wird. Des Weiteren ist die Exportstruktur durch wenige Produkte geprägt

und es besteht eine Abhängigkeit von nur wenigen großen Unternehmen. Die Binnennachfrage wird durch die Exportkonjunktur kaum beeinflusst. Investitionen bleiben aus. Die Probleme in diesen Bereichen sind eher strukturell als konjunkturell bedingt. Neben der hohen privaten Verschuldung existieren große technologische Unterschiede zwischen Groß- und Kleinunternehmen.

Nach offiziellen Angaben ist die Arbeitslosenquote in Korea im September 2004 erstmals seit acht Monaten wieder gefallen und liegt nunmehr bei 3,5 %. Die Zahl der beschäftigten Personen stieg auf 22,57 Millionen an.

Bereits im August 2004 hat die Zentralbank eine Zinssenkung um 25 Basispunkte auf 3,5 % vorgenommen. Der Grund hierfür ist in der eher unbefriedigenden wirtschaftlichen Erholung zu sehen, da der private Konsum – auch wegen der nach wie vor hohen Verschuldung – und die Investitionen nicht wie erhofft angezogen haben. Andererseits sind die Risiken mit hohem Ölpreis und einer leichten Abkühlung der globalen Nachfrage eher gestiegen. Die Zuwachsraten beim Export haben sich aufgrund der schwächeren weltwirtschaftlichen Nachfrage abgeschwächt. Anfang November hat die Zentralbank überraschend nochmals die Zinsen um weitere 25 Basispunkte auf 3,25 % gesenkt, da die bisherige Zinssenkung nicht die gewünschte Wirkung gezeigt hat.

Seit Dezember 1997 besteht offiziell ein flexibles Wechselkurssystem. Die koreanische Währung, Won, schwankt zwischen 1040 und 1200 Won pro US-Dollar. Eine Aufwertung gegenüber dem US-Dollar versucht die Zentralbank teils auch durch massive Interventionen zu verhindern. Seit 1998 steigen die Devisenreserven Koreas deshalb kontinuierlich an. Die Devisenreserven, die 2003 bei 155,35 Mrd. US-Dollar lagen, stiegen bis Oktober 2004 auf 178,39 Mrd. US-Dollar an. Anfang November wertete die koreanische Währung gegenüber dem US-Dollar stark auf und erreichte den höchsten Stand

seit fast sieben Jahren. Daraufhin intervenierte die koreanische Zentralbank massiv, da die wirtschaftliche Erholung in Südkorea durch eine sinkende Exportrate bedroht war; ein Problem, das durch die Dollar-Schwäche noch verstärkt wurde. Durch diese massiven Interventionen stiegen die Devisenreserven auf ein Rekordhoch von 186,1 Mrd. US-Dollar Mitte November an. Finanzminister Lee Hun-jai kündigte an, dass die Regierung kein bestimmtes Niveau für den Won anstrebe. Die Regierung werde allerdings eingreifen, wenn die Währung sich von den Fundamentaldaten zu weit entfernen würde.

## 11 Türkei

Nachdem das Wachstum 2003 bei 5,8 % gelegen hatte (2002: 7,9%), wird für 2004 ein Wirtschaftswachstum von 7 % erwartet. Das türkische BIP könnte Ende 2004 erstmals 250 Mrd. US-Dollar erreichen; dabei ist allerdings die umfangreiche Schattenwirtschaft nicht eingerechnet, die auf bis zu 50 % der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung geschätzt wird.

Die Türkei konnte die Inflationsrate 2003 auf 25,3 % reduzieren (2002: 45,0 %). Für 2004 wurde eine Inflationsrate von 11,4 % angestrebt. Auch in den folgenden Jahren soll die Inflationsrate weiter verringert werden. Sorgen bereitet das sich seit Jahresbeginn 2004 ausweitende Leistungsbilanzdefizit, das sich bereits im 1. Halbjahr auf 9,9 Mrd. US-Dollar belief. Für 2004 rechnet der IWF mit einem Leistungsbilanzdefizit von rd. 11 Mrd. US-Dollar (4% des BIP). 2002 und 2003 wurde ein Leistungsbilanzdefizit von 0,8 % bzw. 2,9 % des BIP erzielt. Die ausländischen Direktinvestitionen erreichten 2003 mit ca. 400 Mio. US-Dollar den niedrigsten Wert seit Anfang der achtziger Jahre. Allerdings konnte die Türkei in den ersten acht Monaten dieses Jahres gut 2 Mrd. US-Dollar (davon etwa 92 % aus EU-Staaten) anziehen.

Die Aufwertung der türkischen Lira hat zwar den Schuldendienst erleichtert (Schulden-



dienstquote reduzierte sich 2003 auf 44,5 %), die Belastungen bleiben aber hoch. Die Devisenreserven betragen im November 2004 rd. 36 Mrd. US-Dollar. Die Türkei wird angesichts des immensen Finanzierungsbedarfes (2004 rd. 38 Mrd. US-Dollar) auch weiterhin auf externe Unterstützung angewiesen bleiben. Bislang ist die Türkei ihren Verpflichtungen als Auslandsschuldner nachgekommen. Angesichts der nach wie vor extremen Schuldsituation ist das Ausfallrisiko weiterhin hoch.



Die derzeit bestehende Bereitschaftskreditvereinbarung der Türkei mit dem IWF hat ein Volumen von rd. 13 Mrd. SZR (= Sonderziehungsrechte, rd. 19 Mrd. US-Dollar) und läuft im Februar 2005 aus. Der türkische Ministerpräsident Erdogan hatte im August 2004 angekündigt, dass seine Regierung eine neue dreijährige Bereitschaftskreditvereinbarung (2005 bis 2007) mit „frischem Geld“ (12 bis 15 Mrd. US-Dollar) anstrebt. Nachdem bereits im September 2004 Gespräche mit den türkischen Behörden über ein neues IWF-Programm geführt wurden, hielt sich auch im Oktober 2004 eine Stabsmission in Ankara auf. Im Dezember 2004 haben sich der IWF und die Türkei auf ein neues Kreditprogramm verständigt. Der neue Bereitschaftskredit hat ein Volumen von 10 Mrd. US-Dollar bei einer Laufzeit von drei Jahren (2005 bis 2007) und soll der Türkei den Schuldendienst für die bestehenden Verbindlichkeiten gegenüber dem IWF erleichtern.

Strittig war zwischen IWF und Türkei die Höhe des anzustrebenden Primärüberschusses. Inzwischen hat sich die Türkei mit dem IWF auf 6,5% des Bruttosozialprodukts verständigt. Außerdem ist positiv hervorzuheben, dass Maßnahmen zur Eindämmung des Leistungsbilanzdefi-

zits sowie die Fortführung der Strukturreformen vorgesehen sind und sich die Qualität der fiskalischen Anpassungsmaßnahmen verbessert hat. Allerdings mangelt es noch an Maßnahmen zur Einnahmensicherung, zudem diskutieren die Behörden noch über Steuerkürzungen. Der Entwurf eines Bankengesetzes ist noch nicht fertig gestellt und Reformen in den Bereichen Restrukturierung der Staatsbanken und der sozialen Sicherungssysteme stehen noch aus. Zudem müssen die Privatisierungsanstrengungen verstärkt und ausländische Direktinvestitionen ins Land geholt werden.

Am 6. Oktober 2004 hat die EU-Kommission ihren Fortschrittsbericht einschließlich einer ersten Studie zu den Auswirkungen eines möglichen Beitritts der Türkei auf die EU („Impact study“) vorgelegt. Den Regierungschefs wird die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei empfohlen. In ihrem Fortschrittsbericht weist die EU-Kommission jedoch deutlich auf die noch bestehenden Defizite sowohl bei den strukturellen Reformen als auch bei Funktionsweise und Unabhängigkeit der Justiz und der insgesamt noch mangelhaften Umsetzung der legislativen Beschlüsse hin. Am 17. Dezember 2004 hat der Europäische Rat über die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei entschieden. Die Beitrittsverhandlungen sollen im Oktober 2005 aufgenommen werden. Voraussetzung ist die völkerrechtliche Anerkennung der Republik Zypern durch die Türkei.

Zum 1. Januar 2005 hat die Türkei bei ihrer Währung sechs Nullen gestrichen und gleichzeitig die „Neue Türkische Lira“ (TRY) eingeführt. 1 TRY entspricht dem heutigen Wert von 1000 000 TRL. Während der Übergangsfrist von einem Jahr werden TRY und TRL als offizielles Zahlungsmittel akzeptiert. Alle Preise müssen während dieser Zeit in beiden Währungen angeschrieben werden. Am 1. Januar 2006 werden die alten TRL-Banknoten aus dem Umlauf gezogen und gleichzeitig wird die neue Währung von TRY wieder in TRL (Türk Lirasi) umbenannt.



# Stabiler russischer Bankenmarkt nach den Turbulenzen im Sommer 2004

1	Entwicklung und Struktur des russischen Bankensektors .....	75
2	Reformmaßnahmen im russischen Bankensektor .....	76
3	Turbulenzen im Sommer 2004 .....	77
4	Besteht die Gefahr einer erneuten Finanzkrise? .....	77
5	Fazit: Eine weitere Konsolidierung des russischen Bankensektors ist unvermeidlich.....	78

## 1 Entwicklung und Struktur des russischen Bankensektors

Zu Beginn der neunziger Jahre kam es in Russland zu einem Gründungsboom im Bankwesen; seit 1993 haben sich auch ausländische Banken in Russland engagiert. Bereits 1994 erreichte die Zahl der zugelassenen Banken mit fast 2500 Instituten einen Höhepunkt. Seitdem ist ihre Zahl – sowohl infolge der Finanzkrise 1998 als auch angesichts einer zunehmend restriktiven Zulassungspolitik der Zentralbank – auf etwa 1300 Banken zurückgegangen. Von diesen gilt allerdings ein großer Teil als unterkapitalisiert.

Ein Teil der heute am Markt agierenden russischen Geschäftsbanken ist durch Ausgliederung der Finanzabteilungen großer Staatsbetriebe entstanden. Diese blieben auch nach der Privatisierung der Unternehmen bestehen und fungieren im Grunde als Hausbanken ihrer (ehemaligen) Eigentümer. Problematisch ist, dass damit ein nicht unerheblicher Teil der Banken sein Kreditangebot noch immer an den Bedürfnissen der großen Unternehmen ausrichtet, zu denen sie vor dem Hintergrund ihrer Entstehungsgeschichte enge Kapital- oder Personalverflechtungen aufweisen.

Internationale Beobachter verbinden mit der Struktur des russischen Bankenwesens noch weitere Probleme, die dazu beigetragen haben, dass der Sektor der kleinen und mittleren Unter-

nehmen (KMU) in Russland noch nicht die Dynamik gewinnen konnte, die notwendig ist, um den strukturellen Wandel der russischen Volkswirtschaft zu beschleunigen. So ist nach deren Einschätzung der Wettbewerb zwischen den Banken um die Gruppe der KMU wenig ausgeprägt. Auch ist die Kreditversorgung der KMU und von Unternehmen außerhalb der wirtschaftlichen Metropolen Moskau und St. Petersburg insgesamt noch wenig entwickelt. Die Erfahrungen vieler Banken im Bereich der KMU-Finanzierung (Prüfung der Kreditwürdigkeit und Kreditfähigkeit potenzieller Kreditnehmer) ist noch gering.

Gemäß den Statistiken der Zentralbank lag der Anteil der „personal loans“, die auch die Kredite an kleine und kleinste Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit erfassen, an der Gesamtheit aller Bankkredite lange Zeit stabil unter 5%. Ein deutlicher Anstieg der Kreditvergabe in diesem Segment ist erst seit kurzem zu beobachten.

Marktdominierend ist nach wie vor die Sberbank (Eigentümer ist die Zentralbank), gefolgt von der Außenhandelsbank (Vneshtorgbank). Beide haben sich inzwischen zu Universalbanken entwickelt. Die Sberbank unterhält etwa 20 000 Niederlassungen in allen Teilen des Landes und vereint mehr als 50% aller Einlagen auf sich (bei den Einlagen von Privatpersonen liegt der Anteil bei gut 60%; bei den Rubeleinlagen im

russischen Bankensystem sind es gut 90 %). Dieser hohe Marktanteil dürfte allerdings in erster Linie darauf zurückzuführen sein, dass der Staat nur bei dieser Bank die Einlagen garantiert. Dies verschafft der Sberbank einen erheblichen Wettbewerbs- und Vertrauensvorteil. In der Finanzkrise 1998 sind auch deshalb die Einlagen bei der Sberbank stark angestiegen.

Die marktbeherrschende Stellung der Sberbank wird auch daran deutlich, dass das zweitgrößte Institut, die Gazprombank, einen Anteil von lediglich 3,9 % an den Gesamteinlagen hat; die ebenfalls staatliche Vneshtorgbank 3,7%. Die International Moscow Bank vereint 3,1 % der Gesamteinlagen auf sich; den fünften Platz belegt die Alfa-Bank. Insgesamt liegt der Anteil der 20 größten Banken nach der Sberbank bei unter 20%.

Die Einlagen eröffnen der Sberbank eine vergleichsweise günstige Refinanzierungsquelle. Auch die Kreditvergabe der Sberbank konzentriert sich in erster Linie auf die großen russischen Unternehmen; kleine und mittlere Unternehmen scheinen erst allmählich zum Gegenstand der Geschäftstätigkeit zu werden. Beobachter gehen davon aus, dass die führende Rolle der Sberbank mittelfristig erhalten bleiben wird, auch wenn die von der russischen Regierung geplanten Reformen vollständig umgesetzt sind.



## 2 Reformmaßnahmen im russischen Bankensektor

Der Aufbau eines marktwirtschaftlichen Systems setzt ein funktionierendes Bankensystem voraus, das seiner Rolle als Finanzintermediär im

vollen Umfang gerecht wird. Derzeit kommen russische Banken dieser Anforderung nur in einem begrenzten Maße nach. Dies zu ändern, ist erklärtes Ziel der Politik der russischen Regierung und der Zentralbank.

Zu den wichtigsten gesetzgeberischen Maßnahmen gehört das Einlagensicherungs-gesetz, das Ende Dezember 2003 beschlossen worden ist und die Einrichtung eines Einlagensicherungs-fonds vorsieht. Das Einlagensicherungs-gesetz ist allerdings noch nicht in Kraft getreten, weil noch geprüft werden muss, welche Banken dem System beitreten können. Der Zugang zum Einlagensicherungssystem erfolgt auf Antrag der Geschäftsbanken (derzeit werden die Anträge von über 1000 Banken geprüft) und nach Prüfung von rechtlichen (Eigentümerstruktu-ren, Off-shore-Kapitalanteile) und wirtschaftli-chen Kriterien (Bilanzkennziffern). Vorgesehen ist, Einlagen bis zu 100 000 Rubel (etwa 3300 US-Dollar) abzusichern.

Die russische Zentralbank betrachtet die Einlagensicherung als eine wichtige Vorausset-zung dafür, ab 2006 gleiche Bedingungen im Wettbewerb zwischen den Banken herzustellen, auch wenn nicht alle Banken von Anfang an in die Einlagensicherung einbezogen werden können.

Im Prozess der Zulassung zum Einlagensicherungs-fonds dürfte es zu einer erheblichen Reduktion der Zahl der Banken und zu einer Beschleunigung von Zusammenschlüssen spe-zieell kleinerer Institute kommen. Diese Konsolidie-rung ist notwendig und wird von internationalen Experten begrüßt. Aus Sicht der Zentralbank ist dies allerdings nur ein Nebeneffekt.

Einen weiteren Schwerpunkt der Reform-maßnahmen bilden der Rückzug des Staates aus dem Bankensektor (Ausnahme: Institute mit besonderen staatlichen Aufgaben), der Über-gang zum International Accounting Standard (IAS) bis 2007 sowie die allmähliche Öffnung des russischen Marktes für ausländische Banken.

Ein anderer entscheidender Bereich ist die Entwicklung des Aktienmarktes sowie der In-

vestmentgesellschaften. Wesentliche Voraussetzungen hierfür sind eine Verbesserung der finanziellen Transparenz der russischen Unternehmen (ebenfalls gestützt auf die Einführung des IAS) sowie eine weitere Stärkung der Eigentümerrechte bei Aktiengesellschaften. Ebenso im Blickfeld der Regierung steht die weitere Entwicklung des nationalen Versicherungsmarktes.

### 3 Turbulenzen im Sommer 2004

Im Sommer 2004 kam es zu kurzfristigen Unsicherheiten im russischen Bankensektor. Die Zentralbank hatte der Sodbusinessbank im Mai 2004 die Lizenz entzogen. Das Kreditinstitut hatte nach Auffassung der Zentralbank gegen das 2002 erlassene Geldwäschegesetz verstoßen. Der Entzug der Lizenz wurde von Beobachtern als sicheres Zeichen dafür gewertet, dass es Russland ernst meint mit der Bekämpfung der Geldwäsche. Russland war 2002 von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) von der Liste derjenigen Länder gestrichen worden, die nicht entschieden gegen die Geldwäsche vorgehen.

Obwohl es sich bei der Sodbusinessbank um ein kleines Institut handelte (ca. 0,15 % der russischen Einlagen), traten in der Folge erhebliche Unsicherheiten am Markt zutage. Auch wenn dies angesichts der Struktur des Bankensystems (dominierende Rolle der Sberbank, vergleichsweise geringe Marktanteile bei kleinen Instituten) und der Größe der Einlagen gesamtwirtschaftlich kaum ins Gewicht fällt, kam es in der Folge zu einem Sperren von Linien der Banken untereinander und zu einer Austrocknung der Liquidität am Interbankenmarkt.

Kritisch war vor allem der Run auf die Guta-Bank (eine der 25 größten Banken, inzwischen zu 86 % von der staatlichen Vneshtorgbank übernommen) und auf die Alfa-Bank, die größte Privatbank. Die Alfa-Bank konnte den Run erfolgreich abwehren. Allerdings sah sie sich gezwungen, zeitweilig eine (umstrittene) Kom-

missionsgebühr in Höhe von 10 % für vorzeitige Abhebungen einzuführen. In Russland werden Depositen überwiegend kurzfristig gehalten. Selbst bei längerfristigen Anlagen ist eine Kündigung jederzeit möglich. Diese stellen deshalb auch keine ausreichende Refinanzierungsbasis für die Banken dar.

Bei der Alfa-Bank hatten die Privatkunden gut 250 Mio. US-Dollar abgezogen. Dies entsprach etwa einem Fünftel der Retail-Einlagen. Die Konten von Firmenkunden verringerten sich um gut 420 Mio. US-Dollar. Der Bestand an Assets der Alfa-Bank lag 2003 bei gut 5,8 Mrd. US-Dollar, der Bestand an Depositen bei rund 4,8 Mrd. US-Dollar.

Eine wichtige Ursache dieser Spannungen dürfte neben dem härteren Durchgreifen gegen Geldwäsche auch die veränderte Bankengesetzgebung sein. Diese verpflichtet die Institute, im Rahmen ihrer Zulassung zum Einlagensicherungssystem die Herkunft ihrer Einlagen sowie ihre Eigentümerstruktur offen zu legen. Gerade der letzte Punkt kann angesichts des oft hohen Anteils an Off-shore-Kapital bei russischen Banken problematisch für die Institute werden.

Die Zentralbank, die mit der Umsetzung der Gesetzesmaßnahmen betraut ist, schätzt, dass bis zu 500 vor allem kleinere Banken Schwierigkeiten haben werden, die verschärften Anforderungen zu erfüllen.

### 4 Besteht die Gefahr einer erneuten Finanzkrise?

Alles in allem war die Schließung von Geschäftsbanken durch die russische Zentralbank für die meisten Beobachter keine Überraschung, sondern wurde vielmehr als Teil des notwendigen Bereinigungsprozesses gesehen. Die Gefahr eines Zusammenbruchs des Bankensektors bestand zu keiner Zeit.

Allerdings dürfte vor allem der Fall der Guta-Bank bei der Bevölkerung für einen Vertrauensschock gesorgt haben. Es kann nicht

ausgeschlossen werden, dass die Entwicklungen im Sommer 2004 im Bankenbereich Erinnerungen an die Finanzkrise von 1998 (damals hatte Russland den Schuldendienst eingestellt; die Folgen der Krise waren weltweit zu spüren gewesen) geweckt haben. Ein Indiz dafür dürfte insbesondere der Abzug von Einlagen bei der Alfa-Bank gewesen sein. Ein Großteil der abgezogenen Mittel dürfte wohl der Sberbank zugeflossen sein.

Letztlich beruhigte sich die Situation relativ schnell, nachdem die Zentralbank Liquidität zur Verfügung stellte. So senkte sie u. a. die Mindestreservebestimmung für Rubel-Einlagen von 7% auf 3,5%. Die Duma beschloss im Juli Staatsgarantien für Einlagen (für Privatpersonen) bis zu 100 000 Rubel (etwa 3 300 US-Dollar). Die Garantie gilt rückwirkend bis zum 27. Dezember 2003, dem Datum der Verabschiedung des Einlagensicherungsgesetzes. Begünstigt sind auch Kunden von Banken, die nicht dem Einlagensicherungssystem angehören. Damit werden u. a. auch Einleger der Sodbusinessbank entschädigt. Diese Staatsgarantie, die bis auf weiteres bestehen bleiben soll, ist dem Einlagensicherungsgesetz gegenüber nachrangig. Oberstes Ziel bleibt, alle Banken – nach Abschluss des Zulassungsverfahrens – in den Einlagensicherungsverbund einzu beziehen. Spätestens dann dürfte die Staatsgarantie hinfällig sein.

Entscheidend ist auch, dass sich die makroökonomische Situation Russlands deutlich verbessert hat. Russland ist derzeit eines der wenigen Länder weltweit, die gleichzeitig hohes Wachstum, einen Budget- und Leistungsbilanzüberschuss und eine sinkende Inflationsrate vorweisen können. Der hohe Ölpreis ermöglichte 2003 einen Leistungsbilanzüberschuss von 8,3% des BIP (2002 lag der Überschuss in der Leistungsbilanz bei 8,9%). Im föderalen Budget 2003 konnte ein Überschuss von 1,4% des Bruttoinlandsprodukts verzeichnet werden. Für das Jahr 2004 wird ein Haushaltsüberschuss von 1% bis 1,5% angestrebt (nach den ersten sieben Mona-

ten des Jahres 2004 lag dieser allerdings schon bei 3,2% des BIP), bei einem erwarteten durchschnittlichen Ölpreis von 28 US-Dollar/Barrel. Parallel zum Haushalt 2004 wurde in einem Ergänzungsgesetz zum Haushaltskodex die Einrichtung eines Stabilitätsfonds verabschiedet. Aufgabe des Fonds ist die Sicherung der Haushaltsausgaben bei fallenden Ölpreisen (Nebeneffekt: Stabilisierung großer Dollar-Zuflüsse mit beruhigender Wirkung auf Wechselkurs und Inflation).

Hinzu kommt, dass die Devisenreserven Russlands – nicht zuletzt infolge der international hohen Energiepreise – kräftig aufgestockt werden konnten. Verfügte das Land 1998 über Reserven in Höhe von knapp 10 Mrd. US-Dollar, so sind es aktuell mehr als 100 Mrd. US-Dollar.

## 5 Fazit: Eine weitere Konsolidierung des russischen Bankensektors ist unvermeidlich

Der Finanzsektor in Russland hat die kurzzeitigen Turbulenzen im Sommer alles in allem überstanden. Gerade im Vergleich zu 1998 zeigte sich, dass das russische Bankensystem heute wesentlich besser aufgestellt ist und an Stabilität gewonnen hat. Die insgesamt gute Wirtschafts- und Finanzlage hat zudem dazu beigetragen, dass ausländische Investoren zu keinem Zeitpunkt mit einer Systemkrise rechneten.

Angesichts der neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen und des konsequenten Umsetzens der Gesetzespakete durch die Zentralbank wird der Finanzsektor – vor allem durch die damit verbundenen Verbesserungen im Bereich der Transparenz – weiter an Stabilität gewinnen. Kurzfristig kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Bereinigung im Bankensektor zu begrenzten Instabilitäten führt. Die Gründe liegen weniger in der gegenwärtigen Struktur des Bankensystems als vielmehr im noch immer begrenzten Vertrauen der Bevölkerung in die Sicherheit des Systems insgesamt.

Hier spielen die Erfahrungen von 1998 eine wichtige Rolle. Die Umsetzung des Einlagensicherungsfonds hat deshalb große Bedeutung.



Die Erfahrungen im Sommer zeigen aber auch, dass der Prozess der Bereinigung im Bankensektor behutsam gesteuert und offen kommuniziert werden muss. Insbesondere der Run auf die Alfa-Bank zeigt, dass die Zentralbank frühzeitig die Bevölkerung über die Zielsetzung ihres Vorgehens informieren und Ängste hinsichtlich eines Verlustes von Spareinlagen zerstreuen muss. Dies dürfte eine der wichtigsten Lehren aus den aktuellen Entwicklungen und den Erfahrungen von 1998 sein.

Der russische Markt bietet angesichts der dynamischen Wirtschaftsentwicklung, auch wenn sie derzeit vor allem den hohen Ölpreisen zu verdanken ist, interessante Perspektiven. Entscheidend ist dabei, dass sich bei der Struktur des Wachstums allmählich Änderungen abzeichnen beginnen. So wuchsen die Anlageinvestitionen 2003 nach 3% im Jahr 2002 wieder kräftiger und erreichten fast 13% Zuwachs. Die dringend erforderliche Modernisierung des Kapitalstocks der russischen Wirtschaft scheint damit an Fahrt zu gewinnen. Dies alles schlägt sich auch am Kapitalmarkt nieder.

Zentralbank und Finanzministerium haben wichtige Fortschritte bei der Entwicklung der strukturellen und rechtlichen Rahmenbedingungen erzielen können und ein günstiges Klima für in- und ausländische Investitionen geschaffen. Es kommt jetzt darauf an, den Kurs bei den Finanzmarktreformen fortzusetzen. Russland braucht einen funktionierenden und transparenten Finanzsektor, um die notwendige Umgestaltung seiner Wirtschaft voranzubringen.





# Bundesanstalt für Immobilienaufgaben startete zum 1. Januar 2005

1	Einführung .....	81
2	Entstehungsgeschichte und Ziele .....	81
3	Sitz, Aufgaben und Rahmenorganisation .....	82
4	Innere Organisation der BImA .....	84
5	Aufgabenschwerpunkte und Ausblick .....	85

## 1 Einführung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner Sitzung am 29. Oktober 2004 den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Gründung einer Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) in der vom Haushaltsausschuss veränderten Fassung beschlossen. Nachdem das Gesetz im November 2004 den Bundesrat ohne Einspruch passiert hat, ist das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren beendet. Mit In-Kraft-Treten des Gesetzes zum 1. Januar 2005 ist die Bundesvermögensverwaltung in die BImA, eine bundesunmittelbare rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen, überführt worden.

## 2 Entstehungsgeschichte und Ziele

Die bisherige Bundesvermögensverwaltung hatte einen dreistufigen Aufbau:

- Oberste Dienstbehörde war das Bundesministerium der Finanzen – Abteilung VI.
- Zur Mittelinstanz gehörten die Bundesvermögensabteilungen der Oberfinanzdirektionen.
- Als örtliche Dienststellen waren Bundesvermögensämter und Bundesforstämter eingerichtet.

Im Rahmen des Programms der Bundesregierung „Moderner Staat – moderne Verwaltung“ wurde die Bundesvermögensverwaltung



und einer Organisations- und Aufgabenkritik unterzogen. Als Ergebnis dieser Untersuchungen wurde festgestellt, dass Handlungsbedarf für eine Umgestaltung der Bundesvermögensverwaltung nach dem Vorbild der Privatwirtschaft besteht. Darüber hinaus wurde im Interesse eines sparsamen Umgangs mit der Ressource Immobilie die Notwendigkeit gesehen, die Verwaltung solcher Liegenschaften, die von Dienststellen der Bundesverwaltung zur Erfüllung ihrer Aufgaben genutzt werden (Dienstliegenschaften), in einer Einrichtung zu bündeln.

Das Gesetz zur Gründung einer BImA setzt diese Erkenntnisse um. Es löst die Organisationseinheiten der Bundesvermögensverwaltung auf und überträgt deren liegenschaftsbezogene und sonstige Aufgaben sowie grundsätzlich auch die Verwaltung der Dienstliegenschaften zur eigenverantwortlichen Wahrnehmung der BImA. Dementsprechend hat sie das Ziel, eine einheitliche Verwaltung des Liegenschaftsvermögens des Bundes nach kaufmännischen Grundsätzen vorzunehmen und nicht betriebsnotwendiges Vermögen wirtschaftlich zu veräußern.

Damit sind neue Rahmenbedingungen für ein wertorientiertes, wirtschaftliches und ganzheitliches Immobilienmanagement des Bundes geschaffen. Die Bundesanstalt bietet im Vergleich zu anderen Organisationsformen wegen ihrer Stellung außerhalb der unmittelbaren Bundesverwaltung die größte unternehmerische Flexibilität. Ihr ist es daher möglich, nach den Standards der modernen Immobilienwirtschaft zu operieren.

Die BImA wird alles tun, um die ihr übertragenen Aufgaben effektiv und effizient zu erledigen. Ihre Arbeitsweisen und Steuerungsmethoden werden betriebswirtschaftlich ausgerichtet. Sie erhält eine Spartenorganisation mit ergebnisverantwortlichen Geschäftsbereichen. Die Hierarchieebenen werden gegenüber der früheren Bundesvermögensverwaltung abgeflacht. Sie versteht sich als Dienstleistungsunternehmen des Bundes.

Die Neuorganisation der BImA ist ein Einzelprojekt der „Initiative Bürokratieabbau“ der Bundesregierung.



### 3 Sitz, Aufgaben und Rahmenorganisation

#### Sitz

Die BImA hat ihren Sitz in Bonn. Zur Erledigung der örtlichen Aufgaben hat sie regionale Außenstellen eingerichtet, die als Haupt- oder Nebenstellen organisiert sind. Zum Start ist sie an den Standorten Berlin, Rostock, Magdeburg, Erfurt, Koblenz, München, Potsdam, Dortmund und Freiburg mit Hauptstellen vertreten. Darüber hinaus bleiben bis auf weiteres an den bisheri-

gen Standorten der Bundesvermögensverwaltung Nebenstellen erhalten, so dass die BImA – wie die Bundesvermögensverwaltung – flächen- deckend vertreten sein wird.

#### Aufgaben

Die BImA hat eigenverantwortlich die zuvor der Bundesvermögensverwaltung übertragenen liegenschaftsbezogenen und sonstigen Aufgaben zu erfüllen.

Zu den liegenschaftsbezogenen Aufgaben gehören insbesondere:

- die Deckung des Grundstücks- und Raumbedarfs für Bundeszwecke,
- die Verwaltung und Verwertung von Grundstücken, die nicht für Verwaltungszwecke des Bundes benötigt werden,
- die Verwaltung von Dienstliegenschaften im Bereich der Bundesfinanzverwaltung,
- forstliche Dienstleistungen einschließlich forstlicher Bewirtschaftung und naturschutzfachlicher Betreuung des Liegenschaftsvermögens des Bundes.

Zu den sonstigen Aufgaben gehören insbesondere:

- die Wahrnehmung der Grundstücksinteressen der Gaststreitkräfte im Rahmen des NATO-Truppenstatuts und ähnlicher Regelungen einschließlich der Abgeltung von Restwerten und Schäden,
- die Ermittlung und Zahlung von Fluglärm- entschädigungen,
- die Wohnungsfürsorge für Bundesbedienstete.

Neu hinzugekommen ist die Aufgabe, ein ressortübergreifendes einheitliches Immobilienmanagement innerhalb der Bundesverwaltung einzurichten. Künftig sollen grundsätzlich alle dienstlich genutzten inländischen Liegenschaften des Bundes – also auch solche außerhalb der Bundesfinanzverwaltung – durch die BImA bewirtschaftet und verwaltet werden. Dabei wird nach dem „Vermieter-Mieter-Modell“ verfahren. Das heißt, die einzelnen Objekte wer-

den den bisherigen Nutzern gegen Zahlung eines Nutzungsentgeltes – das ihnen vom Haushalt zusätzlich bewilligt wird – überlassen, was zum wirtschaftlicheren Umgang mit den Ressourcen führen wird.

Die Übernahme der Betreuung der Dienstliegenschaften durch die BImA erfolgt in Absprache mit den abgebenden Bundesbehörden schrittweise ab dem Jahr 2006 bis 2010 mit gleichzeitigem Übergang des dinglichen Eigentums. Die abgebenden Bundesbehörden können sich durch diese Entlastung auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Der Bund folgt damit dem Beispiel der Privatwirtschaft und verschiedener Länder und Kommunen, wo das „Immobilien-Know-how“ in der Regel schon länger in einer Hand liegt.

### Vermögen und Vertretung

Der Bundesanstalt wurde mit Wirkung vom 1. Januar 2005 das Eigentum an sämtlichen Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und beschränkten dinglichen Rechten der Bundesrepublik Deutschland übertragen, welche zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen gehören. Hinzu kommt sukzessive das Eigentum an den von den anderen Bundesressorts zu übernehmenden Dienstliegenschaften. Aufgrund der Eigentümerfunktion ist die BImA antragsberechtigt im Sinne der Grundbuchordnung. Die BImA ist befugt, die Bundesrepublik Deutschland im Rechtsverkehr zu vertreten, soweit es sich um ihr übertragene Aufgaben handelt.

### Aufsicht

Die BImA untersteht der Rechts- und Fachaufsicht des Bundesministeriums der Finanzen. Soweit sie Aufgaben aus verbleibenden Geschäftsbereichen eines anderen Bundesministeriums erledigt, übt dieses die Rechts- und Fachaufsicht aus.

### Organe und Satzung

Die BImA wird von einem dreiköpfigen Vorstand geleitet und vertreten. Auch dadurch wird deutlich, dass sie keinen Behörden-, sondern Unternehmenscharakter hat. Die Mitglieder des Gründungs-Vorstandes sind:

- Herr Dr. Hans Hinrich Schroeder-Hohenwarth – als Sprecher des Vorstandes –,
- Herr Dirk Kühnau,
- Herr Karl Rolfes.

Bei der BImA wird ein Verwaltungsrat gebildet. Dieser berät und unterstützt den Vorstand. Näheres zum Vorstand, dem Verwaltungsrat, zur Organisation und Wirtschaftsführung sind in der Satzung sowie in den Wirtschaftsführungsbestimmungen geregelt.

### Finanzbedarf, Wirtschaftsführung, Buchung

Die BImA deckt ihren Finanzbedarf aus den Erträgen der Verwaltung und Verwertung des ihr übertragenen Bundesvermögens und aus vereinbarten Erstattungen. Sie ist nicht berechtigt, am Markt Kredite aufzunehmen; notwendige Kredite gewährt der Bund nach Maßgabe des Haushaltsrechts. Die BImA bucht nach den Regeln der kaufmännischen Buchführung, so dass im Gegensatz zur Kameralistik Kosten und Erträge ebenso transparent darzustellen sind wie auch Rentabilität und Wertzuwachs beziehungsweise Wertverzehr. Der Vorstand stellt vor Beginn des Geschäftsjahres einen Wirtschaftsplan mit Vorschau-Gewinn- und Verlustrechnung, Investitionsplanung und Personalplanung auf. Außerdem stellt er für jedes Geschäftsjahr einen Jahresabschluss mit Gewinn- und Verlustrechnung, einen Lagebericht nach handelsrechtlichen Grundsätzen sowie eine Liquiditätsrechnung auf.

### Informationstechnologie (IT)

Zur Unterstützung der Umgestaltung der Bundesvermögensverwaltung in eine unternehmerisch

geführte Bundesanstalt werden derzeit die Buchungsgrundlagen mit Hilfe eines professionellen IT-Systems geschaffen. Wegen seiner Grundlagenfunktion trägt dieses System den Titel „Basis- und Liegenschafts-Informationssystem und Management-System“ (BALIMA) und wird schrittweise bis Ende 2005 eingeführt. Mit BALIMA erhält die BImA ein hochintegriertes, dem Industriestandard entsprechendes Arbeitsinstrument für jeden Bedarf und alle Ebenen. In ihm werden beispielsweise das kaufmännische Rechnungswesen und Controlling, Zahlungsverfahren, Daten, Regelwerke und bisherige IT-Lösungen zusammengeführt.

### Personal

Der BImA stehen zur Erledigung ihrer Aufgaben rd. 6 000 Beschäftigte zur Verfügung. Sie setzen sich im Wesentlichen aus den Bediensteten der früheren Bundesvermögensverwaltung zusammen, die zeitgleich mit der Aufgabenübertragung gesetzlich auf die neue Bundesanstalt übergeleitet wurden. Hinzu kommen Bedienstete aus der Abteilung VI des Bundesministeriums der Finanzen, die zum 1. Januar 2005 ebenfalls aufgelöst worden ist. Bei den Beschäftigten handelt es sich um Beamtinnen und Beamte sowie Angestellte, Arbeiterinnen, Arbeiter und Auszubildende. Für die Beamtinnen und Beamten gelten die allgemeinen Beamtenrechtsregelungen. Hinsichtlich der Angestellten, Arbeiterinnen, Arbeiter und Auszubildenden tritt die BImA in die Rechte und Pflichten der Arbeitsverhältnisse ein; für sie sind die jeweils für die Bundesverwaltung geltenden Tarifverträge und sonstigen Bestimmungen anzuwenden. Den Beschäftigten wurde zugesichert, dass für die Umstrukturierung die im Rahmen des Projekts „Strukturentwicklung Bundesfinanzverwaltung“ erarbeiteten Grundsätze der sozial verträglichen Umsetzung gelten.

Um den steigenden Anforderungen und den inhaltlichen Veränderungen an den Arbeitsplätzen zu begegnen, sind Qualifizierungsmaßnahmen

erforderlich. Den Beschäftigten werden daher sowohl allgemeine Schulungen als auch geschäfts-feldbezogene Fachschulungen angeboten.

## 4 Innere Organisation der BImA

### Aufbauorganisation

Die BImA hat aufgrund ihres betriebswirtschaftlich ausgerichteten Charakters eine seit langem in privatwirtschaftlichen Unternehmen bewährte Spartenorganisation erhalten. Die Aufgaben wurden in operative Sparten und Querschnittssparten gegliedert.

Als **operative Sparten** sind folgende Geschäftsbereiche eingerichtet:

- Portfoliomanagement,
- Verkauf,
- Facility-Management,
- Bundesforst,
- Verwaltungsaufgaben.

Zu den **Querschnittssparten**, die in erster Linie Dienstleister der Geschäftsbereiche sind, gehören folgende Bereiche:

- Finanzen,
- Informationstechnik,
- Organisation und Personal.

Die operativen Sparten nehmen in den Geschäftsbereichen Verkauf, Facility-Management und Bundesforst ihre Aufgaben sowohl in der Zentrale als auch in Haupt- und Nebenstellen wahr. Die operativen Sparten Portfoliomanagement und Verwaltungsaufgaben werden in der Zentrale angesiedelt, die sich wie die Querschnittsbereiche nicht nur aus Gründen der Sozialverträglichkeit, sondern auch aus fachlichen Gründen für die Erledigung der Aufgaben vor Ort Nebenstellen bedient.

### Ergebnis-, Organisations- und Personalverantwortung

Der betriebswirtschaftliche Charakter der BImA bedeutet, dass jeder Geschäfts- und Querschnitts-

bereich die Ergebnisverantwortung für den wirtschaftlichen Erfolg trägt (Profit-Center). Deshalb erscheint es folgerichtig, im Endausbau jeder Sparte neben der Fachverantwortung auch die eigenständige Entscheidungsbefugnis in Organisations- und Personalangelegenheiten ihres Aufgabenbereichs zu übertragen.

Für die Startphase wurde im Interesse einer flexiblen Personaldurchlässigkeit und zur Förderung des Umstrukturierungsprozesses die alleinige Personalverantwortung der Sparten aber eingeschränkt; sie liegt bis auf weiteres auf der Ebene der Hauptstellen bei dem Vertreter des Querschnittsbereiches „Organisation und Personal“. Sobald ausreichend Erfahrungen vorliegen, wird zu prüfen sein, ob auch hinsichtlich der Personalverantwortung ein Übergang zu der reinen Spartenlösung erreicht werden kann, um die volle Verantwortung auf die Profit-Center zu verlagern.

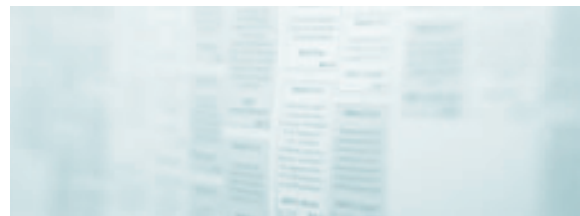
In der Zentrale ist jede Sparte für das bundesweite Ergebnis in ihrem Aufgabenbereich verantwortlich. Sie steuert die Fachaufgaben durch Zielabsprachen (Planungen) mit den Hauptstellen oder – wenn Hauptstellen nicht bestehen – direkt mit den Nebenstellen. Jede Hauptstelle ist ihrerseits für das Erreichen der mit der Zentrale abgesprochenen Ziele ergebnisverantwortlich.

### Innerbetriebliches Steuerungsmodell

Die Zusammenarbeit sowie die Verantwortung der Geschäftsbereiche werden durch das innerbetriebliche Steuerungsmodell unter betriebswirtschaftlichen Prämissen festgelegt. Verantwortlich für die Aufteilung des Gesamtportfolios in einen Vermietungs- und Verkaufsbestand und für die Zuteilung an die Geschäftsbereiche Verkauf (Verkaufsbestand), Facility-Management und Bundesforst ist das Portfolio-Management. Die Zuteilung erfolgt anhand kontinuierlicher Portfolio-Analysen. Jeder Geschäftsbereich ist für die ihm zugewiesenen Liegenschaften ergebnisverantwortlich.

Der Geschäftsbereich Bundesforst ist für die Zwischenbewirtschaftung der land- und forstwirtschaftlichen Liegenschaften verantwortlich. Die interne Steuerung erfolgt entsprechend dem Vermietungs- und Verkaufsbestand. Im Übrigen ist Bundesforst ressortübergreifender Dienstleister für ein umfassendes Gelände- und Umweltmanagement auf den Liegenschaften des Bundes. Er nimmt auf den betreuten Flächen die forstliche Bewirtschaftung einschließlich Jagd- und Fischereinutzung sowie die für den Bund relevanten Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege wahr. Bei den betreuten Flächen handelt es sich überwiegend um Liegenschaften der Bundeswehr und der ausländischen Streitkräfte.

Auch die Einbeziehung der Verwaltungsaufgaben in die BImA erfordert eine rechnerische und organisatorische Abgrenzung der einzelnen Geschäftsbereiche.



## 5 Aufgabenschwerpunkte und Ausblick

In den nächsten Jahren wird der wert- und renditeorientierte Verkauf der für Zwecke des Bundes entbehrlichen Liegenschaften im Vordergrund stehen. Das von der BImA betreute Immobilienportfolio umfasst derzeit rd. 37 000 Liegenschaften unterschiedlichster Art mit einer Fläche von rd. 300 000 Hektar sowie rd. 70 000 Wohnungen. Das Spektrum an Grundbesitz reicht von Bunkern, Waldflächen über größere Wohnkomplexe und Einfamilienhäuser bis hin zu ehemals militärisch genutzten Großliegenschaften. Die angestrebte Vermarktung

eröffnet sowohl für Großinvestoren als auch für Einzelne interessante Nutzungsperspektiven und Entwicklungspotenziale. Parallel dazu hat die Schaffung eines ressortübergreifenden „Einheitlichen Liegenschaftsmanagements“ (ELM) herausragende Bedeutung; dieses Aufgabenfeld wird daher eine besondere Aufmerksamkeit erhalten und die BImA nachhaltig prägen.

Zusammenfassend wird sich die BImA mittelfristig zum zentralen Dienstleister für die Immobilien des Bundes entwickeln. Mit ihrer unternehmerischen Organisationsstruktur nach dem Vorbild der Privatwirtschaft ist sie für die Zukunft gut gerüstet.

Weitere Informationen sowie das BImA-Errichtungsgesetz finden sich im Internet unter [www.bima-online.de](http://www.bima-online.de).



## Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	90
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	110
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	114





# Statistiken und Dokumentationen

## Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung 90

1	Kreditmarktmittel des Bundes nach Eingliederung der Sondervermögen	90
2	Gewährleistungen	91
3	Bundeshaushalt 2000 bis 2005	91
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005	92
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005	94
6	Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1999 bis 2005	98
7	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2005	100
8	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	102
9	Entwicklung der öffentlichen Schulden	103
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	104
11	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	105
12	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	106
13	Steuerquoten im internationalen Vergleich	107
14	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	108
15	Entwicklung der EU-Haushalte von 2000 bis 2005	109

## Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte 110

1	Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2004 im Vergleich zum Jahressoll 2004	110
2	Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2004	110
3	Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis November 2004	111
4	Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2004	112

## Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 114

1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	114
2	Preisentwicklung	114
3	Außenwirtschaft	115
4	Einkommensverteilung	115
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	116
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	117
7	Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	118
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern	119
9	Entwicklung von DAX und Dow Jones	120
10	Übersicht Weltfinanzmärkte	121

# Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Kreditmarktmittel nach Eingliederung der Sondervermögen<sup>1</sup>

### I. Schuldenart

	Stand: 30. November 2004 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand: 31. Dezember 2004 <sup>2</sup> Mio. €
Anleihen	473 758	0	0	473 758
Bundesobligationen	162 315	0	0	162 315
Bundesschatzbriefe	10 730	169	84	10 815
Bundesschatzanweisungen	104 462	7 000	14 000	97 462
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 839	5 937	5 937	35 840
Finanzierungsschätze	1 085	81	98	1 069
Schuldscheindarlehen	37 594	365	1 168	36 791
Medium Term Notes Treuhand	342	0	0	342
<b>Gesamte umlaufende Schuld</b>	<b>826 125</b>			<b>818 392</b>

### II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 30. November 2004 Mio. €	Stand: 31. Dezember 2004 <sup>2</sup> Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	149 690	146 899
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	272 710	267 419
langfristig (mehr als 4 Jahre)	403 725	404 074
<b>Gesamte umlaufende Schuld</b>	<b>826 125</b>	<b>818 392</b>

<sup>1</sup> Unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle und Bundeseisenbahnvermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999.

<sup>2</sup> Vorläufig.

## 2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2004	Ausnutzung am 31. Dezember 2004	Ausnutzung am 31. April 2003
	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	103,2	102,9
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	40,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschaftsbereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	42,0	29,2	29,0
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	113,0	62,7	64,1

## 3 Bundeshaushalt 2000 bis 2005 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll <sup>1</sup>
	Mrd. €					
<b>1. Ausgaben</b>	<b>244,4</b>	<b>243,2</b>	<b>249,3</b>	<b>256,7</b>	<b>251,6</b>	<b>254,3</b>
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	1,1
<b>2. Einnahmen</b>	<b>220,5</b>	<b>220,2</b>	<b>216,6</b>	<b>217,5</b>	<b>211,8</b>	<b>232,0</b>
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	9,5
darunter:						
Steuereinnahmen	198,8	193,8	192,0	191,9	187,0	190,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	2,0
<b>3. Finanzierungsdefizit</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 22,9</b>	<b>- 32,7</b>	<b>- 39,2</b>	<b>- 39,8</b>	<b>- 22,3</b>
<b>Zusammensetzung des Finanzierungsdefizits</b>						
<b>4. Bruttokreditaufnahme (-)</b>	<b>149,7</b>	<b>130,0</b>	<b>175,3</b>	<b>192,3</b>	<b>199,6</b>	<b>217,3</b>
<b>5. Tilgungen (+)</b>	<b>125,9</b>	<b>107,2</b>	<b>143,4</b>	<b>153,7</b>	<b>160,0</b>	<b>195,3</b>
<b>6. Nettokreditaufnahme</b>	<b>- 23,8</b>	<b>- 22,8</b>	<b>- 31,8</b>	<b>- 38,7</b>	<b>- 39,5</b>	<b>- 22,0</b>
<b>7. Münzeinnahmen</b>	<b>- 0,1</b>	<b>- 0,0</b>	<b>- 0,9</b>	<b>- 0,6</b>	<b>- 0,3</b>	<b>- 0,3</b>
<b>8. Finanzierungssaldo</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 22,9</b>	<b>- 32,7</b>	<b>- 39,2</b>	<b>- 39,8</b>	<b>- 22,3</b>
in % der Ausgaben	9,8	9,4	13,1	15,3	15,8	8,8
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	28,1	27,3	24,7	25,7	22,4	22,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	1,6
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,6	3,6	3,5	3,5	0,2	2,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> Stand 2./3. Lesung Bundestag vom 23. November 2004.

Stand: Januar 2005.

## 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005

Ausgabeart	2000 Ist	2001 Ist	2002 Ist	2003 Ist	2004 Ist	2005 Soll
Mio. €						
<b>Ausgaben der laufenden Rechnung</b>						
<b>Personalausgaben</b>	<b>26 517</b>	<b>26 807</b>	<b>26 986</b>	<b>27 235</b>	<b>26 758</b>	<b>26 865</b>
Aktivitätsbezüge	20 275	20 474	20 551	20 696	20 332	20 147
Ziviler Bereich	8 196	8 430	8 495	8 532	8 748	8 621
Militärischer Bereich	12 079	12 044	12 056	12 164	11 584	11 525
Versorgung	6 242	6 333	6 435	6 539	6 426	6 718
Ziviler Bereich	2 572	2 581	2 579	2 576	2 463	2 524
Militärischer Bereich	3 670	3 752	3 855	3 963	3 963	4 194
<b>Laufender Sachaufwand</b>	<b>20 822</b>	<b>18 503</b>	<b>17 058</b>	<b>17 192</b>	<b>16 878</b>	<b>17 354</b>
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 641	1 619	1 643	1 604	1 522	1 478
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 335	7 985	8 155	7 905	7 985	8 122
Sonstiger laufender Sachaufwand	11 846	8 899	7 260	7 683	7 371	7 754
<b>Zinsausgaben</b>	<b>39 149</b>	<b>37 627</b>	<b>37 063</b>	<b>36 875</b>	<b>36 274</b>	<b>38 875</b>
an andere Bereiche	39 149	37 627	37 063	36 875	36 274	38 875
Sonstige	39 149	37 627	37 063	36 875	36 274	38 875
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	39 104	37 582	37 019	36 830	36 230	38 830
an Ausland	3	3	3	3	3	4
<b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>	<b>126 846</b>	<b>132 359</b>	<b>143 514</b>	<b>149 304</b>	<b>148 950</b>	<b>150 225</b>
an Verwaltungen	16 106	13 257	14 936	15 797	14 797	13 015
Länder	5 650	5 580	6 062	6 503	6 735	7 705
Gemeinden	194	241	236	250	238	59
Sondervermögen	10 259	7 435	8 635	9 042	7 823	5 250
Zweckverbände	2	2	2	2	1	1
an andere Bereiche	110 740	119 102	128 578	133 508	134 153	137 210
Unternehmen	13 271	16 674	16 253	15 702	15 062	16 516
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	21 455	20 668	22 319	23 666	25 396	22 223
an Sozialversicherung	72 590	78 143	86 276	90 560	90 079	94 560
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	746	672	814	797	783	855
an Ausland	2 674	2 940	2 911	2 776	2 828	3 051
an Sonstige	4	5	5	5	5	5
<b>Summe Ausgaben der laufenden Rechnung</b>	<b>213 333</b>	<b>215 296</b>	<b>224 622</b>	<b>230 606</b>	<b>228 860</b>	<b>233 318</b>
<b>Ausgaben der Kapitalrechnung</b>						
<b>Sachinvestitionen</b>	<b>6 732</b>	<b>6 905</b>	<b>6 746</b>	<b>6 696</b>	<b>6 891</b>	<b>6 734</b>
Baumaßnahmen	5 580	5 551	5 358	5 298	5 466	5 372
Erwerb von beweglichen Sachen	779	882	960	894	922	917
Grunderwerb	373	473	427	504	503	445
<b>Vermögensübertragungen</b>	<b>19 506</b>	<b>17 085</b>	<b>14 550</b>	<b>16 197</b>	<b>12 912</b>	<b>12 940</b>
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	16 579	16 509	13 959	15 833	12 556	12 545
an Verwaltungen	10 011	9 496	6 336	7 998	5 607	5 429
Länder	9 925	9 431	6 268	5 382	5 516	5 354
Gemeinden und Gemeindeverbände	86	65	68	73	91	69
Sondervermögen	0	0	0	2 543	0	6
an andere Bereiche	6 568	7 013	7 623	7 835	6 949	7 116
Sonstige – Inland	4 729	5 370	5 819	5 867	4 931	5 094
Ausland	1 839	1 643	1 803	1 967	2 018	2 022
Sonstige Vermögensübertragungen	2 926	577	592	365	356	395
an andere Bereiche	2 926	577	592	365	356	395
Unternehmen – Inland	101	167	44	0	1	0
Sonstige – Inland	2 542	183	351	167	153	173
Ausland	284	227	196	198	202	222

#### 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005

Ausgabeart	2000 Ist	2001 Ist	2002 Ist	2003 Ist	2004 Ist	2005 Soll
	Mio. €					
<b>Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen</b>	<b>4 835</b>	<b>3 859</b>	<b>3 369</b>	<b>3 203</b>	<b>2 932</b>	<b>3 466</b>
Darlehensgewährung	4 205	3 185	2 729	2 665	2 383	2 907
an Verwaltungen	197	166	154	106	68	46
Länder	195	166	154	106	68	46
Gemeinden	1	0	0	0	0	0
an andere Bereiche	4 008	3 019	2 574	2 559	2 315	2 860
Inland (auch Gewährleistungen)	2 998	1 841	1 543	1 603	1 384	1 877
Ausland	1 010	1 178	1 031	956	931	983
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	630	674	640	538	548	559
Inland	19	24	53	15	1	0
Ausland	611	651	587	523	547	559
<b>Summe Ausgaben der Kapitalrechnung</b>	<b>31 072</b>	<b>27 850</b>	<b>24 664</b>	<b>26 097</b>	<b>22 734</b>	<b>23 140</b>
Darunter: Investive Ausgaben	28 146	27 273	24 073	25 732	22 378	22 745
<b>Globale Mehr-/Minderausgaben</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>- 2 158</b>
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>244 405</b>	<b>243 145</b>	<b>249 286</b>	<b>256 703</b>	<b>251 594</b>	<b>254 300</b>

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
<b>0 Allgemeine Dienste</b>	<b>47 932</b>	<b>43 739</b>	<b>24 292</b>	<b>13 555</b>	–	<b>5 892</b>
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	7 991	7 740	3 835	1 422	–	2 483
02 Auswärtige Angelegenheiten	5 818	2 792	443	122	–	2 227
03 Verteidigung	27 871	27 484	15 719	10 967	–	798
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 732	2 440	1 774	640	–	26
05 Rechtsschutz	328	310	225	70	–	15
06 Finanzverwaltung	3 192	2 972	2 295	335	–	341
<b>1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>11 714</b>	<b>8 357</b>	<b>450</b>	<b>615</b>	–	<b>7 292</b>
13 Hochschulen	1 882	956	7	5	–	944
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 403	1 403	–	–	–	1 403
15 Sonstiges Bildungswesen	477	418	9	59	–	350
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	6 816	5 293	433	546	–	4 314
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 135	286	1	5	–	281
<b>2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>128 064</b>	<b>127 159</b>	<b>198</b>	<b>347</b>	–	<b>126 615</b>
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	88 886	88 886	35	0	–	88 851
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	4 245	4 242	–	–	–	4 242
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3 923	3 689	–	162	–	3 528
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	29 551	29 420	43	115	–	29 262
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	103	103	–	–	–	103
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 355	819	120	70	–	629
<b>3 Gesundheit und Sport</b>	<b>923</b>	<b>693</b>	<b>230</b>	<b>259</b>	–	<b>205</b>
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	344	315	125	144	–	46
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	344	315	125	144	–	46
32 Sport	132	103	–	22	–	82
33 Umwelt- und Naturschutz	195	148	69	39	–	39
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	251	128	36	54	–	38
<b>4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>1 794</b>	<b>930</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	–	<b>925</b>
41 Wohnungswesen	1 232	889	–	3	–	886
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	–	1	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	46	41	2	–	–	38
44 Städtebauförderung	516	–	–	–	–	–
<b>5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>1 091</b>	<b>597</b>	<b>27</b>	<b>151</b>	–	<b>418</b>
52 Verbesserung der Agrarstruktur	722	276	–	2	–	274
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	136	136	–	60	–	76
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	136	136	–	60	–	76
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	233	185	27	90	–	68

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	Globale Minder- ausgaben	*Darunter: Investive Ausgaben
<b>0 Allgemeine Dienste</b>	<b>1 089</b>	<b>1 519</b>	<b>1 585</b>	<b>4 193</b>	–	<b>4 149</b>
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	249	1	0	251	–	251
02 Auswärtige Angelegenheiten	72	1 411	1 542	3 026	–	3 023
03 Verteidigung	281	106	–	386	–	345
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	292	–	0	292	–	292
05 Rechtsschutz	17	–	–	17	–	17
06 Finanzverwaltung	177	1	42	221	–	221
<b>1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>107</b>	<b>3 251</b>	–	<b>3 357</b>	–	<b>3 356</b>
13 Hochschulen	1	925	–	926	–	926
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	59	–	59	–	59
16 Wissenschaft, Forschung, Entwick- lung außerhalb der Hochschulen	105	1 418	–	1 523	–	1 522
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	849	–	849	–	849
<b>2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>11</b>	<b>892</b>	<b>1</b>	<b>905</b>	–	<b>555</b>
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	3	–	3	–	3
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3	230	1	234	–	8
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	3	128	–	131	–	8
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	5	531	0	536	–	536
<b>3 Gesundheit und Sport</b>	<b>152</b>	<b>78</b>	–	<b>229</b>	–	<b>229</b>
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	21	8	–	29	–	29
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	21	8	–	29	–	29
32 Sport	–	29	–	29	–	29
33 Umwelt- und Naturschutz	15	33	–	48	–	48
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	116	7	–	123	–	123
<b>4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	–	<b>816</b>	<b>48</b>	<b>864</b>	–	<b>864</b>
41 Wohnungswesen	–	295	48	343	–	343
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	5	–	5	–	5
44 Städtebauförderung	–	516	–	516	–	516
<b>5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>7</b>	<b>486</b>	<b>2</b>	<b>495</b>	–	<b>495</b>
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	446	–	446	–	446
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	7	40	2	49	–	49

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
<b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>5 199</b>	<b>2 959</b>	<b>47</b>	<b>383</b>	<b>-</b>	<b>2 529</b>
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	408	384	-	227	-	157
621 Kernenergie	157	157	-	-	-	157
622 Erneuerbare Energieformen	-	-	-	-	-	-
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	252	227	-	227	-	-
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 930	1 910	-	5	-	1 905
64 Handel	102	102	-	63	-	38
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	902	208	-	3	-	205
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 857	355	47	84	-	224
<b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>10 522</b>	<b>3 471</b>	<b>1 065</b>	<b>1 757</b>	<b>-</b>	<b>649</b>
72 Straßen	6 933	917	-	801	-	117
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 372	756	468	237	-	51
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	334	1	-	-	-	1
75 Luftfahrt	182	181	43	9	-	129
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 701	1 616	554	711	-	351
<b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	<b>9 487</b>	<b>5 719</b>	<b>-</b>	<b>19</b>	<b>-</b>	<b>5 700</b>
81 Wirtschaftsunternehmen	4 231	469	-	19	-	450
832 Eisenbahnen	3 736	88	-	4	-	85
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	495	381	-	15	-	366
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 256	5 250	-	-	-	5 250
873 Sondervermögen	5 250	5 250	-	-	-	5 250
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	6	-	-	-	-	-
<b>9 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>37 574</b>	<b>39 694</b>	<b>554</b>	<b>264</b>	<b>38 875</b>	<b>0</b>
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	38	-	-	-	-	-
92 Schulden	38.914	38 914	-	39	38 875	-
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	- 1 378	780	554	226	-	0
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>	<b>254 300</b>	<b>233 318</b>	<b>26 865</b>	<b>17 354</b>	<b>38 875</b>	<b>150 225</b>



## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	Globale Minder- ausgaben	*Darunter: Investive Ausgaben
<b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>1</b>	<b>739</b>	<b>1 500</b>	<b>2 240</b>	–	<b>2 240</b>
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	25	–	25	–	25
621 Kernenergie	–	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	25	–	25	–	25
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	20	–	20	–	20
64 Handel	–	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	694	–	694	–	694
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	–	1 500	1 501	–	1 501
<b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>5 303</b>	<b>1 747</b>	<b>1</b>	<b>7 051</b>	–	<b>7 051</b>
72 Straßen	4 610	1 405	1	6 016	–	6 016
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	617	–	0	617	–	617
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	–	333	–	333	–	333
75 Luftfahrt	0	–	0	0	–	0
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	76	9	0	85	–	85
<b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	<b>64</b>	<b>3 374</b>	<b>330</b>	<b>3 768</b>	–	<b>3 768</b>
81 Wirtschaftsunternehmen	58	3 374	330	3 761	–	3 761
832 Eisenbahnen	–	3 333	315	3 648	–	3 648
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	58	42	15	114	–	114
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	6	–	–	6	–	6
873 Sondervermögen	–	–	–	–	–	–
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	6	–	–	6	–	6
<b>9 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	–	<b>38</b>	–	<b>38</b>	<b>– 2 158</b>	<b>38</b>
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	38	–	38
92 Schulden	–	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	–	– 2 158	–
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>	<b>6 734</b>	<b>12 940</b>	<b>3 466</b>	<b>23 140</b>	<b>– 2 158</b>	<b>22 745</b>

## 6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1999 bis 2005

	1999	2000	2001 <sup>2</sup>	2002 <sup>2</sup>	2003 <sup>2</sup>	2004 <sup>2</sup>	2005 <sup>2</sup>
	Mrd. €						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>1</sup></b>							
Ausgaben	597,2	599,1	603,5	609,5	618,3	620 ½	624
Einnahmen	570,3	565,1	556,3	552,4	549,8	546 ½	570
Finanzierungssaldo	- 26,9	- 34,0	- 47,1	- 57,1	- 68,5	- 74	- 54
darunter:							
Bund							
Ausgaben	246,9	244,4	243,1	249,3	256,7	255 ½	254 ½
Einnahmen	220,6	220,5	220,2	216,6	217,5	212	232
Finanzierungssaldo	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 44	- 22 ½
Länder							
Ausgaben	246,4	250,7	255,1	257,0	258,6	259 ½	260 ½
Einnahmen	238,1	240,4	229,4	227,7	227,0	233	233 ½
Finanzierungssaldo	- 8,3	- 10,4	- 25,7	- 29,3	- 31,7	- 26	- 27
Gemeinden							
Ausgaben	143,7	146,1	147,9	149,2	149,8	151	156
Einnahmen	145,9	148,0	144,0	144,6	141,4	146 ½	151
Finanzierungssaldo	2,2	1,9	- 3,9	- 4,6	- 8,4	- 5	- 5
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %							
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>							
Ausgaben	2,9	0,3	0,7	1,0	1,4	½	½
Einnahmen	3,4	- 0,9	- 1,6	- 0,7	- 0,5	- ½	4 ½
darunter:							
Bund							
Ausgaben	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- ½	- ½
Einnahmen	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2 ½	9 ½
Länder							
Ausgaben	0,7	1,8	1,8	0,7	0,6	½	½
Einnahmen	3,3	0,9	- 4,6	- 0,7	- 0,3	2 ½	0
Gemeinden							
Ausgaben	0,9	1,6	1,3	0,9	0,4	1	3
Einnahmen	0,9	1,4	- 2,7	0,4	- 2,2	3 ½	3

<sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

<sup>2</sup> 2001, 2002, 2003: vorläufiges Ist-Ergebnis; 2004, 2005: Schätzung.

<sup>3</sup> Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Finanzplanungsrat November 2004.

## 6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1999 bis 2005

	1999	2000	2001 <sup>2</sup>	2002 <sup>2</sup>	2003 <sup>2</sup>	2004 <sup>2</sup>	2005 <sup>2</sup>
	Mrd. €						
	Anteile in %						
<b>Finanzierungssaldo</b>							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 1,4	- 1,7	- 2,3	- 2,7	- 3,2	- 3 ½	- 2 ½
darunter:							
Bund	- 1,3	- 1,2	- 1,1	- 1,6	- 1,8	- 2	- 1
Länder	- 0,4	- 0,5	- 1,2	- 1,4	- 1,5	- 1	- 1
Gemeinden	0,1	0,1	0,2	0,2	0,4	0	0
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 4,5	- 5,7	- 7,8	- 9,4	- 11,1	- 12	- 8 ½
darunter:							
Bund	- 10,6	- 9,8	- 9,4	- 13,1	- 15,3	- 17	- 9
Länder	- 3,4	- 4,1	- 10,1	- 11,4	- 12,2	- 10	- 10 ½
Gemeinden	1,5	1,3	2,6	3,1	5,6	3	3 ½
<b>Ausgaben in % des BIP (nominal)</b>							
Öffentlicher Gesamthaushalt	30,2	29,5	29,1	28,9	29,1	28 ½	28
darunter:							
Bund	12,5	12,0	11,7	11,8	12,1	11 ½	11 ½
Länder	12,5	12,4	12,3	12,2	12,2	12	11 ½
Gemeinden	7,3	7,2	7,1	7,1	7,0	7	7
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote <sup>3</sup>	22,9	23,0	21,5	21,0	20,8	20 ½	20

<sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

<sup>2</sup> 2001, 2002, 2003: vorläufiges Ist-Ergebnis; 2004, 2005: Schätzung.

<sup>3</sup> Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Finanzplanungsrat November 2004.

## 7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2005 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	1996	1997
Ist-Ergebnisse									
<b>I. Gesamtübersicht</b>									
<b>Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>42,1</b>	<b>80,2</b>	<b>110,3</b>	<b>131,5</b>	<b>194,4</b>	<b>237,6</b>	<b>232,9</b>	<b>225,9</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	- 2,0	- 3,0
<b>Einnahmen</b>	Mrd.€	<b>42,6</b>	<b>63,3</b>	<b>96,2</b>	<b>119,8</b>	<b>169,8</b>	<b>211,7</b>	<b>192,8</b>	<b>193,5</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	- 9,0	0,4
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd.€	<b>0,6</b>	<b>- 16,9</b>	<b>- 14,1</b>	<b>- 11,6</b>	<b>- 24,6</b>	<b>- 25,8</b>	<b>- 40,1</b>	<b>- 32,5</b>
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 40,0	- 32,6
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>									
<b>Personalausgaben</b>	Mrd.€	<b>6,6</b>	<b>13,0</b>	<b>16,4</b>	<b>18,7</b>	<b>22,1</b>	<b>27,1</b>	<b>27,0</b>	<b>26,8</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 0,1	- 0,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	11,6	11,9
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	14,3	16,2
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd.€	<b>1,1</b>	<b>2,7</b>	<b>7,1</b>	<b>14,9</b>	<b>17,5</b>	<b>25,4</b>	<b>26,0</b>	<b>27,3</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	- 6,2	2,3	4,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	11,2	12,1
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	35,1	35,9	47,6	52,3	.	38,7	39,0	40,6
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>7,2</b>	<b>13,1</b>	<b>16,1</b>	<b>17,1</b>	<b>20,1</b>	<b>34,0</b>	<b>31,2</b>	<b>28,8</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	- 8,3	- 7,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	13,4	12,8
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	36,1	35,2
<b>Steuereinnahmen<sup>2</sup></b>	Mrd.€	<b>40,2</b>	<b>61,0</b>	<b>90,1</b>	<b>105,5</b>	<b>132,3</b>	<b>187,2</b>	<b>173,1</b>	<b>169,3</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	- 7,5	- 2,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	74,3	74,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	89,8	87,5
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen <sup>4</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	42,3	41,5
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd.€	<b>- 0,0</b>	<b>- 15,3</b>	<b>- 13,9</b>	<b>- 11,4</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 25,6</b>	<b>- 40,0</b>	<b>- 32,6</b>
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	17,2	14,4
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	128,3	113,0
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4,5</sup>	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	70,4	64,3
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>4</sup></b>									
öffentliche Haushalte <sup>3</sup>	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1 010,4	1 070,4	1 119,1
darunter: Bund <sup>6</sup>	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	426,0	459,7

<sup>1</sup> Stand 2./3. Lesung Bundestag vom 23. November 2004.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>3</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>4</sup> Stand Finanzplanungsrat November 2004; 2001-2003 vorläufiges Ist, 2004 und 2005 = Schätzung.

<sup>5</sup> Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

<sup>6</sup> Ab 2005 mit Fonds Deutscher Einheit.

## 7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2005 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Ist-Ergebnisse									
Soll <sup>1</sup>									
<b>I. Gesamtübersicht</b>									
<b>Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>233,6</b>	<b>246,9</b>	<b>244,4</b>	<b>243,1</b>	<b>249,3</b>	<b>256,7</b>	<b>251,6</b>	<b>254,3</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,4	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	1,1
<b>Einnahmen</b>	Mrd.€	<b>204,7</b>	<b>220,6</b>	<b>220,5</b>	<b>220,2</b>	<b>216,6</b>	<b>217,5</b>	<b>211,8</b>	<b>232,0</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	5,8	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	9,5
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd.€	<b>- 28,9</b>	<b>- 26,2</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 22,9</b>	<b>- 32,7</b>	<b>- 39,2</b>	<b>- 39,8</b>	<b>- 22,3</b>
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 22,0
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,3
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>									
<b>Personalausgaben</b>	Mrd.€	<b>26,7</b>	<b>27,0</b>	<b>26,5</b>	<b>26,8</b>	<b>27,0</b>	<b>27,2</b>	<b>26,8</b>	<b>26,9</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,7	1,2	- 1,7	1,1	0,7	0,9	- 1,8	0,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,4	10,9	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6	10,6
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	16,1	16,1	15,7	15,9	15,7	15,8	15,5	15,6
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd.€	<b>28,7</b>	<b>41,1</b>	<b>39,1</b>	<b>37,6</b>	<b>37,1</b>	<b>36,9</b>	<b>36,3</b>	<b>38,9</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	5,2	43,1	- 4,7	- 3,9	- 1,5	- 0,5	- 1,6	7,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,3	16,6	16,0	15,5	14,9	14,4	14,4	15,3
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	42,1	58,9	58,0	56,8	56,3	56,4	54,5	57,6
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>29,2</b>	<b>28,6</b>	<b>28,1</b>	<b>27,3</b>	<b>24,1</b>	<b>25,7</b>	<b>22,4</b>	<b>22,7</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	1,3	- 2,0	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	1,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,5	11,6	11,5	11,2	9,7	10,0	8,9	8,9
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	35,5	35,7	35,0	34,2	33,2	36,6	31,7	33,4
<b>Steuereinnahmen<sup>2</sup></b>	Mrd.€	<b>174,6</b>	<b>192,4</b>	<b>198,8</b>	<b>193,8</b>	<b>192,0</b>	<b>191,9</b>	<b>187,0</b>	<b>190,8</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,1	10,2	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	2,0
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	74,7	77,9	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	75,0
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	85,3	87,2	90,1	88,0	88,7	88,2	88,3	82,2
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>4</sup>	%	41,0	42,5	42,5	43,4	43,5	43,4	42,3	42,3
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd.€	<b>- 28,9</b>	<b>- 26,1</b>	<b>- 23,8</b>	<b>- 22,8</b>	<b>- 31,9</b>	<b>- 38,6</b>	<b>- 39,5</b>	<b>- 22,0</b>
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,4	10,6	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	8,7
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	98,8	91,2	84,4	83,7	132,4	150,2	176,7	96,7
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4,5</sup>	%	88,6	82,3	62,0	57,8	61,6	56,4	53,4	40,7
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>4</sup></b>									
öffentliche Haushalte <sup>3</sup>	Mrd.€	1 153,4	1 183,1	1 198,2	1 203,9	1 253,2	1 325,7	1 394½	1 446
darunter: Bund <sup>6</sup>	Mrd.€	488,0	708,3	715,6	697,3	719,4	760,5	801½	862

<sup>1</sup> Stand 2./3. Lesung Bundestag vom 23. November 2004.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>3</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>4</sup> Stand Finanzplanungsrat November 2004; 2001-2003 vorläufiges Ist, 2004 und 2005 = Schätzung.

<sup>5</sup> Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

<sup>6</sup> Ab 2005 mit Fonds Deutscher Einheit.

## 8 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten<sup>1</sup> (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
Anteile am BIP in %				
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1971	23,9	36,5	22,6	34,2
1972	23,6	36,8	23,6	35,7
1973	24,7	38,7	24,1	37,0
1974	24,6	39,2	23,9	37,4
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1976	24,2	40,4	23,4	38,9
1977	25,1	41,2	24,5	39,8
1978	24,6	40,5	24,4	39,4
1979	24,4	40,4	24,3	39,3
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,4	39,6	22,5	38,8
1992	22,8	40,4	23,2	40,0
1993	22,9	41,1	23,2	40,6
1994	22,9	41,5	23,1	40,8
1995	22,5	41,3	23,1	41,2
1996	22,9	42,3	22,3	40,9
1997	22,6	42,3	21,8	40,4
1998	23,1	42,4	22,1	40,2
1999	24,2	43,2	22,9	40,8
2000 <sup>3</sup>	24,6	43,2	23,0	40,6
2001 <sup>3</sup>	23,0	41,5	21,5	39,0
2002 <sup>3</sup>	22,7	41,1	21,0	38,4
2003 <sup>3</sup>	22,6	41,2	20,7	38,3
2004 <sup>4</sup>	22	40	20½	37½
2005 <sup>4</sup>	22	39½	20	37
2006 <sup>4</sup>	22	39½	20½	37
2007 <sup>4</sup>	22	39½	20½	37
2008 <sup>4</sup>	22	39	20½	36½

<sup>1</sup> Ab 1991 Deutschland insgesamt.

<sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2004.

<sup>4</sup> Schätzung; Stand: Stabilitätsprogramm November 2004.  
Stand: Stabilitätsprogramm November 2004.

## 9 Entwicklung der öffentlichen Schulden

	2001	2002	2003	2004 <sup>4</sup>	2005 <sup>4,5</sup>
	<b>in Mrd. €<sup>1</sup></b>				
Öffentliche Haushalte insgesamt <sup>2</sup>	1 203,9	1 253,2	1 325,7	1 394½	1 466
darunter:					
Bund	697,3	719,4	760,5	801½	862
Länder	357,7	384,8	415,0	441	468½
Gemeinden <sup>3</sup>	82,7	82,7	84,1	86½	89½
Sonderrechnungen des Bundes	59,1	59,2	58,8	58	19
	<b>in % der Gesamtschulden</b>				
Bund	57,9	57,4	57,4	57½	59½
Länder	29,7	30,7	31,3	31½	32½
Gemeinden <sup>3</sup>	6,9	6,6	6,3	6	6
Sonderrechnungen des Bundes	4,9	4,7	4,4	4	1½
	<b>in % des BIP</b>				
Öffentliche Haushalte insgesamt <sup>2</sup>	58,0	59,5	62,3	64	64½
darunter:					
Bund	33,6	34,1	35,7	36½	38½
Länder	17,2	18,3	19,5	20	21
Gemeinden <sup>3</sup>	4,0	3,9	4,0	4	4
Sonderrechnungen des Bundes	2,8	2,8	2,8	2½	1
<b>nachrichtlich</b>	<b>in % des BIP</b>				
Maastricht-Kriterium „Schuldenstand“	60,9	64,2	65,5	66	66

<sup>1</sup> Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

<sup>2</sup> Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Gemeindeverbände, Sonderrechnungen, Zweckverbände.

<sup>3</sup> Ohne Schulden der Krankenhäuser und Eigenbetriebe.

<sup>4</sup> Schätzung.

<sup>5</sup> Ab 2005 werden die Schulden des Fonds Deutsche Einheit beim Bund gebucht.

Stand: Finanzplanungsrat November 2004.

## 10 Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

Jahr	Steueraufkommen			Anteile am Steueraufkommen insgesamt	
	insgesamt	davon		Direkte Steuern	Indirekte Steuern
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern		
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1971	88,2	47,8	40,4	54,2	45,8
1972	100,7	56,2	44,5	55,8	44,2
1973	114,9	67,0	48,0	58,3	41,7
1974	122,5	73,7	48,8	60,2	39,8
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1976	137,1	82,2	54,8	60,0	40,0
1977	153,1	95,0	58,1	62,0	38,0
1978	163,2	98,1	65,0	60,1	39,9
1979	175,3	102,9	72,4	58,7	41,3
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004 <sup>2</sup>	442,4	211,1	231,3	47,7	52,3
2005 <sup>2</sup>	450,1	214,1	236,0	47,6	52,4

<sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

<sup>2</sup> Steuerschätzung vom 2. bis 4. November 2004.  
Stand: November 2004.



## 11 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

Land	jährliche Veränderungen in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland	- 2,9	- 1,1	- 2,0	- 3,3	- 1,2	- 2,8	- 3,7	- 3,8	- 3,9	- 3,4	- 2,9
Belgien	- 9,5	-10,2	- 6,8	- 4,4	0,2	0,4	0,1	0,4	- 0,1	- 0,3	- 0,5
Dänemark	- 2,4	- 1,4	- 1,0	- 3,1	1,7	1,9	0,7	0,3	1,0	1,5	1,7
Griechenland	-	-	-15,7	-10,2	- 4,1	- 4,2	- 3,7	- 4,6	- 5,5	- 3,6	- 3,0
Spanien	-	-	-	- 6,6	- 1,0	- 0,4	- 0,1	0,4	- 0,6	- 0,1	0,0
Frankreich	0,0	- 3,0	- 2,1	- 5,5	- 1,4	- 1,6	- 3,2	- 4,1	- 3,7	- 3,0	- 3,3
Irland	-	-10,8	- 2,8	- 2,1	4,4	0,9	- 0,4	0,1	- 0,2	- 0,6	- 0,5
Italien	- 7,1	-12,7	-11,8	- 7,6	- 1,8	- 2,6	- 2,3	- 2,4	- 3,0	- 3,0	- 3,6
Luxemburg	-	-	4,8	2,1	6,0	6,4	2,8	0,8	- 0,8	- 1,6	- 2,0
Niederlande	- 4,0	- 3,6	- 5,3	- 4,2	1,5	- 0,1	- 1,9	- 3,2	- 2,9	- 2,4	- 2,1
Österreich	- 1,7	- 2,8	- 2,4	- 5,6	- 1,9	0,3	- 0,2	- 1,1	- 1,3	- 2,0	- 1,7
Portugal	- 7,6	- 9,1	- 6,6	- 5,5	- 3,1	- 4,4	- 2,7	- 2,8	- 2,9	- 3,7	- 3,8
Finnland	3,9	3,5	5,5	- 3,9	7,1	5,2	4,3	2,3	2,3	2,1	2,2
Schweden	-	-	-	- 7,0	5,1	2,8	0,0	0,3	0,6	0,6	0,8
Vereinigtes Königreich	- 3,2	- 2,9	- 1,6	- 5,8	1,4	0,7	- 1,7	- 3,3	- 2,8	- 2,6	- 2,4
Euro-Zone	-	-	-	- 5,0	- 1,0	- 1,7	- 2,4	- 2,7	- 2,9	- 2,5	- 2,5
EU-15	-	-	-	- 5,2	- 0,2	- 1,1	- 2,1	- 2,7	- 2,7	- 2,4	- 2,3
Estland	-	-	-	0,4	- 0,6	0,3	1,4	3,1	0,5	0,2	0,1
Lettland	-	-	6,9	- 2,0	- 2,8	- 2,1	- 2,7	- 1,5	- 2,0	- 2,8	- 2,9
Litauen	-	-	-	- 1,9	- 2,5	- 2,0	- 1,5	- 1,9	- 2,6	- 2,5	- 1,9
Malta	-	-	-	-	- 6,2	- 6,4	- 5,8	- 9,6	- 5,1	- 4,0	- 3,3
Polen	-	-	-	- 2,3	- 0,7	- 3,8	- 3,6	- 3,9	- 5,6	- 4,1	- 3,1
Slowakei	-	-	-	- 0,9	-12,3	- 6,0	- 5,7	- 3,7	- 3,9	- 4,0	- 4,1
Slowenien	-	-	-	-	- 3,5	- 2,8	- 2,4	- 2,0	- 2,3	- 2,2	- 1,9
Tschechien	-	-	-	-13,4	- 3,7	- 5,9	- 6,8	-12,6	- 4,8	- 4,7	- 4,3
Ungarn	-	-	-	-	- 3,0	- 4,4	- 9,2	- 6,2	- 5,5	- 5,2	- 4,7
Zypern	-	-	-	-	- 2,4	- 2,4	- 4,6	- 6,4	- 5,2	- 3,0	- 2,4
EU-25	-	-	-	-	0,8	- 1,2	- 2,3	- 2,8	- 2,8	- 2,4	- 2,3
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,3	- 3,2	1,6	- 0,4	- 3,8	- 4,6	- 4,2	- 4,0	- 4,3
Japan	-	-	2,1	- 4,7	- 7,5	- 6,1	- 7,9	- 7,5	- 7,1	- 7,0	- 6,8

<sup>1</sup> Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“ Nr. 6/2004, Oktober 2004.

Für die Jahre 2000 bis 2006: EU-Kommission, Herbstprognose, Oktober 2004 (ohne UMTS-Erlöse).

- = keine Angaben

Stand: Oktober 2004.

## 12 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland	31,2	40,7	42,3	57,0	60,2	59,4	60,9	64,2	65,9	67,2	67,9
Belgien	78,7	122,3	129,2	134,0	109,1	108,0	105,4	100,0	95,8	94,4	90,9
Dänemark	39,8	76,4	63,1	71,0	52,3	49,2	48,8	45,9	43,4	40,3	38,0
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	114,0	114,7	112,5	109,9	112,2	111,9	110,2
Spanien	16,8	42,3	43,6	63,9	61,1	57,5	54,4	50,7	48,2	45,5	42,9
Frankreich	19,8	30,8	35,1	54,6	56,8	56,5	58,8	63,7	64,9	65,5	66,3
Irland	69,8	101,7	94,2	82,0	38,3	35,9	32,7	32,1	30,7	30,7	30,6
Italien	58,2	82,3	97,2	124,3	111,2	110,6	107,9	106,2	106,0	104,6	104,4
Luxemburg	11,3	11,7	5,4	6,7	5,5	5,5	5,7	5,3	4,9	4,8	4,7
Niederlande	45,9	70,3	76,9	77,2	55,9	52,9	52,6	54,1	55,7	58,0	58,4
Österreich	36,2	49,2	56,1	67,9	65,8	66,1	65,7	64,5	64,0	63,9	63,4
Portugal	32,3	61,5	58,3	64,3	53,3	55,8	58,4	60,3	60,8	62,0	62,9
Finnland	11,5	16,2	14,2	57,1	44,6	43,8	42,6	45,6	44,8	43,4	42,2
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,7	52,8	54,4	52,6	52,0	51,6	50,6	49,7
Vereinigtes Königreich	53,2	52,7	34,0	51,8	42,0	38,8	38,3	39,8	40,4	40,9	41,2
Euro-Zone	34,0	51,6	57,7	73,6	70,4	69,4	69,4	70,7	71,1	71,1	70,9
EU-15	38,1	52,3	53,8	70,7	64,1	63,2	62,7	64,2	64,4	64,5	64,3
Estland	–	–	–	–	4,7	4,4	5,3	5,3	4,8	4,4	4,2
Lettland	–	–	–	–	12,9	14,9	14,1	14,4	14,6	15,4	16,6
Litauen	–	–	–	–	23,8	22,9	22,4	21,4	21,1	21,7	21,3
Malta	–	–	–	–	56,4	62,0	62,3	70,4	72,4	73,7	74,2
Polen	–	–	–	–	36,8	36,7	41,1	45,4	47,7	49,8	49,3
Slowakei	–	–	–	–	49,9	48,7	43,3	42,6	44,2	45,2	45,9
Slowenien	–	–	–	–	27,4	28,1	29,5	29,4	30,9	30,8	30,6
Tschechien	–	–	–	–	18,2	25,3	28,8	37,8	37,8	39,4	40,6
Ungarn	–	–	–	–	55,4	53,5	57,2	59,1	59,7	59,5	58,9
Zypern	–	–	–	–	61,6	64,3	67,4	70,9	72,6	72,4	69,4
EU-25	–	–	–	–	62,9	62,1	61,6	63,2	63,5	63,5	63,3
USA	45,7	59,5	67,2	74,8	59,1	58,7	60,8	63,1	64,2	65,0	–
Japan	55,0	72,1	68,6	87,1	134,1	142,3	149,3	156,9	162,8	169,4	173,6

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1990 und 2000 bis 2006: EU-Kommission, Herbstprognose, Okt. 2004.

Für das Jahr 1995: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“ Nr. 6/2004, Okt. 2004.

Für USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“ Nr. 6/2004, Okt. 2004.

– = keine Angaben

Stand: Oktober 2004.

### 13 Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2001	2002	2003 <sup>2</sup>
Deutschland <sup>3,4</sup>	22,5	24,6	22,3	23,3	23,0	22,2	21,5	21,5
Belgien	24,8	30,2	28,8	30,1	31,6	31,5	31,7	31,3
Dänemark	37,7	43,2	45,7	47,8	47,3	47,7	47,2	47,3
Finnland	29,1	27,8	33,0	31,8	35,9	33,6	33,7	32,9
Frankreich	21,7	23,3	24,0	25,3	29,0	28,7	27,7	27,5
Griechenland	15,7	16,2	20,5	21,9	26,4	24,9	24,1	–
Irland	26,4	26,9	28,5	28,1	27,9	25,8	24,1	25,5
Italien	16,2	18,9	26,1	28,2	30,8	30,7	30,1	30,5
Japan	15,2	18,0	21,4	17,7	17,2	17,1	15,9	–
Kanada	27,8	27,7	31,5	30,6	30,8	29,9	28,7	28,7
Luxemburg	19,1	29,1	29,7	31,1	30,3	29,8	30,6	30,1
Niederlande	23,1	27,0	26,9	24,4	25,2	25,5	25,3	24,7
Norwegen	28,9	33,5	30,6	31,5	34,3	34,2	33,6	34,0
Österreich	25,8	27,5	27,2	26,5	28,6	30,4	29,4	28,4
Polen	–	–	–	25,8	23,0	22,3	23,1	–
Portugal	14,7	17,0	21,3	23,5	25,5	24,6	24,7	–
Schweden	32,8	33,6	38,7	35,1	39,0	36,6	35,1	36,1
Schweiz	16,7	19,5	19,9	20,3	23,1	22,3	22,5	22,2
Slowakei	–	–	–	–	20,0	17,5	18,8	–
Spanien	10,2	11,9	21,4	21,0	22,9	22,5	23,0	23,2
Tschechien	–	–	–	23,4	21,8	21,6	22,0	22,6
Ungarn	–	–	–	27,3	27,6	27,5	26,7	–
USA	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	22,0	19,6	18,6
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,3	28,8	31,1	30,9	29,7	28,9

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

<sup>2</sup> Vorläufig.

<sup>3</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oder der deutschen Finanzstatistik. (vgl. für Deutschland hierzu Monatsbericht 09/2004 des BMF, S. 106)

<sup>4</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 – 2003, Paris 2004.

Stand: Oktober 2004.

## 14 Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2001	2002	2003 <sup>2</sup>
Deutschland <sup>3,4</sup>	32,3	37,5	35,7	38,2	37,8	36,8	36,0	36,2
Belgien	34,8	42,4	43,2	44,8	45,7	45,9	46,4	45,8
Dänemark	39,2	43,9	47,1	49,4	49,6	49,9	48,9	49,0
Finnland	32,0	36,2	44,3	46,0	48,0	46,0	45,9	44,9
Frankreich	34,1	40,6	43,0	43,9	45,2	44,9	44,0	44,2
Griechenland	22,4	24,2	29,3	32,4	38,2	36,6	35,9	–
Irland	28,8	31,4	33,5	32,8	32,2	30,1	28,4	30,0
Italien	26,1	30,4	38,9	41,2	43,2	43,0	42,6	43,4
Japan	19,6	25,3	30,2	27,8	27,1	27,4	25,8	–
Kanada	30,8	30,9	35,9	35,6	35,6	35,0	33,9	33,9
Luxemburg	26,8	40,8	40,8	42,3	40,2	40,7	41,8	41,6
Niederlande	35,6	43,6	42,9	41,9	41,2	39,8	39,2	38,8
Norwegen	34,4	42,5	41,5	41,1	43,2	42,4	43,5	43,9
Österreich	34,6	39,8	40,4	41,6	43,4	45,2	44,0	43,0
Polen	–	–	–	37,0	32,5	31,9	32,6	–
Portugal	19,4	24,1	29,2	33,6	36,4	35,6	33,9	–
Schweden	38,5	47,3	53,2	48,5	53,8	51,9	50,2	50,8
Schweiz	21,8	28,0	26,0	27,8	30,5	30,0	30,3	29,8
Slowakei	–	–	–	–	34,0	31,6	33,1	–
Spanien	16,3	23,1	33,2	32,8	35,2	35,0	35,6	35,8
Tschechien	–	–	–	39,8	39,0	38,5	39,3	39,9
Ungarn	–	–	–	42,4	39,0	39,0	38,3	–
USA	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	28,9	26,4	25,4
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	36,5	35,0	37,4	37,2	35,8	35,3

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

<sup>2</sup> Vorläufig.

<sup>3</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oder der deutschen Finanzstatistik (vgl. für Deutschland hierzu Monatsbericht 09/2004 des BMF, S. 106).

<sup>4</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965–2003, Paris 2004.

Stand: Oktober 2004.

## 15 Entwicklung der EU-Haushalte von 2000 bis 2005

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
<b>Ausgabenseite</b>						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	83,44	79,99	85,14	90,56	99,81	105,22
davon:						
Agrarpolitik	40,51	41,53	43,52	44,38	45,69	49,11
Strukturpolitik	27,59	22,46	23,50	28,53	30,82	32,40
Interne Politiken	5,37	5,30	6,57	5,67	7,51	7,69
Externe Politiken	3,84	4,23	4,42	4,29	4,95	4,99
Verwaltungsausgaben	4,74	4,86	5,21	5,30	6,12	6,31
Reserven	0,19	0,21	0,17	0,15	0,44	0,44
Heranführungsstrategien	1,20	1,40	1,75	2,24	2,86	2,98
Ausgleichszahlungen					1,41	1,31
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	3,9	- 4,1	6,4	6,4	10,2	5,4
davon:						
Agrarpolitik	1,8	2,5	4,8	2,0	3,0	7,5
Strukturpolitik	3,5	- 18,6	4,6	21,4	8,0	5,1
Interne Politiken	20,1	- 1,3	24,0	- 13,7	32,5	2,4
Externe Politiken	- 16,3	10,2	4,5	9,5	15,4	0,8
Verwaltungsausgaben	5,1	2,5	7,2	1,7	15,5	3,1
Reserven	- 36,7	10,5	- 19,0	- 11,8	193,3	0,0
Heranführungsstrategie		16,7	25,0	54,9	27,7	4,2
Ausgleichszahlungen						- 7,1
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	48,5	51,9	51,1	49,0	45,8	46,7
Strukturpolitik	33,1	28,1	27,6	31,5	30,9	30,8
Interne Politiken	6,4	6,6	7,7	6,3	7,5	7,3
Externe Politiken	4,6	5,3	5,2	4,7	5,0	4,7
Verwaltungsausgaben	5,7	6,1	6,1	5,9	6,1	6,0
Reserven	0,2	0,3	0,2	0,2	0,4	0,4
Heranführungsstrategie	1,4	1,8	2,1	2,5	2,9	2,8
Ausgleichszahlungen					1,4	1,2
<b>Einnahmenseite</b>						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	92,72	94,28	94,08	97,82	99,81	105,22
davon:						
Zölle	13,11	12,83	9,50	9,63	10,15	10,75
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,16	1,82	1,49	1,43	1,22	1,61
MwSt-Eigenmittel	35,19	30,69	22,69	21,73	14,32	15,31
BSP/BNE-Eigenmittel	37,58	34,46	45,85	55,34	73,29	76,56
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	6,7	1,7	- 0,2	4,0	2,0	5,4
davon:						
Zölle	12,0	- 2,1	- 26,0	1,4	5,4	5,9
Agrarzölle und Zuckerabgaben	0,5	- 15,7	- 18,1	- 4,0	- 14,7	32,0
MwSt-Eigenmittel	12,3	- 12,8	- 26,1	- 4,2	- 34,1	6,9
BSP/BNE-Eigenmittel	0,2	- 8,3	33,1	20,7	32,4	4,5
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	14,1	13,6	10,1	9,8	10,2	10,2
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,3	1,9	1,6	1,5	1,2	1,5
MwSt-Eigenmittel	38,0	32,6	24,1	22,2	14,3	14,6
BSP/BNE-Eigenmittel	40,5	36,6	48,7	56,6	73,4	72,8

## Bemerkungen:

2000 bis 2003: Ist-Angaben gem. EU-Haushaltsrechnung und ERH-Jahresbericht.

2004: EU-Haushalt einschl. Nachtrags- und Berichtigungshaushalte Nr. 1-6.

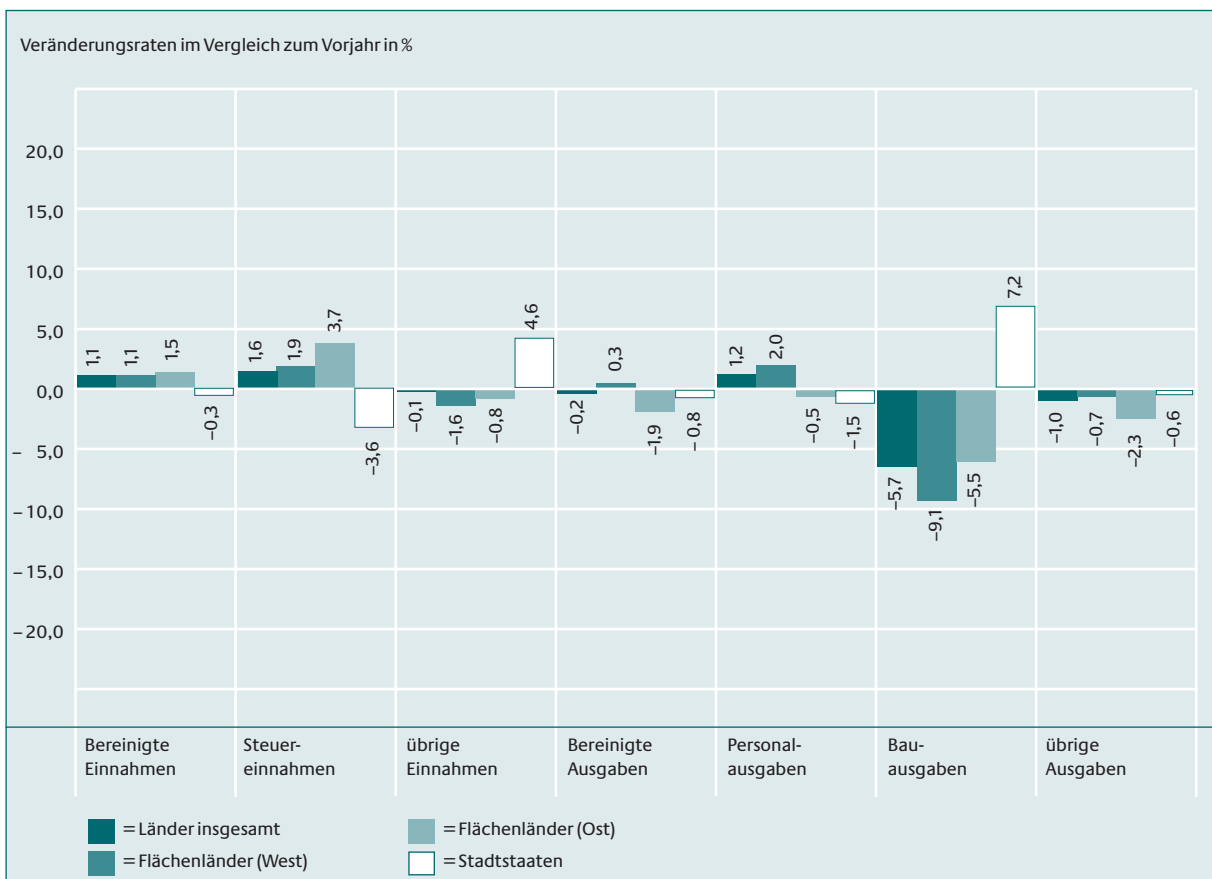
2005: Ratsentwurf vom 16.7.2004.

# Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

## 1 Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2004 im Vergleich zum Jahressoll 2004

in Mio. €	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
<b>Bereinigte Einnahmen</b>	<b>159 700</b>	<b>136 524</b>	<b>48 473</b>	<b>41 615</b>	<b>29 016</b>	<b>24 321</b>	<b>231 568</b>	<b>197 774</b>
darunter:								
Steuereinnahmen	123 556	106 152	23 482	21 458	17 015	14 136	164 053	141 746
übrige Einnahmen	36 144	30 372	24 991	20 157	12 001	10 185	67 515	56 028
<b>Bereinigte Ausgaben</b>	<b>175 438</b>	<b>160 301</b>	<b>52 398</b>	<b>46 522</b>	<b>34 718</b>	<b>32 028</b>	<b>256 933</b>	<b>234 164</b>
darunter:								
Personalausgaben	72 016	68 900	13 807	12 779	11 524	11 078	97 347	92 756
Bauausgaben	2 349	1 871	1 718	1 249	864	576	4 932	3 696
übrige Ausgaben	101 072	89 530	36 872	32 494	22 330	20 374	154 655	137 712
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>- 15 732</b>	<b>- 23 776</b>	<b>- 3 925</b>	<b>- 4 907</b>	<b>- 5 687</b>	<b>- 7 707</b>	<b>- 25 344</b>	<b>- 36 390</b>

## 2 Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2004



### 3 Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis November 2004; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	November 2003			Oktober 2004			November 2004		
		Bund	Länder <sup>3</sup>	Ins-gesamt	Bund	Länder <sup>3</sup>	Ins-gesamt	Bund	Länder <sup>3</sup>	Ins-gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b> für das laufende Haushaltsjahr	<b>183 460</b>	<b>195 615</b>	<b>365 695</b>	<b>158 004</b>	<b>181 880</b>	<b>327 633</b>	<b>176 847</b>	<b>197 774</b>	<b>360 601</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	159 494	139 549	299 043	140 791	130 434	271 225	155 826	141 746	297 572
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	-	-	-
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	205 192 <sup>4</sup>	66 254	271 447	202 061 <sup>4</sup>	65 231	267 291	208 944 <sup>4</sup>	71 925	280 869
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b> für das laufende Haushaltsjahr	<b>240 702</b>	<b>234 642</b>	<b>461 964</b>	<b>215 530</b>	<b>209 439</b>	<b>412 719</b>	<b>236 353</b>	<b>234 164</b>	<b>456 497</b>
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	25 328	91 618	116 946	22 184	81 724	103 908	25 054	92 756	117 811
122	Bausausgaben	4 426	3 918	8 343	3 764	3 172	6 936	4 390	3 696	8 086
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-318	-318	-	-241	-241	-	-60	-60
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	167 737	41 760	209 497	148 474	41 050	189 524	167 251	46 759	214 010
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)</b> <b>(Finanzierungssaldo)</b>	<b>- 57 242</b>	<b>- 39 027</b>	<b>- 96 269</b>	<b>- 57 526</b>	<b>- 27 560</b>	<b>- 85 086</b>	<b>- 59 506</b>	<b>- 36 390</b>	<b>- 95 896</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen <sup>2</sup>	39 973	24 599	64 572	53 932	22 346	76 278	42 014	23 274	65 288
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-	-	-	-275	-275	-	-274	-274
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	-1 894	-1 894	-	-1 462	-1 462	-	-1 299	-1 299
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	9 689	7 810	17 499	3 594	6 548	10 142	17 492	8 946	26 439
32	Vorschüsse	-	9 479	9 479	-	8 452	8 452	-	6 895	6 895
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	5 708	5 708	-	3 989	3 989	-	4 026	4 026
34	Saldo (31-32+33)	9 689	4 039	13 728	3 594	2 085	5 679	17 492	6 077	23 569
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-7 580	-12 282	-19 862	0	-4 866	-4 866	0	-8 612	-8 612
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	7 580	8 599	16 179	-	4 474	4 474	-	7 526	7 526
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	102	102	-	234	234	-	-	-
56	Zusammen	7 580	8 701	16 281	-	4 707	4 707	-	7 526	7 526
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	-3 582	-3 582	0	-158	-158	0	-1 086	-1 086
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit <sup>5</sup>	-	1 376	1 376	-	559	559	-	339	339
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	924	924	-	988	988	-	1 167	1 167

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. <sup>3</sup> Einschl. der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. <sup>4</sup> Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. <sup>5</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: Januar 2005.

## 4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2004; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland <sup>6</sup>
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>24 934,6</b>	<b>28 643,8<sup>9</sup></b>	<b>6 312,5</b>	<b>13 561,7</b>	<b>5 598,8</b>	<b>16 994,6</b>	<b>35 352,5</b>	<b>9 347,6</b>	<b>2 392,3</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	19 177,0	22 451,6	4 296,7	11 034,7	2 785,5	12 322,5	28 860,2	6 405,6	1 559,0
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	407,0	–	392,3	372,5	13,4	196,8	109,9
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	5 104,0	2 712,7 <sup>7</sup>	1 634,4	3 966,0	1 298,8	7 020,4	16 986,0	5 611,9	1 157,5
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>28 138,1</b>	<b>31 432,9<sup>9</sup></b>	<b>6 800,2</b>	<b>16 648,3</b>	<b>6 110,2</b>	<b>20 603,9</b>	<b>42 892,4</b>	<b>11 022,2</b>	<b>3 003,1</b>
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	12 718,7	14 272,9	2 172,5	6 374,2	1 689,2	8 578,8 <sup>3</sup>	17 860,6 <sup>3</sup>	4 663,7	1 243,7
122	Bausubventionen	284,0	666,9	229,2	331,2	185,6	171,7	151,9 <sup>4</sup>	57,9	77,1
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	1 753,6	1 870,2	–	1 870,8	–	–	–69,8	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	3 516,2	1 615,7 <sup>8</sup>	1 613,0	2 684,7	1 009,5	4 372,8	10 134,3	4 834,3	780,0
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>-3 203,5</b>	<b>-2 789,1<sup>9</sup></b>	<b>-487,7</b>	<b>-3 086,6</b>	<b>-511,4</b>	<b>-3 609,3</b>	<b>-7 539,9</b>	<b>-1 674,6</b>	<b>-610,8</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>	1 600,9	1 364,9	122,7	1 306,1	96,1	2 266,1	6 849,5	635,3	370,3
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-274,5	–	–	0,3	–	–	–	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	-801,6	-125,7	–	–	–	–	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	2 032,0	1 295,0	364,8	473,8	106,0	124,4	789,3	1 016,5	157,1
32	Vorschüsse	436,7	1 645,6	8,6	19,3	0,1	975,6	955,5	468,7	11,1
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	192,5	1 791,4	–	136,1	83,0	514,3	341,6	2,0	6,4
34	Saldo (31–32+33)	1 787,8	1 440,8	356,2	590,5	188,9	-336,9	175,3	549,8	152,4
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-89,3	-785,0	-134,5	-1 189,6	-226,4	-1 680,1	-515,1	-489,5	-88,1
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	785,0	209,7	1 060,0	161,0	446,0	456,0	490,0	88,1
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	–	–
56	Zusammen	–	785,0	209,7	1 060,0	161,0	446,0	456,0	490,0	88,1
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) <sup>5</sup>	-89,3	0,0	75,2	-1 29,6	-65,4	-1 234,1	-59,1	0,5	0,0
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit <sup>10</sup>	–	–	–	–	–	338,1	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Landeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	514,3	337,2	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokredittilgung. <sup>3</sup> Ohne Dezember-Bezüge. <sup>4</sup> Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. <sup>5</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. <sup>6</sup> Einschl. der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. <sup>7</sup> Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. €. <sup>8</sup> Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 30,0 Mio. €. <sup>9</sup> Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (=Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 28 548,0 Mio. €, die Ausgaben 31 162,6 Mio. € und der Finanzierungssaldo –2 614,6 Mio. €. <sup>10</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.  
Stand: Januar 2005.



## 4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2004; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen <sup>6</sup>	Hamburg	Länder zusammen <sup>6</sup>
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>13 298,0</b>	<b>7 823,3</b>	<b>6 095,9</b>	<b>6 969,4</b>	<b>14 330,3</b>	<b>2 984,5</b>	<b>7 683,0</b>	<b>196 161,4</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	6 686,1	3 993,2	4 341,8	3 696,4	6 322,7	1 619,9	6 193,4	141 746,3
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	901,3	497,7	106,0	494,8	2 322,0	347,7	0,0	-
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	1 616,8	4 505,2	3 233,9	2 053,3	12 129,4	1 234,3	1 660,6	71 925,2
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>14 197,4</b>	<b>9 128,1</b>	<b>7 358,5</b>	<b>8 672,8</b>	<b>18 886,4</b>	<b>3 790,6</b>	<b>10 027,4</b>	<b>232 551,1</b>
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	4 011,0	2 632,5	3 187,2	2 273,6	6 581,3	1 187,2	3 309,3	92 756,4
122	Bauausgaben	507,0	130,3	130,7	196,4	106,6	131,2	338,1	3 695,8
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	676,5	-60,1
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 271,6	3 277,2	2 301,8	1 093,4	7 380,0	874,2	0,0	46 758,7
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>- 899,4</b>	<b>- 1 304,8</b>	<b>- 1 262,6</b>	<b>- 1 703,4</b>	<b>- 4 556,1</b>	<b>- 806,1</b>	<b>- 2 344,4</b>	<b>- 36 389,7</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>	341,3	1 222,3	970,2	959,9	3 118,0	381,6	1 668,7	23 273,9
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-	-	-	-	-	-	-274,2
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	-	-	-371,7	-	-	-	-1 299,0
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	506,1	184,8	0,0	277,4	1 169,1	261,3	188,6	8 946,2
32	Vorschüsse	353,4	162,3	0,0	34,4	-	-46,9	1 870,9	6 895,3
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	293,2	62,2	0,0	3,2	253,5	69,6	277,4	4 026,4
34	Saldo (31-32+33)	445,9	84,7	0,0	246,2	1 422,6	377,8	-1 404,9	6 077,1
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-112,2	2,2	-292,4	-869,0	-15,5	-46,6	-2 080,6	-8 611,7
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	0,0	1 086,1	33,9	154,1	2 556,0	7 525,9
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	-
56	Zusammen	-	-	0,0	1 086,1	33,9	154,1	2 556,0	7 525,9
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) <sup>5</sup>	-112,2	2,2	-292,4	217,1	18,4	107,4	475,4	-1 085,9
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit <sup>10</sup>	-	-	-	0,8	-	-	-	338,9
72	Nicht zum Bestand der Landeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	-	-	-	253,5	-75,7	138,1	1 167,4

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokredittilgung. <sup>3</sup> Ohne Dezember-Bezüge. <sup>4</sup> Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. <sup>5</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. <sup>6</sup> Einschl. der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. <sup>7</sup> Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. €. <sup>8</sup> Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 30,0 Mio. €. <sup>9</sup> Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (=Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 28 548,0 Mio. €, die Ausgaben 31 162,6 Mio. € und der Finanzierungssaldo -2 614,6 Mio. €. <sup>10</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: Januar 2005.

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland <sup>1</sup>		Erwerbsquote <sup>2</sup> in %	Erwerbslose Mio.	Erwerbslosenquote <sup>3</sup> in %	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitionsquote <sup>4</sup> in %
	Mio.	Veränderung in % p. a.				gesamt	je Erwerbstätigen Veränderung in % p. a.	je Stunde	
1991	38,5	.	50,8	2,1	5,2	.	.	.	23,8
1992	37,9	- 1,5	50,1	2,5	6,2	2,2	3,8	2,7	24,0
1993	37,4	- 1,3	49,7	3,0	7,5	- 1,1	0,3	1,6	23,0
1994	37,3	- 0,2	49,7	3,2	8,0	2,3	2,5	2,6	23,1
1995	37,4	0,2	49,5	3,1	7,7	1,7	1,5	2,5	22,4
1996	37,3	- 0,3	49,6	3,4	8,4	0,8	1,1	2,3	21,8
1997	37,2	- 0,2	49,9	3,8	9,3	1,4	1,6	2,0	21,4
1998	37,6	1,1	50,2	3,6	8,7	2,0	0,9	1,3	21,4
1999	38,1	1,2	50,4	3,3	8,1	2,0	0,8	1,5	21,6
2000	38,8	1,8	50,8	3,1	7,3	2,9	1,1	2,2	21,7
2001	38,9	0,4	51,0	3,1	7,4	0,8	0,4	1,3	20,3
2002	38,7	- 0,6	51,0	3,4	8,2	0,1	0,7	1,5	18,6
2003 <sup>5</sup>	38,3	- 1,0	51,0	3,8	9,1	- 0,1	0,9	0,7	17,8
1998/1993	37,4	0,1	49,8	3,4	8,2	1,6	1,5	2,1	22,2
2003/1998	38,4	0,4	50,7	3,4	8,1	1,1	0,8	1,4	20,2

<sup>1</sup> Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95. <sup>2</sup> Erwerbstätige im Inland + Erwerbslose in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95. <sup>3</sup> Erwerbslose in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. <sup>4</sup> Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal). <sup>5</sup> Vorläufige Ergebnisse.  
Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

## 2 Preisentwicklung<sup>1</sup>

Jahr	Bruttoinlandsprodukt (nominal)	Bruttoinlandsprodukt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnachfrage (Deflator) Veränderung in % p. a.	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator)	Preisindex für die Lebenshaltung <sup>2,3</sup>	Lohnstückkosten <sup>4</sup>
1991	.	.	.	.	.	.	.
1992	7,4	5,0	2,2	4,5	4,4	5,1	6,4
1993	2,5	3,7	1,7	3,2	3,8	4,4	3,8
1994	4,9	2,5	0,4	2,4	2,5	2,7	0,5
1995	3,8	2,0	1,2	1,8	1,8	1,7	2,1
1996	1,8	1,0	- 0,4	1,1	1,7	1,4	0,2
1997	2,1	0,7	- 1,8	1,2	2,0	1,9	- 0,7
1998	3,1	1,1	2,3	0,5	1,1	0,9	0,2
1999	2,6	0,5	0,2	0,4	0,2	0,6	0,4
2000	2,6	- 0,3	- 4,1	1,1	1,5	1,5	1,0
2001	2,2	1,3	0,1	1,3	1,6	2,0	1,3
2002	1,6	1,5	1,9	0,9	1,1	1,4	0,8
2003 <sup>5</sup>	1,0	1,1	1,6	0,7	1,1	1,1	0,7
1998/1993	3,1	1,5	0,3	1,4	1,8	1,7	0,4
2003/1998	2,0	0,8	- 0,1	0,9	1,1	1,3	0,8

<sup>1</sup> Preisbasis 1995. <sup>2</sup> Preisbasis 2000. <sup>3</sup> Alle privaten Haushalte. <sup>4</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigen (Inlandskonzept). <sup>5</sup> Vorläufige Ergebnisse.  
Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

### 3 Außenwirtschaft<sup>1</sup>

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 3,54	- 17,83	26,3	26,5	- 0,2	- 1,2
1992	0,2	0,3	- 3,97	- 12,78	24,5	24,8	- 0,2	- 0,8
1993	- 4,8	- 6,5	2,87	- 9,93	22,8	22,6	0,2	- 0,6
1994	8,6	8,0	5,53	- 22,73	23,6	23,3	0,3	- 1,3
1995	7,8	6,4	11,62	- 16,60	24,5	23,8	0,6	- 0,9
1996	5,2	3,6	19,07	- 7,44	25,3	24,3	1,0	- 0,4
1997	12,6	11,7	25,67	- 1,67	27,9	26,5	1,4	- 0,1
1998	7,2	6,9	28,84	- 4,50	29,0	27,5	1,5	- 0,2
1999	4,7	7,3	16,02	- 16,68	29,6	28,8	0,8	- 0,8
2000	16,9	18,8	8,02	- 6,43	33,8	33,4	0,4	- 0,3
2001	6,6	1,8	41,23	8,58	35,2	33,2	2,0	0,4
2002	4,2	- 3,3	94,81	50,29	36,1	31,6	4,5	2,4
2003 <sup>2</sup>	1,0	1,5	92,18	52,43	36,1	31,8	4,3	2,5
1998/1993	8,3	7,3	15,6	- 10,5	25,5	24,7	0,8	- 0,6
2003/1998	6,5	5,0	46,9	13,9	33,3	31,1	2,3	0,6

<sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

<sup>2</sup> Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

### 4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks- einkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und Gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) <sup>3</sup>
	Veränderung in % p. a.			unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup> in %	Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	72,5	72,5	.	.
1992	6,5	1,6	8,3	73,7	74,0	10,4	4,1
1993	1,1	- 2,6	2,4	74,7	75,2	4,4	0,8
1994	3,7	7,4	2,5	73,8	74,5	2,0	- 2,3
1995	4,3	6,1	3,6	73,3	74,1	3,2	- 1,0
1996	1,7	3,9	0,9	72,8	73,6	1,4	- 1,8
1997	1,7	5,0	0,4	71,8	72,8	0,3	- 3,1
1998	2,7	4,1	2,1	71,5	72,5	1,0	0,1
1999	1,8	- 0,3	2,6	72,0	72,9	1,5	1,6
2000	2,8	0,0	3,9	72,8	73,7	1,6	0,8
2001	1,9	1,7	2,0	72,9	73,8	1,9	1,7
2002	0,9	1,2	0,8	72,8	73,8	1,5	0,0
2003 <sup>4</sup>	1,1	3,5	0,2	72,1	73,4	1,1	- 0,5
1998/1993	2,8	5,3	1,9	73,0	73,8	1,6	- 1,6
2003/1998	1,7	1,3	1,9	72,3	73,4	1,5	0,7

<sup>1</sup> Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

<sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

<sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (1995 = 100).

<sup>4</sup> Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

## 5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %									
	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland	2,2	5,7	1,7	2,9	0,8	0,1	- 0,1	1,9	1,5	1,7
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,9	0,7	0,9	1,3	2,5	2,5	2,6
Dänemark	3,6	1,0	2,8	2,8	1,6	1,0	0,5	2,3	2,4	2,0
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	4,3	3,6	4,5	3,8	3,3	3,3
Spanien	2,3	3,8	2,8	4,4	2,8	2,2	2,5	2,6	2,6	2,7
Frankreich	1,5	2,6	1,7	3,8	2,1	1,2	0,5	2,4	2,2	2,2
Irland	3,1	7,6	9,8	9,9	6,0	6,1	3,7	5,2	4,8	5,0
Italien	3,0	2,0	2,9	3,0	1,8	0,4	0,3	1,3	1,8	1,8
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	9,0	1,5	2,5	2,9	4,0	3,5	3,6
Niederlande	2,7	4,1	3,0	3,5	1,4	0,6	- 0,9	1,4	1,7	2,4
Österreich	2,4	4,6	1,9	3,4	0,7	1,2	0,8	1,9	2,4	2,4
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,4	1,6	0,4	- 1,2	1,3	2,2	2,4
Finnland	3,4	- 0,3	3,4	5,1	1,1	2,3	1,9	3,0	3,1	2,7
Schweden	2,2	1,0	4,1	4,3	0,9	2,1	1,6	3,7	3,1	2,9
Vereinigtes Königreich	3,6	0,8	2,9	3,9	2,3	1,8	2,2	3,3	2,8	2,8
Euro-Zone	2,2	3,6	2,2	3,5	1,6	0,9	0,6	2,1	2,0	2,2
EU-15	2,5	3,0	2,4	3,6	1,7	1,1	0,9	2,3	2,2	2,3
Estland	-	-	4,5	7,8	6,4	7,2	5,1	5,9	6,0	6,2
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	8,0	6,4	7,5	7,5	6,7	6,7
Litauen	-	-	3,3	3,9	6,4	6,8	9,7	7,1	6,4	5,9
Malta	-	-	6,2	6,4	- 2,2	1,8	0,2	1,0	1,5	1,8
Polen	-	-	7,0	4,0	1,0	1,4	3,8	5,8	4,9	4,5
Slowakei	-	-	5,8	2,0	3,8	4,6	4,0	4,9	4,5	5,2
Slowenien	-	-	4,1	3,9	2,7	3,3	2,5	4,0	3,6	3,8
Tschechien	-	-	5,9	3,9	2,6	1,5	3,1	3,8	3,8	4,0
Ungarn	-	-	1,5	5,2	3,8	3,5	3,0	3,9	3,7	3,8
Zypern	-	-	6,5	5,0	4,0	2,0	2,0	3,5	3,9	4,2
EU-25	-	-	2,5	3,6	1,8	1,1	1,0	2,5	2,3	2,4
Japan	5,1	5,2	1,9	2,8	0,4	- 0,3	2,4	4,2	2,1	2,3
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	0,8	1,9	3,1	4,4	3,0	2,9

Quellen: Für die Jahre 1985–1995: „Europäische Wirtschaft“ Nr. 6/2004 (Herausgeber EU-Kommission).

Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Herbstprognose, Oktober 2004.

– = keine Angaben

Stand: Oktober 2004.

## 6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %									
	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland	1,8	2,7	1,9	1,4	1,9	1,3	1,0	1,7	1,3	1,1
Belgien	5,0	2,7	1,5	2,7	2,4	1,6	1,5	2,0	1,9	1,8
Dänemark	4,5	2,9	1,9	2,7	2,3	2,4	2,0	1,1	1,9	1,6
Griechenland	19,6	19,8	9,0	2,9	3,7	3,9	3,4	3,0	2,9	2,9
Spanien	8,1	6,6	4,8	3,5	2,8	3,6	3,1	3,1	2,9	2,5
Frankreich	5,8	3,0	2,0	1,8	1,8	1,9	2,2	2,3	2,0	1,8
Irland	5,1	2,1	2,8	5,3	4,0	4,7	4,0	2,3	2,4	2,4
Italien	9,1	6,4	6,0	2,6	2,3	2,6	2,8	2,3	2,3	2,0
Luxemburg	4,3	3,6	2,0	3,8	2,4	2,1	2,5	3,0	2,3	1,6
Niederlande	1,4	2,1	1,4	2,3	5,1	3,9	2,2	1,2	1,3	1,4
Österreich	3,5	3,3	2,0	2,0	2,3	1,7	1,3	2,1	1,8	1,4
Portugal	19,4	11,6	4,3	2,8	4,4	3,7	3,3	2,4	2,4	2,3
Finnland	5,7	6,0	0,8	3,0	2,7	2,0	1,3	0,2	1,5	1,7
Schweden	6,9	9,7	2,8	1,3	2,7	2,0	2,3	1,1	1,5	1,9
Vereinigtes Königreich	5,2	7,5	3,4	0,8	1,2	1,3	1,4	1,4	1,9	2,0
Euro-Zone	5,6	4,4	3,0	2,1	2,4	2,3	2,1	2,1	1,9	1,7
EU-15	5,5	5,1	3,0	1,9	2,2	2,1	2,0	2,0	1,9	1,8
Estland	–	–	27,1	3,9	5,6	3,6	1,4	3,4	3,5	2,8
Lettland	–	–	–	2,6	2,5	2,0	2,9	6,8	4,7	3,5
Litauen	–	–	–	0,9	1,3	0,4	–	1,1	1,2	2,9
Malta	–	–	–	3,0	2,5	2,6	1,9	3,7	3,1	2,6
Polen	–	–	27,2	10,1	5,3	1,9	0,7	3,5	3,3	3,0
Slowakei	–	–	9,2	12,2	7,2	3,5	8,5	7,7	3,9	3,0
Slowenien	–	–	21,7	8,9	8,6	7,5	5,7	3,9	3,4	3,0
Tschechien	–	–	9,2	3,9	4,5	1,4	–	0,1	2,8	3,1
Ungarn	–	–	27,7	10,0	9,1	5,2	4,7	6,9	4,6	4,2
Zypern	–	–	2,3	4,9	2,0	2,8	4,0	2,4	2,4	2,1
EU-25	–	–	–	2,4	2,5	2,1	1,9	2,2	2,1	1,9
Japan	1,8	2,8	–	0,3	–	0,6	–	0,3	–	0,2
USA	3,3	4,6	2,1	3,4	2,8	1,6	2,3	2,6	2,8	2,3

Quellen: Für die Jahre 1985–1995: „Europäische Wirtschaft“ Nr. 6/2004 (Herausgeber EU-Kommission).

Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Herbstprognose, Oktober 2004.

– = keine Angaben

Stand: Oktober 2004.

## 7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung									
	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,8	7,8	8,7	9,6	9,7	10,0	9,6
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	6,7	7,3	8,0	8,2	8,1	7,9
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,4	4,3	4,6	5,6	5,8	5,3	4,9
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,0	10,4	10,0	9,3	8,5	9,0	9,0
Spanien	17,7	13,1	18,8	11,3	10,6	11,3	11,3	11,1	10,8	10,6
Frankreich	9,6	8,5	11,1	9,1	8,4	8,9	9,4	9,6	9,5	9,3
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	3,9	4,3	4,6	4,4	4,4	4,3
Italien	8,2	8,9	11,5	10,4	9,4	9,0	8,6	8,3	8,1	8,0
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	2,1	2,8	3,7	4,3	4,6	4,4
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,9	2,5	2,7	3,8	4,6	5,0	4,4
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,7	3,6	4,2	4,3	4,2	3,9	3,4
Portugal	9,1	4,8	7,3	4,1	4,0	5,0	6,3	6,3	6,2	6,1
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,1	9,1	9,0	8,8	8,6	8,3
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	4,9	4,9	5,6	6,3	5,8	5,0
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	5,0	5,1	5,0	4,9	4,9	4,9
Euro-Zone	9,3	8,4	10,6	8,4	8,0	8,4	8,9	8,9	8,9	8,6
EU-15	9,4	7,3	10,1	7,8	7,4	7,7	8,1	8,1	8,1	7,9
Estland	–	0,6	9,7	12,5	11,8	9,5	10,1	9,7	9,4	9,1
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	12,9	12,6	10,5	9,9	9,7	9,4
Litauen	–	–	12,7	16,4	16,4	13,5	12,7	11,4	10,6	9,9
Malta	–	5,1	5,6	7,0	6,7	7,5	8,2	8,6	8,5	8,4
Polen	–	–	13,4	16,4	18,5	19,8	19,2	19,0	18,7	18,1
Slowakei	–	–	13,3	18,7	19,4	18,7	17,5	18,4	17,9	17,2
Slowenien	–	–	7,0	6,6	5,8	6,1	6,5	6,3	6,1	5,8
Tschechien	–	–	3,9	8,7	8,0	7,3	7,8	8,3	8,2	8,0
Ungarn	–	–	10,0	6,3	5,6	5,6	5,8	5,8	5,9	6,0
Zypern	–	–	3,4	5,2	4,4	3,9	4,4	4,2	4,0	3,7
EU-25	–	–	10,6	8,7	8,5	8,9	9,1	9,1	9,1	8,8
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,0	5,4	5,3	4,8	4,7	4,6
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	4,8	5,8	6,0	5,5	5,5	5,4

Quellen: Für die Jahre 1985–1995: „Europäische Wirtschaft“ Nr. 4/2004, April 2004 (Herausgeber: EU-Kommission).

Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Herbstprognose, Oktober 2004.

– = keine Angaben

Stand: Oktober 2004.

## 8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %											
	2002	2003	2004 <sup>1</sup>	2005 <sup>1</sup>	2002	2003	2004 <sup>1</sup>	2005 <sup>1</sup>	2002	2003	2004 <sup>1</sup>	2005 <sup>1</sup>
<b>Gemeinschaft der unabhängigen Staaten</b>	<b>5,4</b>	<b>7,9</b>	<b>8,0</b>	<b>6,6</b>	<b>13,8</b>	<b>12,0</b>	<b>9,9</b>	<b>8,7</b>	<b>7,0</b>	<b>6,4</b>	<b>8,3</b>	<b>6,2</b>
darunter												
Russische Föderation	4,7	7,3	7,3	6,6	15,8	13,7	10,3	8,9	8,9	8,3	9,9	7,8
Ukraine	5,3	9,4	12,5	6,0	0,8	5,2	8,3	8,1	7,5	5,8	10,2	4,1
<b>Asien</b>	<b>6,4</b>	<b>7,2</b>	<b>7,3</b>	<b>6,5</b>	<b>1,9</b>	<b>2,5</b>	<b>4,3</b>	<b>3,9</b>	<b>3,8</b>	<b>4,4</b>	<b>3,6</b>	<b>3,3</b>
darunter												
China	8,3	9,1	9,0	7,5	-0,8	1,2	4,0	3,0	2,8	3,2	2,4	2,8
Indien	5,0	7,2	6,4	6,7	4,3	3,8	4,7	5,0	1,0	1,1	0,5	0,0
Indonesien	3,7	4,1	4,8	5,0	11,8	6,8	6,5	6,5	4,5	3,5	2,9	1,9
Korea	7,0	3,1	4,6	4,0	2,8	3,5	3,8	3,8	1,0	2,0	3,1	3,3
Thailand	5,4	6,8	6,2	6,4	0,6	1,8	2,7	1,8	5,5	5,6	3,8	2,0
Türkei <sup>2</sup>	7,9	5,8	7,0	5,0	45,0	25,3	11,4	10,8	-0,8	-2,9	-4,0	-3,5
<b>Lateinamerika</b>	<b>-0,1</b>	<b>1,8</b>	<b>4,6</b>	<b>3,6</b>	<b>9,0</b>	<b>10,6</b>	<b>6,5</b>	<b>6,1</b>	<b>-1,0</b>	<b>0,3</b>	<b>0,5</b>	<b>-0,3</b>
darunter												
Argentinien	-10,9	8,8	7,0	4,0	25,9	13,4	4,8	7,1	9,0	6,2	1,1	-1,4
Brasilien	1,9	-0,2	4,0	3,5	8,4	14,8	6,6	5,9	-1,7	0,8	1,2	0,4
Chile	2,2	3,3	4,9	4,7	2,5	2,8	1,1	2,9	-1,3	-0,8	0,5	-1,9
Mexiko	0,8	1,3	4,0	3,2	5,0	4,5	4,4	4,0	-2,2	-1,5	-1,2	-1,5
Venezuela	-8,9	-7,6	12,1	3,5	22,4	31,1	23,7	31,3	7,9	11,3	13,5	12,1

<sup>1</sup> Prognosen des IWF.

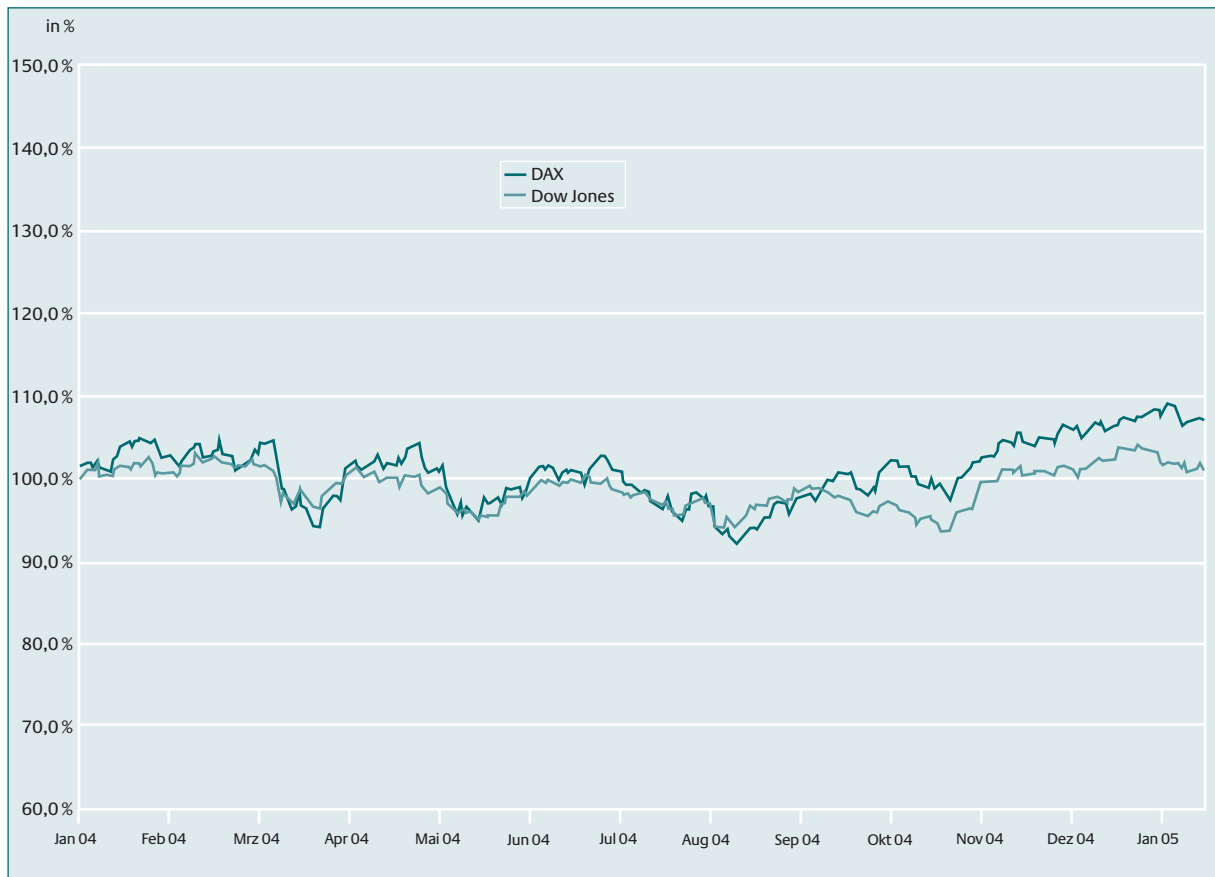
<sup>2</sup> Zuordnung lt. IWF World Economic Outlook.

Quelle: IWF World Economic Outlook, September 2004.

## 9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 2. Januar 2004 = 100%

(2. Januar 2004 bis 19. Januar 2005)





## 10 Übersicht Weltfinanzmärkte

### Aktienindizes

	Stand 14.1.2005	Anfang 2005	Änderung in % zu Anfang 2005	Tief 2004	Hoch 2004
Dow Jones	10 558,00	10 783	-2,09	9 990	10 855
Eurostoxx 50	2 781,76	2 775	0,25	2 608	2 805
Dax	4 232,36	4 256	-0,56	3 726	4 256
CAC 40	3 854,60	3 821	0,88	3 518	3 844
Nikkei	11 438,39	11 489	-0,44	10 365	12 164

### Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Aktuell 17.1.2005	Anfang 2005	Spread zu US-Bond in %	Tief 2004	Hoch 2004
USA	4,22	4,37	-	3,69	4,88
Bund	3,55	4,33	-0,67	3,60	4,43
Japan	1,39	1,40	-2,83	1,19	1,85
Brasilien	8,34	8,22	4,12	7,52	12,82

### Währungen

	Aktuell 17.1.2005	Anfang 2005	Änderung in % zu Anfang 2004 <sup>1</sup>	Tief 2004	Hoch 2004
Dollar/Euro	1,31	1,26	4,13	1,18	1,36
Yen/Dollar	101,91	107,03	-4,78	102,06	114,65
Yen/Euro	133,54	134,68	-0,85	126,03	141,16
Pfund/Euro	0,70	0,70	-0,28	0,66	0,71

<sup>1</sup> Abweichungen durch Rundung möglich.



**Herausgeber:**

Bundesministerium der Finanzen  
Referat Information und Publikation  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin  
<http://www.bundesfinanzministerium.de>

**Redaktion:**

Bundesministerium der Finanzen  
Arbeitsgruppe Monatsbericht  
[Redaktion.Monatsbericht@BMF.Bund.de](mailto:Redaktion.Monatsbericht@BMF.Bund.de)  
Berlin, Januar 2005

**Satz und Gestaltung:**

Heimbüchel PR, Kommunikation und Publizistik GmbH,  
Berlin/Köln

**Druck:**

Druckerei J. P. Bachem GmbH & Co. KG

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen:

telefonisch 0 18 88 / 80 80 800 (0,12 €/Min.)

per Telefax 0 18 88 / 10 80 80 800 (0,12 €/Min.)

ISSN 1618-291X

**Diese Druckschrift** wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.